

- Zum Krieg in Tschetschenien
- Zur Geschichte Tschetscheniens
- Republikanische Wende in den USA
- Werften an der Ostsee: Kaltgestellt
- Dänemark: Konflikt in Esbjerg nicht zuende

## Der Westen, Rußland und Tschetschenien



Die weltpolitische Lage hat sich seit dem Zerfall des sozialistischen Lagers und der Sowjetunion in vielerlei Hinsicht grundlegend verändert. Im Mittelpunkt des Interesses steht dabei im Augenblick die Frage, welche Rolle Rußland in der »neuen Weltordnung« zukünftig spielen wird. Sah es zeitweilig so aus, als könnte der Westen mit einem weitgehend widerstandslosen Eingehen Rußlands auf die westlichen Vorstellungen rechnen und als würde Rußland erst einmal als ernstzunehmende Kraft aus der Weltpolitik ausscheiden, hat sich das Bild in den letzten Monaten merklich verändert.

Rußland signalisiert zunehmend, daß es nicht bereit ist, diese ihm zugeordnete Rolle zu spielen. Vor zwei, drei Jahren noch gängige Spekulationen, daß die weltpolitische Landschaft zukünftig nur noch von einer »Triade« USA, Japan und Europa bestimmt werde, sind erst einmal hinfällig. Rußland bleibt allen anfänglichen westlichen Illusionen zum Trotz aufgrund seiner Größe, seines Rohstoffreichtums und vor allem seines enormen militärischen Potentials ein wesentlicher Faktor der Weltpolitik, den der Westen bei seinen Planungen für eine »neue Weltordnung« einkalkulieren muß. Obwohl sich das Kräfteverhältnis innerhalb des Westens zuungunsten der USA verändert hat und es teilweise unterschiedliche Interessen zwischen den USA und Ländern wie Deutschland oder Frankreich gibt (siehe Arbeiterpolitik Nr. 3/4, 1992), muß der Westen daher letzt-

lich auch weiterhin einheitlich vorgehen, wenn es um die Kernfragen geht, die das Verhältnis zu Rußland berühren. Anders als zu Zeiten der Blockkonfrontation, wo jeder größere Konflikt auf der Welt in die Auseinandersetzung zwischen Kapitalismus und Sozialismus einbezogen wurde, sich die Konfliktparteien also für eine der beiden Seiten entscheiden mußten, betrifft der Gegensatz zwischen dem Westen und Rußland heute zunächst einmal die Frage, wie die Einflußzonen um Rußland herum gezogen werden. Es geht darum, wie weit der Westen seinen Einfluß in Richtung russischer Grenze ausdehnen und inwieweit umgekehrt Rußland seinen Einfluß in den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion behaupten und verstärken kann. Dabei zeichnet sich immer klarer ab, daß **trotz aller Versicherungen von Partnerschaft und Freundschaft die Auseinandersetzungen zwischen Rußland und dem Westen in letzter Zeit erheblich an Schärfe gewonnen haben** und auch weiter gewinnen werden. Deutlich wird das in erster Linie an zwei Punkten, in der Frage der NATO-Osterweiterung und bei der Auseinandersetzung um die enormen Erdöl- und Erdgasvorkommen im Kaspischen Meer.

### Die NATO-Osterweiterung

Der Hauptkonflikt geht zur Zeit um die Osterweiterung der NATO. Sie hat ihre Bedeutung nach einer Zeit der Verunsicherung zurückgewonnen, weil sich vor allem im ehemaligen Jugoslawien herausgestellt hat, daß die UN für

die Interessen des Westens nicht so einfach zu instrumentalisieren ist, wie man sich das vorgestellt hatte. Das Interesse des Westens, auf dem Wege der NATO-Osterweiterung seine Einflusssphäre in Osteuropa so weit wie möglich auszudehnen, trifft sich in dieser Frage mit dem Interesse der Regierungen der meisten osteuropäischen Länder, sich unter den politischen, militärischen und vielleicht auch finanziellen Schirm des Westens zu stellen. Zwar existieren innerhalb der NATO wie auch innerhalb der einzelnen NATO-Staaten Interessenunterschiede – so drängen die USA auf ein schnelleres Vorgehen als beispielsweise die Bundesrepublik und die republikanische Mehrheit im US-Repräsentantenhaus und im Kongreß will weniger Rücksicht auf die Vorbehalte der russischen Regierung nehmen als die Regierung Clinton – im Grundsatz besteht jedoch Übereinstimmung.

Wie der jüngst deutlich verschärfte Ton von Bundesaußenminister Kinkel gegenüber Rußland zeigt, schwenkt auch die deutsche Politik in jüngster Zeit trotz ihrer Bedenken auf den von den USA vorgegebenen Kurs einer zügigen Osterweiterung der NATO ein. Die NATO soll in einem ersten Schritt um die vier Länder Polen, Tschechien, Slowakei und Ungarn erweitert werden, um dann später eventuell noch weitere Länder (wie die baltischen Staaten etwa) einzubeziehen.

Das will Rußland nicht so einfach hinnehmen. Die NATO bleibt trotz aller Differenzen für die meisten Parteien und Gruppierungen innerhalb Rußlands ein »Militärbündnis, das unter den Bedingungen der Teilung Europas geschaffen wurde« (Außenminister Kosyrew) und nun trotz der Auflösung des Warschauer Pakts nicht ebenfalls aufgelöst, sondern sogar noch ausgeweitet werden soll. Seine Ausdehnung an die eigenen Grenzen stellt für Rußland eine klare Blockpolitik des Westens dar, die Moskau isolieren soll und seine Sicherheit bedroht. Da die russische Regierung aber realistisch sieht, daß sie die Osterweiterung der NATO nicht verhindern kann, will sie wenigstens erreichen, daß in den neuen NATO-Ländern keine fremden Truppen oder Atomwaffen stationiert werden. Wenn überhaupt, sollen diese Länder nur nach dem Beispiel Frankreich integriert werden, also politisch, aber nicht militärisch. Dementsprechende Forderungen werden von der russischen Regierung erhoben. Der Westen lehnt sie offiziell bisher ab. Ob es Vereinbarungen im geheimen zu dieser Frage gibt, läßt sich derzeit nicht sagen. Ferner verlangt Moskau ein permanentes Forum der Konsultation mit der NATO über die Sicherheitsentwicklung in ganz Europa. Moskau möchte die Ebene der NATO verlassen und eine andere, nur europäische Sicherheitsebene betreten, also eine Anbindung an die Europäische Union, die WEU und/oder die KSZE/OSZE erreichen. Damit sollen die USA soweit wie möglich 'rausgehalten oder ihr Einfluß wenigstens verringert werden. Angeboten wurde Rußland bislang vom Westen aber nur die Aufnahme in die unverbindliche »Partnership for Peace«, die es inzwischen auch angenommen hat.

Um seine Ziele zumindest teilweise zu erreichen, drohte Rußland in letzter Zeit für den Fall einer NATO-Osterweiterung mit Gegenmaßnahmen. So soll der KSE-Vertrag über Militärbegrenzung und Waffenabbau im konventionellen Bereich ausgesetzt werden. Rußland will ihn auf jeden Fall neu verhandeln, da er blockbezogen ausgehandelt worden sei und durch die in ihm fixierten regionalen Begrenzungen die Verschiebung von Streitkräften in Rußland selbst behindere. So hat Moskau bei der Truppenkonzentration um Tschetschenien gegen ihn verstoßen, ohne daß dies allerdings vom Westen gerügt worden ist. Sollte die NATO nach Osten ausgeweitet werden, kündigte Rußland aber zusätzlich an, den Vertrag dann wegen völlig veränderter Ausgangs-

bedingungen als hinfällig zu betrachten. Gratschow sprach, darin unterstützt vom weißrussischen Regierungschef Lukaschenko, außerdem davon, den Abbau der konventionellen Streitkräfte einzustellen. Ferner wolle sich Rußland schnellstens um einen neuen Militärpakt von GUS-Ländern bemühen. Der Vorsitzende des Föderationsrates, Schumejko, drohte mit der Nichtratifizierung des START-2-Vertrages über die Begrenzung der strategischen Nuklearwaffen und der populäre General Lebed äußerte, daß die NATO-Erweiterung der Ausgangspunkt eines dritten Weltkrieges sein könne. Auch wenn nicht alle diese Drohungen für bare Münze genommen werden dürfen, signalisieren sie doch deutlich, wie die Stimmungslage in Rußland ist.

Wichtiger als diese Drohungen sind denn auch die gleichzeitig stattfindenden Bemühungen Rußlands, die GUS-Staaten wirtschaftlich und politisch stärker an sich zu binden. Am weitesten ist diese Politik bisher im Falle Weißrußlands gediehen, das noch größere ökonomische Probleme als Rußland selbst hat, wegen der engen wirtschaftlichen Verflechtungen sehr unter der Störung und dem teilweisen Abbruch der früheren wirtschaftlichen Beziehungen zu Rußland leidet und auf russische Energielieferungen weit unter Weltmarktpreis dringend angewiesen ist. Diese ökonomische Abhängigkeit, das Fehlen einer eigenständigen nationalen Tradition und die positive Einstellung der Bevölkerungsmehrheit Rußland gegenüber hat in jüngster Zeit für eine

## INHALT

Der Westen, Rußland und Tschetschenien . . . . .	1
Der Krieg in Tschetschenien . . . . .	6
Die Geschichte Tschetscheniens . . . . .	12
Der Einmarsch der türkischen Armee im Nordirak . . . . .	13
Aus der Bauernbewegung in Irakisch-Kurdistan . . . . .	23
USA: Eine neue »republikanische Revolution« . . . . .	24

### Korrespondenzen:

Ostseeküste: Jobkiller auf den Werften . . . . .	31
IG Medien Nord: KollegInnen im Osten nicht abhängen . . . . .	34

### Aus dem Ausland:

Nachtrag zu den jüngsten Streiks in Dänemark . . . . .	35
--	----

## Arbeiterpolitik

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: F. Lübke

Herstellung und Vertrieb: GFSA – Gesellschaft zur Förderung des Studiums der Arbeiterbewegung  
Alle Zuschriften nur an diese Adresse:

GFSA e.V. · Postbox 106426 · D-20043 Hamburg

In den nachstehenden Buchhandlungen werden die »Informationsbriefe« und weitere Broschüren der GFSA angeboten:

- Berlin-Ost: »Der kleine Buchladen«, Weydinger Straße 14-16 ●
- Bonn: »Buchladen 46«, Kaiserstraße 46 ● Bremen: »Buchladen in der Neustadt«, Lahnstraße 65b ● Essen: »Heinrich-Heine-Buchhandlung«, Viehofer Platz 8 ● Frankfurt/Main: »Frankfurter Fachbuchhandlung« M. Kohler, Roßmarkt 10 / »Uni-Buch«, Studentenhaus, Jügelstraße 1 ● Göttingen: Buchhandlung »Rote Straße«, Rote Straße 10 ● Halle: Infoladen »Verein Kellnerstraße e.V.«, Kellnerstraße 10a ● Hamburg: »Heinrich-Heine-Buchhandlung«, Schlüterstraße 1 / »Schwarzmarkt«, Kleiner Schäferkamp 46 / Buchhandlung »Nautilus«, Bahrenfelder Straße / Buchhandlung »Osterstraße«, Osterstraße ● Hanau: »Buchladen am Freiheitsplatz«, Am Freiheitsplatz 6 ● Kiel: »Zapata« Buchladen, Jungfernstieg 27 ● Lüneburg: »F. Delbanco«, Bessemerstraße 3 ● Mönchengladbach: »prolibri« Buchladen, Regentenstraße 120 ● Siegen: Buchhandlung »Bücherkiste«, Bismarckstraße 3

spürbare Annäherung an Moskau geführt. Die Ergebnisse der Volksabstimmung, nach der mit über 80%iger Mehrheit Russisch als zweite Amtssprache zugelassen wird, die alte sowjetische Fahne (ohne Hammer und Sichel allerdings) die jetzige Nationalflagge ersetzt und die von der Regierung betriebene Politik der engen Anlehnung an Moskau gebilligt wird, zeigen das ganz eindeutig. Rußland hat darauf auch sofort reagiert. Das russische Parlament hat sich schon kurz nach der Abstimmung, am 19. Mai einstimmig für einen Zusammenschluß mit Weißrußland ausgesprochen. Die Zollkontrollen sind beiderseits bereits abgeschafft worden.

Im Falle Kasachstans, des zweiten Landes der GUS, das sich Rußland jüngst deutlich angenähert hat, ist die Lage etwas komplizierter. Es hat ein stärkeres Interesse an Eigenständigkeit als Weißrußland, mußte dem russischen Druck aufgrund seiner geographischen Lage und seines großen russischen Bevölkerungsanteils aber mittlerweile nachgeben und strebt nun ebenso wie Weißrußland eine Wirtschaftsunion mit gemeinsamer Währung mit Rußland an.

Die meisten anderen Staaten der ehemaligen UdSSR widersetzen sich bislang mehr oder weniger einem direkten russischen Einfluß. Sie sind zwar noch formal in der GUS zusammengeschlossen, die Interessen gehen aber doch deutlich auseinander. Dies gilt weniger für die Wirtschaftspolitik, wo die Folgen der landesweiten Arbeitsteilung in der alten Sowjetunion die meisten Nachfolgestaaten der Sowjetunion zu einer gewissen Zusammenarbeit zwingen, weil sie alle unter dem Zusammenbruch der alten Lieferbeziehungen leiden und bisher nur Aserbaidschan aufgrund seines Ölreichtums einen Kurs auf eine klare wirtschaftliche Abgrenzung fährt. In politischer Hinsicht sind die Unterschiede aber deutlicher. Das zeigen die Ergebnisse des Gipfeltreffens der GUS-Regierungschefs in Minsk.

So wurde auf der einen Seite ein Abkommen über die Bildung eines zwischenstaatlichen Währungskomitees, das die Finanz- und Kreditpolitik der GUS koordinieren soll, von allen unterschrieben. Auf der anderen Seite wurde das von Rußland angestrebte Abkommen über einen gemeinsamen Grenzschutz der GUS-Außengrenzen von fünf Regierungen (wie denen Aserbaidschans, Moldawiens und der Ukraine) nicht unterzeichnet, weil sie die Befürchtung hatten, damit wieder unter den direkten militärischen Einfluß Moskaus zu geraten. Außerdem versucht der Westen auch einen Keil zwischen die GUS-Staaten zutreiben. So steht die Ukraine nach Ländern wie Israel und Ägypten inzwischen an vierter Stelle, wenn es um die Gewährung von finanziellen Auslandshilfen seitens der USA geht. Auf diese Weise sollen die Kräfte gestärkt werden, die auf einen von Moskau unabhängigen oder gar gegen Rußland gerichteten Kurs drängen.

All diese Probleme und Differenzen ändern nichts am russischen Ziel, die GUS als eine enge Gemeinschaft unter russischer Führung anzustreben, was mittlerweile auch offen gesagt wird. Rußland definiert die GUS als »nahes Ausland«. Der russische Teil der Bevölkerung – immerhin 25 Mio. Menschen in allen ehemals zur Sowjetunion zählenden nichtrussischen Staaten, davon allein 12 Mio. in der Ukraine – dienen dabei als politischer Anknüpfungspunkt. Deren Schutz hat Außenminister Kosyrew im April zum Prinzip russischer Außenpolitik erhoben, auch wenn mit Ausnahme von Lettland und Estland bisher nur von Benachteiligungen, nicht aber »von einer gezielten Politik der Unterdrückung« gesprochen werden könne. Das beinhaltet nach Kosyrew auch »die Anwendung direkter Militärgewalt«, »wenn sie zum Schutz der Landsleute« unabweichlich sei.

Militärisch wird diese Politik mit der Notwendigkeit der Grenzsicherung begründet. Im Westen seien alle Invasoren

über die polnisch-weißrussische Grenze gekommen, sagte Jelzin. Daher sei das ohne Zweifel die Grenze auch Rußlands. Im Osten sei Kasachstan die Absicherung, im Süden Georgien. Das Militär sieht das Bergmassiv des Kaukasus als notwendige »natürliche« Grenze, ohne die die südrussische Steppe dem Angreifer offen läge. Mit Georgien konnte Rußland inzwischen einen Vertrag über vier Militärbasen für 25 Jahre abschließen, wofür es als Gegenleistung Georgiens Streitkräfte aufbaut. Ein ähnliches Abkommen ist auch von Armenien unterzeichnet worden.

Je mehr Rußland seine Bemühungen aber forciert und z.T. auch Osteuropa, die Länder des ehemaligen Warschauer Pakts, wieder als mögliche Interessensphäre ins Auge faßt, sie soweit möglich als Pufferzone konservieren möchte, umso mehr stößt es mit den Interessen des Westens zusammen, der seine Einflußzone auf ganz Osteuropa ausdehnen will. Der Westen steht dabei allerdings vor einem gravierenden Problem. Auf der einen Seite möchte er mit der Osterweiterung der NATO die derzeitige Schwäche Rußlands zu einer Stärkung der westlichen Machtposition in Mittel- und Osteuropa nutzen. Auf der anderen Seite muß er aber darauf achten, daß es in Rußland keine schwerwiegenden politischen Erschütterungen gibt, die den marktwirtschaftlichen Kurs der jetzigen Regierung gefährden oder gar ihre Ablösung durch eine national eingestellte oder gar radikal nationalistische Regierung bewirken würden. Der Bundeswehr-Dozent Rose brachte das Dilemma mit der Äußerung auf den Punkt, daß die schnelle Osterweiterung der NATO eine Maximierung des Drucks auf Rußland bedeute, dessen Sinn nur seine langfristige Ausschaltung als globale Großmacht sein könne, die Verfolgung dieses Ziels allerdings mit dem Risiko der Konfrontation oder des Endes der »Reformpolitik« verbunden sei.

Deshalb ist das Interesse des Westens an stabilen innenpolitischen Verhältnissen in Rußland derzeit groß. Es bestimmt auch seine Politik in der Tschetschenien-Frage. Weder will man Jelzin, der bislang für die Erhaltung des innenpolitischen Status quo steht, in zusätzliche Schwierigkeiten bringen, noch ist man derzeit für eine Abspaltung Tschetscheniens, die beispielgebend auch für andere Regionen Rußlands sein könnte, weil damit die gewünschte Stabilität der russischen Regierung gefährdet würde. Daher wird der Einmarsch der russischen Armee in Tschetschenien akzeptiert. Typisch für die Haltung des Westens ist die Erklärung Helmut Kohls in der Tschetschenien-Debatte im »Deutschen Bundestag« am 19.1.1995: *»Ich weiß nicht, ob Boris Jelzin auf diesem Weg Erfolg haben wird; ich weiß aber sicher, daß ein Mißerfolg mit katastrophalen Folgen unabwendbar wäre, wenn wir ihm die Unterstützung im Rahmen unserer Möglichkeiten versagten.«*

Doch soll Rußland in seinem eigenen Haus bleiben und nicht die sich ausdehnenden Kreise des Westens stören. Schon die Einflußnahme auf seine direkten Nachbarn wird kritisch betrachtet. Der frühere außenpolitische Berater von Carter, Brzezinski, schreibt dazu im »Handelsblatt«, der Westen müsse *»danach streben, daß es keine Wiederbelebung des Imperiums in den Grenzen der früheren Sowjetunion gibt. Kooperation zwischen den neuen Staaten der ehemaligen UdSSR – ja. Wirtschaftliche Integration mit gewissen Beschränkungen – ja. Aber keine Wiedereinführung der politischen Zentralgewalt, weil dies eine Bedrohung der europäischen Sicherheit darstellen würde.«*

### **Der Konflikt um die Erdöl- und Erdgasvorkommen im Kaspischen Meer**

Hauptregion der Konfrontation zwischen dem Westen und Rußland ist neben Europa die Region des Nahen Ostens

und der südlichen Republiken der früheren Sowjetunion. Was den Nahen Osten betrifft, so hat Rußland mit der Niederlage des Iraks im zweiten Golfkrieg einen starken potentiellen Verbündeten verloren, und Moskau konnte außerdem aus der politischen Nachkriegsregelung herausgehalten werden. Zwar bemüht sich die russische Regierung in letzter Zeit, wieder mehr Einfluß in Ländern wie dem Irak oder Syrien zu gewinnen, ihre Möglichkeiten sind aber beschränkt. Von ähnlich großer Bedeutung wie die Golfregion sind, ökonomisch wie strategisch, vor allem die gewaltigen Erdöl- und Erdgasressourcen des Kaspischen Meeres. Auf keinem anderen Feld, schreibt die »Herald Tribune«, seien die Gegensätze zwischen Rußland und den USA zur Zeit so klar und scharf. Obwohl diese Einschätzung etwas übertrieben sein dürfte, trifft sie doch einen wesentlichen Punkt. Die USA beanspruchen mittlerweile eine Ausweitung ihrer Interessensphäre bis in den Kaukasus. Manche Politiker haben sogar die zentralasiatischen Nachfolgestaaten der Sowjetunion als Einflußzone im Visier. Rußland will genau das verhindern, weil es diese Region als sein natürliches Hinterland ansieht.

Der Vorposten der USA in dieser Auseinandersetzung ist die Türkei. Richard Holbrooke, der Leiter der Europa-Abteilung im US-Außenministerium stellt dazu fest: *»Im kalten Krieg haben die meisten in Deutschland den Frontlinienstaat des Westens gesehen. ... Deutschland ist wiedervereint. Jetzt wird die Türkei zunehmend zum Herzstück amerikanischer Interessen in einer sehr gefährlichen Region«*. Der Direktor der Abteilung für Nationale Sicherheit am Nixon Institute für »Peace and Freedom« in Washington (unter Reagan und Bush gehörte er zu den Präsidentenberatern) argumentiert in Hinblick auf den Nahen Osten ähnlich: *»Unsere neue Front liegt am Ostrand Anatoliens. Sie markiert die Grenze Europas zum antiwestlichen, fundamentalistischen Iran und zum Irak. Wir alle kennen die Bedrohung, die von dort ausgeht«* (Focus vom 10.4.1995). In den USA werden die Interessen gegenüber den Regionen, an deren Nahtstelle die Türkei liegt, nämlich der Nahe Osten sowie das Kaukasusgebiet, Zentralasien und Rußland, etwas anders wahrgenommen wie in Europa.

In der Golf-Region verfolgen die USA seit einiger Zeit die Politik der ‚doppelten Eindämmung‘. Im Unterschied zur früheren Politik der wechselnden Unterstützung entweder an Iran oder Irak, um das jeweils andere Land in Schach zu halten, sollen jetzt beide Länder gleichzeitig neutralisiert werden. Diese Strategie stößt insbesondere in Bonn und Paris nicht gerade auf Gegenliebe. Dort vertraut man eher auf die traditionelle Politik des gegenseitigen Neutralisierens der beiden Länder sowie auf die besonderen Kontakte, die z.B. Deutschland zum Iran und Frankreich zum Irak hat. In der Unterstützung der Türkei ist man dort denn auch deutlich zurückhaltender (das gilt nicht für die BRD) als die USA, für deren Pläne die Türkei eine zentrale Rolle spielt.

Die große Bedeutung, die die USA der Türkei in ihrer Außenpolitik zumessen, zeigt sich derzeit sehr deutlich in der Frage des Transportweges für das Öl aus den Feldern im Kaspischen Meer. Eine Route, die über die Türkei führt, stellt für die USA die einzige Alternative zu den russischen Pipelineplänen dar. Für die Türkei spricht von Seiten der westlichen Staaten viel. Sie ist vergleichsweise berechenbar, eingebunden in die NATO, insgesamt ein verlässlicher Posten an der westlichen Pforte zu Asien. Die USA haben dennoch aus Rücksicht auf die Regierung von Boris Jelzin lange gezögert, sich in der Alternative Rußland oder Türkei als Transitland festzulegen. Anfang Februar jedoch verkündete der US-Botschafter in Ankara, die USA hätten sich für ein 1637km lange Pipeline vom Kaspischen Meer durch die Türkei entschie-

den, zum Golf von Ceyhan im türkischen Mittelmeer. Die türkische Regierung feierte daraufhin ihre glorreiche Zukunft, die Presse den *»Sieg im Pipeline-Krieg«*. Die große ökonomische Bedeutung wird in den billigen Ölpreisen, Pipeline-einnahmen von jährlich 250 Mio. \$ und der Schaffung von 500.000 Arbeitsplätzen auf Jahre gesehen.

Um die türkischen Pipeline-Pläne überhaupt realisieren zu können, mußte allerdings zuvor ein gravierendes Problem gelöst werden. Da die Pipeline in der Türkei kurdisches Gebiet durchqueren muß, mußte diese Region »befriedet«, der Widerstand der PKK gebrochen werden. Wenig später marschierte deshalb die türkische Armee, offiziell von der Clinton-Regierung gegen die Kritik aus Westeuropa gedeckt, in das Kurdengebiet in Nordirak ein. Damit ist das Problem allerdings nicht gelöst. Weder gelang die angekündigte Ausschaltung der PKK noch sind die anderen Schwierigkeiten aus der Welt geschafft. Die Pipeline-Verbindung zwischen der Türkei und Aserbaidschan bleibt auch aufgrund des russischen Einflusses, vor allem aber wegen der kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen Armenien und Aserbaidschan noch sehr fraglich (zu diesem ganzen Komplex siehe die Artikel zum Krieg in Tschetschenien und zum Einmarsch der türkischen Armee im Nordirak).

Mit ihrer Entscheidung haben die USA Rußland den »Fehdehandschuh« hingeworfen, wie es die »Financial Times« formulierte. Die »Herald Tribune« kommentierte, dies sei ein erstes Zeichen einer neuen US-Politik, die die Länder Zentralasiens, allen voran die rohstoffreichen Staaten Aserbaidschan, Kasachstan und Turkmenistan, von Rußland unabhängig machen solle. Auf dem Spiel stünde Rußlands Einfluß in einem Teil der Welt, den Moskau traditionell als eigenen Hinterhof betrachte.

Rußland reagierte auf die US-Politik mit einer deutlichen Annäherung an Iran. Er bietet sich aus zwei Gründen als Verbündeter an. Zum einen könnte er von seiner ökonomischen Potenz und seiner politischen Ausstrahlung auf die moslemische Welt her in Zukunft ein dem Irak vor dem Golfkrieg vergleichbares regionales Kraftzentrum bilden. Zum anderen fühlt er sich ebenfalls von den USA bedroht. Das zeigt sich deutlich daran, daß der Plan, das Öl aus den Feldern des Kaspischen Meeres über den Iran in die Türkei zu transportieren, letztlich am Verhalten der USA gescheitert ist. Für sie hängt die Transportfrage mit der ganzen Geostrategie für den Nahen Osten und Zentralasien zusammen. Der Iran wird als entscheidende Gefahr in der Golf-Region, neben Rußland aber auch in der Region um das Kaspische Meer angesehen. Sein politischer Einfluß soll deshalb auf jeden Fall eingedämmt werden. Diesem Ziel dient sowohl die Handelsblockade als auch das kategorische Veto gegen jede Form einer Beteiligung des Iran an der Pipeline. Der Kampf um die Energieressourcen in diesem Teil der Welt hat einen hohen Stellenwert für die USA. *»Der Kampf könnte die Zukunft von drei der neuen Länder der Welt bestimmen und den Siegern enorme Profite und dauernden Einfluß über eine der letzten Gegenden mit massiven Ressourcen und keinem klaren Weg sie herauszuschaffen garantieren«*, schreibt die »Herald Tribune«. Wenn der Iran nun wieder im Spiel sei, kommentiert die gleiche Zeitung, sei das keine Verbesserung für die USA, so daß sie dann lieber ganz auf den Deal verzichten würden. Schon im März hatte die amerikanische Regierung einen Vertrag der Ölfirma Conoco mit dem Iran zur Exploitation von Offshore-Öl aufgehoben.

Sie verschärfte dann Ende April den Kurs gegen den Iran noch einmal erheblich mit der Verhängung einer Handelsblockade, in die sie ihre Verbündeten, bisher allerdings ohne Erfolg, einzuspannen versuchte. Man muß deshalb nicht lange nach den Gründen suchen, die Aserbaidschan plötz-





Die möglichen Pipelines von Baku (Aserbeidschan). Die Linie über Grosny wird von Rußland favorisiert.

lich veranlassen, seine Verhandlungen mit dem Iran aufzugeben, einen 5-Prozent-Anteil stattdessen der Türkei zu überlassen, die nun 6,75 Prozent hält, sowie weitere 5 Prozent der US-Ölfirma Exxon.

Das Gefühl der Bedrohung durch die USA hat sich im Iran durch das Wirtschaftsembargo und das Eintreten der USA für die Türkei beim Einmarsch in den Nordirak noch weiter verschärft. Die Folge ist eine Annäherung an den »Erzfeind« Irak – die »Iran News« meldete, daß beiden Ländern angesichts der Blockadepolitik der USA nichts anderes übrig bleibe – und vor allem an Rußland. Trotz aller weiter bestehenden Meinungsunterschiede wollen der Iran und Rußland gemeinsam gegen den Ölvertrag vorgehen. Außerdem hat Rußland dem Iran den Verkauf eines Leichtwasserreaktors und von U-Booten zugesagt. Das hat zu heftigen, bislang aber vergeblichen Protesten der USA geführt. Selbst die Zusage von Jelzin, die Lieferung einer für die Produktion von atomwaffentauglichem Uran geeigneten Gaszentrifuge auf Eis zu legen, ist nur vorläufig. Atomminister Michailow schloß eine spätere Lieferung ausdrücklich nicht aus.

### Rußland bleibt ein Rivale des Westens

Die Beziehungen zwischen den USA und Rußland verhärten sich sowohl in Hinblick auf den Nahen Osten und die Kaukasus-Region als auch in Bezug auf die geplante Osterweiterung der NATO zusehends. Nach Kosyrew sind »die Flitterwochen zu Ende«, im Washingtoner Senat wird von der republikanischen Mehrheit ein »neuer Realismus« gefordert. Nach dem Besuch von Clinton in Moskau, der keinerlei Zugeständnisse seitens Jelzins mit zurückbrachte, sprach der republikanische Senator McConnell von einem »absoluten Fehlschlag«, und der republikanische Mehrheitsführer im Senat, Bob Dole, kündigte ein Überdenken der bisherigen Rußlandpolitik inklusive der Finanzhilfen an.

Die maßgeblichen Kreise der Republikaner gehen inzwischen davon aus, daß die Vorstellung, in Rußland werde sich

in absehbarer Zeit eine parlamentarische Demokratie nach westlichem Muster durchsetzen, ebensowenig realistisch ist wie die Hoffnung, eine mit großem Finanzaufwand betriebene Unterstützung des marktwirtschaftlichen Kurses in Rußland könne dieses weltpolitisch auf den Kurs des Westens festlegen. Rußland, so ihre Ansicht, sei und bleibe nun mal ein Rivale mit gegensätzlichen Interessen.

Aus dieser Einschätzung ziehen sie vor allem eine Schlußfolgerung. Angesichts der unsicheren weiteren Entwicklung auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion gilt es für die USA wie auch den Westen insgesamt, Rußlands Macht und Einfluß soweit zu beschränken, daß es auf absehbare Zeit den Interessen des Westens nicht mehr wirklich gefährlich werden kann. Dieses Ziel müsse verfolgt werden. Darin sind sie sich auch mit der Mehrheit der Demokraten in den USA wie mit den Regierungen der anderen führenden westlichen Länder einig.

Eine dauerhafte Schwächung Rußlands ist für den Westen aus zwei Gründen wichtig. Zum einen soll auf diese Weise dafür gesorgt werden, daß Rußland als militärische Großmacht (gleich welcher politischen und wirtschaftlichen Verfassung) die Pläne des Westens in Europa wie andernorts nicht mehr tiefgreifend zu stören vermag. Die Zusammenarbeit Rußlands mit dem Iran oder die Rolle Rußlands bei den Auseinandersetzungen im ehemaligen Jugoslawien deuten an, was man in dieser Hinsicht befürchtet.

Zum andern ist trotz des Zusammenbruchs der sozialistischen Planwirtschaft immer noch offen, wie das Experiment »Marktwirtschaft« in Rußland letztlich konkret ausgeht. Ein spürbares Wiedererstarken der zur Zeit schwachen sozialistischen Opposition in Rußland kann, auch wenn der Kapitalismus die »Systemkonkurrenz« auf absehbare Zeit für sich entschieden hat, nicht ausgeschlossen werden. Das aber hätte nicht nur für die Politik der russischen Regierung Folgen, sondern angesichts der militärischen Machtmittel Rußlands indirekt auch für alle die Kräfte in der Welt, die sich den Interessen des Westens noch entgegenzu-

stellen versuchen. Ihr Spielraum könnte in so einem Falle vergrößert, die Pläne der westlichen Mächte könnten dagegen behindert werden. Je geringer der politische Einfluß Rußlands ist, um so geringer ist dieses Risiko wie auch die Gefahr einer die eigenen Pläne störenden Großmacht

Rußland. Deshalb ist das Interesse des Westens groß, Rußland durch eine Osterweiterung der NATO und eine Ausweitung des westlichen Einflusses in den neuen Staaten südlich der russischen Grenze unter Kontrolle zu halten.

15. Juni 1995 ■

# Der Krieg in Tschetschenien



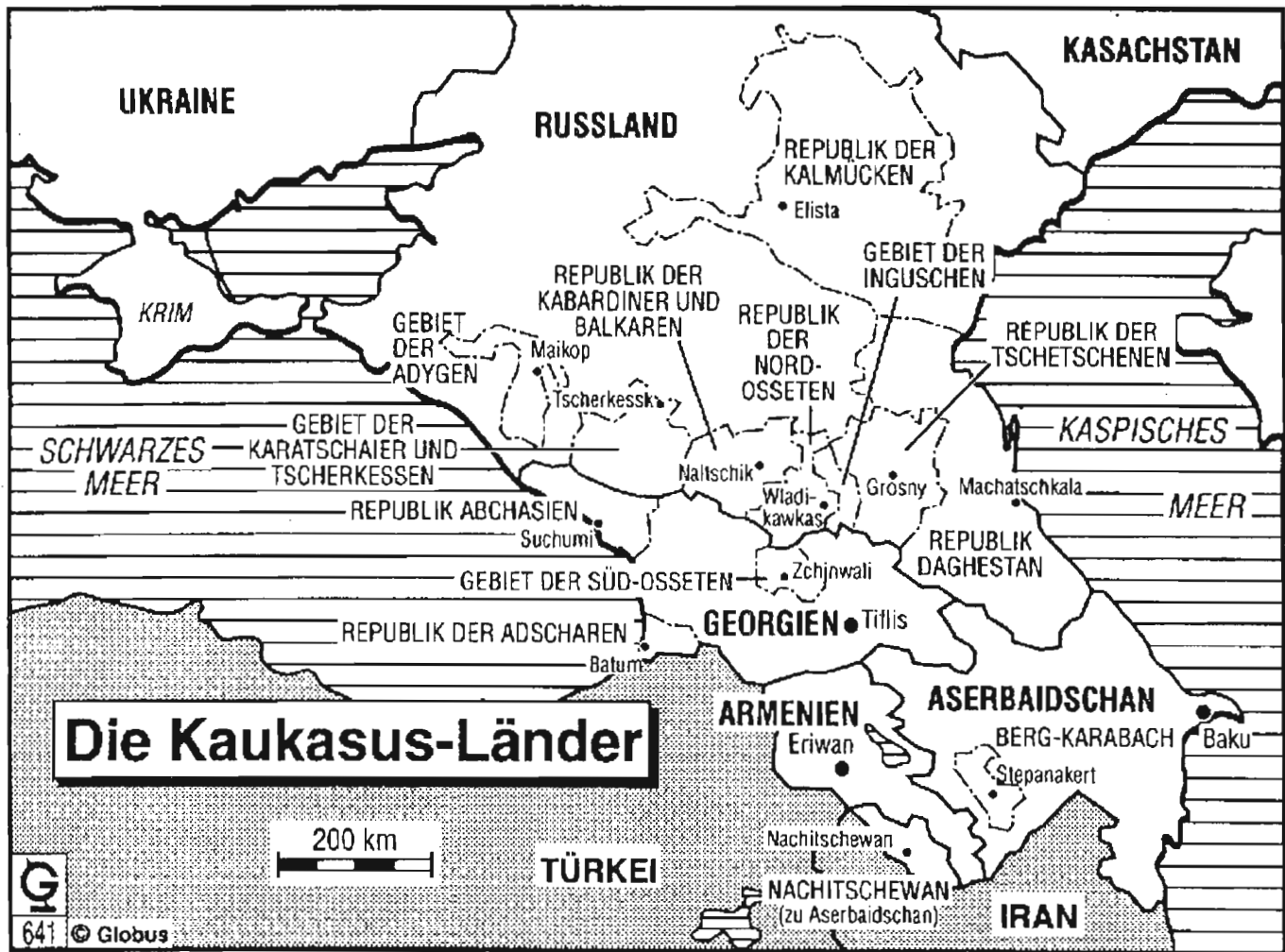
Der Krieg in Tschetschenien ist die bislang blutigste Folgeerscheinung der Auflösung der UdSSR. Da der sowjetische Staatsverband sich Ende 1991 in der Form in die einzelnen Republiken auflöste, in der diese gerade bestanden, waren mit der so entstandenen neuen staatlichen Ordnung von vornherein eine Reihe Konflikte angelegt. Dies betraf und betrifft vor allem zwei Punkte: die Grenzmarkierungen und die Autonomiefrage. Am schwierigsten ist die Lage und am heftigsten sind die Konflikte dementsprechend dort, wo beide Probleme miteinander verknüpft auftreten, sich also wie in der Dnjestr-Region, auf der Krim und an mehreren Stellen im Kaukasus einzelne Nationalitäten aus den Nachfolgestaaten der Sowjetunion herauslösen wollen.

## Die Bestrebungen nach Autonomie und Eigenstaatlichkeit

Der Wunsch nach Autonomie oder Eigenstaatlichkeit wird dabei vor allem durch zwei Faktoren geprägt. Entscheidend für seine Entstehung wie seinen Umfang sind die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, vor denen alle Staaten auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion stehen. Die Form der Auseinandersetzung wird aber stark bestimmt von der Vorgeschichte einer Republik, ihrem historischen Verhältnis zur Moskauer Zentralmacht. So ist die Abgrenzung gegen-

über Rußland in Regionen wie dem Baltikum oder dem Kaukasus, wo es eine lange Geschichte von Auseinandersetzungen mit Moskau und z.T. auch von einer zeitlich beschränkten nationalen Eigenstaatlichkeit gibt, besonders ausgeprägt (siehe den Artikel zur Geschichte Tschetscheniens), während auf der anderen Seite Weißrußland ohne eine derartige Tradition der geringsten Widerspruch zu Rußland hat. Es ist im Grunde ohne größere Eigenbewegung nur in das Fahrwasser der allgemeinen Auflösung der Sowjetunion geraten und es fällt der Bevölkerung dementsprechend leicht, wieder eine verstärkte Annäherung an Rußland zu suchen.

Was nun die ökonomische Grundlage der Eigenstaatlichkeits- oder Autonomiebestrebungen betrifft, so wuchsen diese zunächst überall in dem Maß, in dem sich die wirtschaftliche Lage verschlechterte und keine Perspektiven sichtbar wurden, daß sich dieser Zustand ändern würde. In so einer Situation wird in der Regel die eigenständige Kontrolle der Ressourcen einer Region und ihrer Nutzung sowie der Ausschluß realer oder vermeintlicher externer Nutznießer, zu denen zumeist auch der staatliche Apparat als Steuereintreiber und zugleich -verschwender gerechnet wird, erst einmal als entscheidende Voraussetzung jeder Besserung gesehen. Obwohl es angesichts der vielfältigen



Abhängigkeiten zwischen den einzelnen Regionen der ehemaligen Sowjetunion mittlerweile auch Anzeichen für eine Kehrtwende hin zu einer verstärkten Zusammenarbeit zwischen den Staaten der GUS gibt, gilt doch weiterhin vor allem für jene Regionen und Staaten, die über Bodenschätze verfügen, die auf dem Weltmarkt gut zu verkaufen sind, daß sie die Kontrolle über diese »Reichtümer« nur ungern teilen.

Nach Auflösung der UdSSR haben sich daher sowohl auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion als auch in Rußland selbst die Tendenzen der Regionalisierung fortgesetzt. Sie sind in dem Maß stärker geworden, als sich die wirtschaftliche Lage ständig verschlechterte und die realen Einflußmöglichkeiten einer zentralen Staatsmacht schwanden. Die einzelnen Regionen handeln heute in vielerlei Hinsicht schon äußerst eigenständig, gleich, ob sie sich nun als eigenständige Staaten etabliert haben, sich im Rahmen der neu entstandenen Staaten entsprechende Rechte als juristisch autonome Gebiete vertraglich erstritten haben oder ob es sich nur um ganz normale einzelne Verwaltungsbezirke innerhalb der Staaten handelt.

Rußland allein hat 68 »Regionen« und 21 »Republiken«. 19 der letzteren haben einen Föderationsvertrag unterschrieben. Tschetschenien hat dies nicht getan und auch nicht Tatarstan. Die Tataren sind die zweitgrößte Nationalität und größte islamische Gruppe in Rußland. In ihrer »Autonomen Republik« (im Status nicht zu verwechseln mit den ehemaligen Unions-Republiken, da »nur« Sonderregion) stellen sie knapp die Hälfte der 3,7 Millionen Einwohner. Tatarstan ist nach dem Tjumengebiet größter Ölproduzent Rußlands. Die Tataren konnten einen Vertrag mit Moskau aushandeln, der ihnen weitgehende wirtschaftliche und verfassungsmäßige Sonderrechte gibt. Die Republik hat ihr eigenes Eigentum,

eine eigene Verfassung, ein eigenes Steuersystem, darf eigenständige Außenpolitik betreiben und ihr Öl im Rahmen bestimmter Quoten selbst auf dem Weltmarkt verkaufen. Ähnliche Rechte erstritt sich unlängst auch Baschkortostan im West-Ural. Diese beiden Regionen waren dazu in der Lage, weil sie ökonomisch stark sind und mehr an Moskau abgeben als sie erhalten.

Ihr Vorgehen gibt anderen Regionen ohne vergleichbaren Rechtsstatus ebenfalls Auftrieb, Ähnliches zu verlangen. Die Tjumenregion, viermal so groß wie Deutschland mit gut drei Millionen Einwohnern, wo 90 Prozent des russischen Gases und 68 Prozent des Öls gefördert werden, verlangt einen höheren Anteil für den eigenen Verbrauch, ebenso Jakutien, die Schatzkammer der Edelsteinförderung. Insgesamt gibt es drei wesentliche Zentren der Autonomie-Tendenzen: Sibirien, die Wolgaregion und der Kaukasus. Im Kaukasus spielen die historischen Auseinandersetzungen mit der Zentralmacht in Moskau dabei die größte, in Sibirien die geringste Rolle, weil das zaristische russische Reich bei der Eroberung Sibiriens nur relativ selten auf massiven Widerstand traf. Im Kaukasus sind die Bestrebungen aufgrund der jahrhundertelangen auch kriegerischen Auseinandersetzungen mit Rußland wie zwischen den Völkern dieser Region selbst zudem besonders vielfältig und widersprüchlich.

### Die wirtschaftliche und politische Situation in Rußland

Entscheidende aktuelle Triebkraft autonomistischer oder separatistischer Tendenzen ist die dramatische wirtschaftliche Entwicklung in Gesamtrußland. 1994 hat sich der ökonomische Niedergang dort weiter beschleunigt. Das Bruttoinlandsprodukt sank im Vergleich zu 1993 um 15 Prozent, die Landwirtschaftsproduktion um 7 Prozent und die Indu-

strieproduktion sogar um 22 bis 24 Prozent, insgesamt die höchste Schrumpfrate seit 1992, während die Inflation gleichzeitig um 200 Prozent gestiegen ist. Das »Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung« spricht in diesem Zusammenhang von einem »Kollaps der Investitionen«.

Eine soziale Verelendung großer Teile der Bevölkerung ist unausweichlich. Am schlechtesten geht es dabei denen, die wie Staatsangestellte oder Rentner direkt vom Staat abhängig sind. Aber auch für viele Beschäftigte in der Großbetrieben der Industrie, die sich bisher noch vergleichsweise »gut« stehen, wird sich die Lage in nächster Zeit drastisch verschlechtern. Die Privatisierung, im Volksmund »Piratisierung« genannt, hat dort bisher vor allem die juristischen Eigentumstitel verändert. Es gab noch keinen Zwang zur Stilllegung veralteter Kapazitäten. Es wurde einfach überall die Kapazitätsauslastung gesenkt und ansonsten so weiter wie zuvor produziert. Die Belegschaften wurden auf diese Art und Weise bisher noch gehalten, und es gab noch keine Massenentlassungen. Die Folge diese Vorgehens ist allerdings ein hohes Maß an Scheinbeschäftigung. Es ist deshalb nur eine Frage der Zeit, wie lange das aufrecht erhalten werden kann. Im Bergbau sind für die nächste Zeit schon die ersten Massenentlassungen vorgesehen – immerhin für eine halbe Million Beschäftigte.

Der Streit im Parlament um den Entschluß der Anhebung der Minimallöhne war angesichts der wirtschaftlichen Situation reine Spiegelfechtere, denn eine solche Anhebung ist, was alle wissen, entweder überhaupt nicht oder aber nur mit den immer wertloser werdenden Papierrubeln zu bezahlen. Eine Regierung durch eine solche Maßnahme gefährden, könnte zumindest teilweise auch das Wohlwollen von IWF und Weltbank kosten. Das Staatsbudget ist mittlerweile so chronisch defizitär, daß man den Staat, wäre er ein Unternehmen, für zahlungsunfähig erklären müßte. Er hat nur noch geringe Steuereinnahmen, weil es weder einen wirksamen Zwang zum Zahlen der Steuern noch einen effektiven Apparat zu ihrer Einziehung gibt. Die ökonomische Lage produziert nämlich einen inneren Zerfall auf allen Ebenen. Der Regionalismus ist nur eine Form der Auflösung staatlicher Macht. Sie zeigt sich auch in vielen anderen Bereichen im Fehlen allgemeinverbindlicher Sanktionen. Die Betriebe oder Privatunternehmer können Steuern einbehalten, Kredite ins Ausland verschieben, Bezahlung jeder Art einstellen, manipulieren, bestechen und mehr. Allein die geschätzte Höhe der ins Ausland verschobenen Gelder entspricht Schätzungen zufolge der Gesamtverschuldung Rußlands.

Die im Rahmen der Privatisierung erzielten und noch zu erzielenden Einnahmen sind ebenfalls minimal. Die Staatseinnahmen beruhen deshalb zu einem erheblichen Teil nur noch auf einem wahren Ausverkauf der Bodenschätze. Da die Regionen jedoch immer mehr dazu übergehen, ihre Bodenschätze und Produkte selbst zu verwerten und auch die Steuereinnahmen für sich zu behalten, ist abzusehen, wann auch dieses Vorgehen ein Ende finden wird. Der Krieg in Tschetschenien ist zudem eine weitere ökonomische Belastung. Er kostete bisher geschätzte 45 Mio. DM täglich. Dazu kommen in Zukunft die Kosten der permanenten militärischen Kontrolle und der notwendigen politischen Befriedung.

An der Tatsache, daß der russische Etat seit Jahren am Tropf westlicher Kredite hängt, wird sich daher sobald nichts ändern. Und der Westen zahlt, trotz aller Risiken und Vorbehalte, aus politischen Gründen bislang weiter, um Rußland und sein Umfeld nicht in Auseinandersetzungen von unübersehbaren Auswirkungen schliddern zu lassen.

Im russischen Regierungslager wachsen allerdings die Differenzen um den weiteren Weg. Bisher überwogen die

Befürworter des »Reformkurses«, die auf die weitgehend ungehemmte Entfaltung des Marktmechanismus setzen und diesen Weg durch außenpolitische Kooperation mit dem Westen und vor allem dessen Finanzhilfe abstützen wollen. Dagegen erstartet ein eher nationaler und z.T. auch nationalistischer Flügel, dem die sozialen Kosten zu hoch erscheinen und die Abhängigkeit vom Westen zu weitgehend. Das schwankende Kräfteverhältnis zwischen diesen Flügeln, zwischen denen Jelzin ausgleichend laviert, spiegelt das Schicksal des Privatisierungsministeriums wider. Der »reformerische« Minister wurde Ende 1995 abgesetzt. Sein Nachfolger propagierte einen anderen Kurs: Privatisierung nicht als oberstes Ziel, sondern untergeordnet den Zielen der nationalen Sicherheit. Man müsse in einigen schwerindustriellen Bereichen sogar an eine Renationalisierung denken, so seine Ansicht. Er verfügte daher die Entlassung aller westlichen Berater und sperrte ihnen mit sofortiger Wirkung den Zugang zum Ministerium. Der westliche Kapitaltransfer sank daraufhin abrupt, und die Kritik an seiner Person wurde so stark, daß der Minister wieder entlassen und ein »Reformer« sein Nachfolger wurde. Dafür wurden dann allerdings Vertreter des nationalen Flügels in anderen Bereichen befördert.

Insgesamt verlieren die westlich orientierten »Reformer« an Boden, während der national und z.T. auch nationalistisch eingestellte Flügel in Regierung wie Parlament Aufwind bekommt. Jelzin, der sich zunächst mehr auf den ersten Flügel stützte, beginnt sich umzuorientieren, um die Balance zu halten, löst sich dabei immer mehr vom formalen parlamentarischen Rahmen und entwickelt eine Art Präsidialdiktatur. Bereits im Herbst 1993 setzte er sich mit dem Gewaltstreik der Auflösung des Parlaments und der Suspendierung des Verfassungsgerichts durch. Er wurde das primäre Staatsorgan, vor allen anderen, mit Gesetzesinitiative, Vetorecht und Rechtsetzung per Dekret. Die Regierung wurde entmachtet: Am 11.1.1994, ein Tag vor Konstituierung des Parlaments, löste Jelzin per Ukas sämtliche für die innere wie äußere Sicherheit zuständigen Ressorts aus der Regierung aus und unterstellte sie seiner direkten Weisung. So kontrolliert er direkt das Verteidigungs-, Innen-, Außenministerium, den Geheimdienst, die Grenztruppen (kein BGS, sondern eine kleine Armee), Fernsehen, Rundfunk, Archivwesen. Nach der Tschetschenien-Pleite unterstellte er sich zusätzlich den Generalstab und den militärischen Geheimdienst.

Die Verfassung, die die Kompetenzen des Präsidenten eng definiert, wurde damit außer Kraft gesetzt. Entscheidendes Gremium ist Jelzins rechtlich nicht existentes »Küchenkabinett«, der Sicherheitsrat, der sich immer mehr Kompetenzen aneignet. Jelzins persönlichem Berater Korschakow unterstehen 30.000 Mann, eine Prätorianergarde außerhalb jeder legalen Kontrolle. Die Bekämpfung der wuchernden Kriminalität ist dabei populistische Begründung für den weiteren Ausbau des Machtapparates. Dabei setzt sich diese Maschinerie über alle bestehenden Gesetze und auch die Verfassung hinweg.

### Die Loslösung Tschetscheniens von Rußland

Für die Tschetschenen spielt die blutige 200jährige Geschichte ihres Verhältnisses zu Rußland eine große Rolle. Die Russen haben dieses Land gegen ihren erbitterten Widerstand erobert, besetzt und den Tschetschenen Land geraubt. Die Auflösung der UdSSR war deshalb 1991 für viele Tschetschenen das historische Signal zu schnellem Handeln. Die Unabhängigkeit des Baltikums wie der moslemischen »Schwester«-Republiken gaben das Beispiel. Die Tschetschenen bildeten mit den Inguschen eine autonome Republik innerhalb Rußlands. Als erstes trennten sich die 164.000



(1989) Inguschen von den 735.000 Tschetschenen, etwa ein Drittel der 294.000 Russen verließen die Republik in der Folgezeit. Nach der Niederschlagung des »August-Putsches« in Moskau wurde Dudajew, ein Generalmajor der russischen Armee, vom tschetschenischen Ältestenrat, einem eigentlich nur für Beratungsaufgaben vorgesehenen Gremium der Clan-Chefs, das nur die ländliche Bevölkerung, aber weder die Bewohner der Städte noch gar die Russen in Tschetschenien repräsentierte, zum Sprecher gewählt. Er faßte dieses Votum als Aufforderung zur Übernahme der Macht auf und besetzte das Regierungsgebäude in Grosny. Dies geschah keineswegs gegen die Interessen der russischen Führung.

Pikanterweise war es die russische Regierung unter Jelzin, die Dudajew zur Macht verhalf. Der vorherige Führer der damaligen autonomen Republik Tschetscheno-Inguschetiens Doku Sawgajew hatte nämlich während des August-Putsches 1991 eine eher abwartende Haltung gegenüber den »Putschisten« eingenommen und verfolgte eine Politik, im Rahmen der Sowjetunion eine relativ hohe Eigenständigkeit für Tschetschenien herauszuholen. Diese Haltung wurde ihm zum Verhängnis. Noch im August 1991 reiste eine hochrangige Delegation des russischen Obersten Sowjets unter der Leitung von Ruslan Chasbulatow nach Grosny. Unter Druck der russischen Vertreter beschloß der Oberste Sowjet Tschetscheno-Inguschetiens seine Selbstauflösung und den Rücktritt Doku Sawgajew. Damit war der Weg frei für Dudajew.

Noch im Oktober 1991 wurden in Tschetschenien, an Größe etwa Hessen vergleichbar, Wahlen abgehalten, durch die Dudajew Präsident wurde, der dann schon am 1.11. die Unabhängigkeit proklamierte. Um sich kulturell abzugrenzen, wurde das kyrillische Alphabet durch das lateinische ersetzt. Jelzin antwortete mit Ausrufung des Ausnahmezustandes. Er konnte ihn aber nicht praktisch durchsetzen, da das Parlament unter Chasbulatow das verhinderte. Es blieb bei einer Wirtschafts- und Finanzblockade.

Die Wirtschaft in Tschetschenien zerfiel in der Zwischenzeit zunehmend. Die Struktur war integriert in die gesamt-russische, kann davon isoliert kaum existieren. Nennenswerte Rohstoffe gibt es nicht. Das wenige Erdöl ist weitgehend ausgebeutet, die Produktion reichte zuletzt nicht einmal für den Eigenverbrauch. Man mußte Öl zu Weltmarktpreisen importieren. Es gab und gibt wenig Industrie, die zudem fast komplett daniederlag. Die Arbeiter – Facharbeiter waren meist Russen – bekamen schon seit Monaten keine Löhne mehr gezahlt.

Diese Lage trieb die Tschetschenen dazu, andere Ebenen des Überlebens zu finden. Viele begaben sich in andere Länder, vor allem nach Rußland. Etwa 200.000 leben inzwischen in der »Diaspora«. Sie treiben traditionell vor allem Handel. Der unklare Status des Landes und die fehlende Macht Moskaus ließ Tschetschenien selbst zu einer Art Freihandelszone werden, über die in großem Maß Waren aus, aber vor allem nach Rußland geschmuggelt werden. Der Handel ist der Wirtschaftsbereich, wo sich schon zu Zeiten der Sowjetunion am ehesten kriminelle Strukturen herausgebildet haben. Das ist heute noch um ein Vielfaches stärker der Fall. Die Tschetschenen sind in den Augen der russischen Öffentlichkeit zum Typus der Mafia schlechthin geworden. Sie sind nicht mehr oder weniger kriminell als andere in diesem Gewerbe. Doch werden sie verstärkt wahrgenommen, vielleicht auch wegen ihres, zumindest gegenüber Russen, traditionellen Zusammengehörigkeitsgefühls. Auf jeden Fall aber haben die »Schwarzen« traditionell ein negatives Bild. Jeder dritte Russe soll sich laut einer Umfrage letztes Jahr dazu bekannt haben, die Tschetschenen zu hassen. Da spielt auch eine Rolle, daß sich der massive und immer

stärker werdende Ärger über die Versorgungslage und Preise schon zu Endzeiten der UdSSR immer zuerst an den Händlern der freien Märkte festmachte, zu denen Kaukasier in überproportionalem Maße zählten und noch zählen. Da kam es schon unter Gorbatschow zu blutigen Schlägereien.

Die innenpolitischen Strukturen unter Dudajew sind für uns wenig durchschaubar. Unklar beispielsweise ist, welche Rolle immer noch Clan- oder Sippenstrukturen spielen. Dudajew selbst verkörpert insofern die tschetschenische Geschichte, als er, im Januar 1944 geboren, als Säugling deportiert wurde und, ebenso wie sein Gegenspieler Chasbulatow, in Alma Ata, jetzt Almaty, aufwuchs. Politisch steht er für den Willen zur Unabhängigkeit von Rußland, für nicht mehr, aber auch nicht weniger. Das reichte zunächst, obwohl es in den drei Jahren seiner Herrschaft wirtschaftlich bergab ging und der Konflikt mit Rußland sich in dem Maß verschärfte, in dem die russische Opposition zu Jelzin machtlos wurde.

Die Entwicklung differenzierte allerdings die innenpolitische Szene in Tschetschenien. Dudajew unterdrückte die Opposition, auch mit Gewalt. 1993 errichtete er eine Art Präsidialregime und verhinderte Neuwahlen. Das eskalierte im Sommer 1994 zu einem beginnenden Bürgerkrieg. Der Charakter der Opposition ist schwer einzuschätzen. Traditionelle Clan-Divergenzen werden ebenso eine Rolle spielen wie der Gegensatz von Stadt und Land oder die Unzufriedenheit über die Zuspitzung der Konflikte mit Rußland und die wirtschaftlichen Probleme. Auf jeden Fall ist ein Teil der Opposition eher mit Rußland verbunden oder sieht keine Perspektive in nationaler Unabhängigkeit. Er wurde von Rußland massiv unterstützt, mit Geld, Waffen und Beratern. Im November versuchte sich die Opposition an der Eroberung des Präsidentenpalastes in Grosny und scheiterte. Diese Aktion hatte die russische Armee mit Freiwilligen unterstützt, von denen einige gefangen genommen wurden.

Das gab den Anstoß zur letzten Eskalation. Dudajew verlangte von Moskau das offizielle Eingeständnis der militärischen Verwicklung, sonst würden die Gefangenen als Söldner hingerichtet. Moskau lehnte ab und nahm das Ultimatum zum Anlaß, am 11. Dezember 1994 selbst einzumarschieren.

### **Die Reaktion der anderen Regionen auf den Einmarsch**

Der Kampf der Tschetschenen trifft in vielen anderen Regionen Rußlands auf Sympathie. Der Präsident der Inguschen, auch außerhalb seines Landes angesehen, ist einer der prominenten Kritiker des russischen Vorgehens. Die Inguschen waren 1944 selbst verschleppt worden, ihr Land an Osseten und Kosaken verteilt. Im Oktober 1992 gab es blutige Unruhen zwischen Osseten und Inguschen um knappes Weideland. 40.000 Inguschen wurden vertrieben oder flohen.

Aber auch die meisten anderen Regionen lehnten den Einmarsch ab, sie verweigerten Jelzin im Dezember die Zustimmung des Föderationsrates (vergleichbar dem Bundesrat). Nach der Verfassung war die Ausrufung des Ausnahmezustandes geboten, und der bedarf der Zustimmung des Föderationsrates. Einige Gebiete im Norden und Fernen Osten untersagten die Entsendung von dort stationierten Polizei- oder Armee-Einheiten. Jakutien stellte die Aushebung von Rekruten ein und verbot die Anwerbung von Freiwilligen. Selbst der Präsident der Tschuwaschen, vor kurzem noch Finanzminister Jelzins, rief öffentlich dazu auf, den Wehrdienst zu verweigern.

### **Die Gründe für den Tschetschenien-Krieg**

Der Einmarsch der russischen Streitkräfte in Tschetschenien hat zwei wesentliche Gründe, die Angst Moskaus

vor einem Auseinanderfallen oder zumindest einer Schwächung Rußlands, sollte die tschetschenische Regierung mit ihren separatistischen Vorstellungen erfolgreich sein, und die Bedeutung dieses Gebiets in der Auseinandersetzung um die Erdöl- und Erdgasvorkommen des Kaspischen Meeres. Was den ersten Punkt betrifft, so ist der Separatismus zwar nirgends sonst in Rußland so stark ausgeprägt ist wie in Tschetschenien und äußert sich schon aus geographischen Gründen oft »nur« als verstärktes Autonomieverlangen, doch wird in Moskau zunehmend die Gefahr des Zerfalls, der Zerbröselung Rußlands gesehen. Moskaus Statthalter im Kaukasus, Jegorow, selbst kosakischer Herkunft, spricht z.B. davon, daß sich dort »heute das Schicksal Rußlands entscheidet. Wenn wir uns hier nicht durchsetzen, gibt es in wenigen Monaten Rußland überhaupt nicht mehr.« Auch wenn diese Befürchtung nicht ganz realistisch erscheint, zeigt sie zum einen die Stimmungslage in wesentlichen Teilen der russischen Bevölkerung und vor allem des Militärs. Zum anderen weist sie daraufhin, daß Rußland angesichts der Versuche des Westens, seine Einflußzone auszuweiten, jedes Anzeichen von Schwäche vermeiden will, und ein solches Zeichen von Schwäche wäre in ihren Augen ein Nachgeben gegenüber Dudajew.

Den zweiten Punkt kann man auf den ersten Blick kaum erkennen. Die wirtschaftliche Bedeutung Tschetscheniens selbst ist gering. Industrie und Landwirtschaft sind unbedeutend, die Erdölvorkommen sind weitgehend erschöpft. Auf den zweiten Blick zeigt sich aber, daß Tschetschenien aus geographischen Gründen eine große Bedeutung als kaum ersetzbarer Verkehrsknotenpunkt zwischen Rußland und dem Transkaukasus hat. Und da kommt es als »Bauer« ins strategische »große Spiel« des weltpolitischen Machtkampfes in der Region zwischen Kaukasus und Himalaya, konkret in den Konflikt um die Erdöl- und Erdgasvorkommen des Kaspischen Meeres und seiner Anrainer. Die Reserven der Anrainerstaaten Aserbaidschan, Kasachstan und Turkmenistan werden zu den reichsten der Welt gezählt, vergleichbar mit denen des Persischen Golfs. Nur ein Bruchteil davon ist bislang erschlossen. Um den Zugriff darauf entbrennt nun eine heftige Auseinandersetzung.

Rußland suchte von Anfang an bestimmenden Einfluß auf die Erschließung und Vermarktung, vor allem in Aserbaidschan und Kasachstan, zu bekommen. Zunehmend betrachtet es diese ehemaligen Sowjetrepubliken als seine originäre Einflußzone. Vor allem in Kasachstan kann es sich auf die dort lebenden zahlreichen Russen stützen, immerhin 38 Prozent der Bevölkerung.

Baku lehnt im Unterschied zu Kasachstan die Einflußnahme Rußlands ab, will sich nicht wieder von Moskau dominieren lassen. Die wirtschaftliche Lage Aserbaidschans ist jedoch sehr schlecht. 1994 ging die Industrieproduktion um ein knappes Drittel zurück, die Landwirtschaft um ein knappes Viertel. Baku ist deshalb sehr stark auf die Vermarktung seiner Rohstoffe angewiesen, kann seine Ressourcen aber nicht allein ausbeuten und vermarkten. Dazu fehlt ihm vor allem Kapital. Also verhandelte es mit einer Reihe westlicher Firmen. Gegen diese Verhandlungen lief Rußland Sturm. Als sich im Frühjahr 1993 eine Einigung mit einem westlichen Konsortium unter Federführung von BP und Amoco abzeichnete, unterstützte der Kreml einen Putschversuch gegen den türkeifreundlichen Präsidenten Eltcebey. Er wurde vom ehemaligen KP-Chef Alijew abgelöst. Die Hoffnung Rußlands, daß damit auch der Vertrag hinfällig sein würde, erfüllte sich jedoch nur zu einem geringen Teil. Zwar wurde der bereits unterschriftsreife Vertrag noch einmal überarbeitet, und der russische Ölkonzern LUKoil bekam auch einen 10prozentigen Anteil, im Kern blieb es

jedoch bei der alten Regelung zugunsten der westlichen Ölgesellschaften.

Im September 1994 schloß die aserbaidtschanische staatliche Erdölgesellschaft den Vertrag mit einem westlichen Ölkonsortium unter Führung der britischen BP ab, an dem neben mehreren US-Multis und der LUKoil auch eine türkische Firma beteiligt ist. Für die Förderung von schätzungsweise gut 500 Mio. Tonnen Öl wird mit Kosten in Höhe von 7 bis 8 Mrd. Dollar gerechnet. Obwohl die ausländischen Ölgesellschaften mindestens 80 Prozent der Kosten übernehmen und der aserbaidtschanischen Seite 80 Prozent des Gewinns garantieren mußten, bleibt das Geschäft doch sehr lukrativ. Beim jetzigen Stand der Dinge dürfte es einen Ertrag von ca. 120 Mrd. Dollar (Financial Times vom 19.9.1994 und vom 20.2.1995) ergeben, also 24 Mrd. für die ausländischen Konzerne, bei einem Eigeneinsatz von vielleicht 6 Mrd. Dollar ein satter Profit in Höhe von 300 Prozent – wenn alles so läuft, wie geplant.

Moskau will sich trotz der geschilderten Nachbesserung mit der getroffenen Regelung deshalb nicht abfinden. Das russische Außenministerium stellt die Vertragsunterzeichnung vom September letzten Jahres grundsätzlich in Frage. Obwohl das russische Energieministerium und Premierminister Tschernomyrdin LUKoil grünes Licht gegeben haben, sperrt man sich im Außenministerium mit der Begründung, die Rohstoffe des Kaspischen Meeres seien eine Angelegenheit aller Anrainerstaaten und daher seien Abkommen nur gemeinsam zu treffen. Es will daher Klage erheben. Seine Position ist allerdings umstritten. Es steht nämlich die Frage offen, ob das Kaspische Meer als Binnengewässer zu definieren ist, was Aserbaidschan Handlungsfreiheit gäbe, oder als Meer, wie die Russen meinen. Dann würde die 12-Meilen-Zone gelten, wobei das betreffende Öl zumeist außerhalb, in dann internationalen Gewässern, liegt. Zusätzlich gibt es noch ein weiteres Problem. Die Nutzung des Kaspischen Meeres ist 1921 und 1940 in internationalen Verträgen geregelt worden. Die wurden zwar nie aufgehoben, die Sowjetunion als Vertragspartner existiert aber mittlerweile nicht mehr.

Das wirkliche Hauptproblem liegt derzeit aber noch woanders, in der Frage des Transports nämlich. Und hier bündeln sich alle regionalen wie auch großen internationalen Interessen und Widersprüche (siehe den Artikel über die weltpolitischen Konflikte zwischen dem Westen und Rußland). Die Alternative heißt: Transport des Erdöls via Rußland oder via Türkei? Rußland sucht über den Transportweg wenigstens indirekt Einfluß auf die Ausbeutung und Vermarktung zu bekommen. Der traditionelle Weg ist der über eine Pipeline zum russischen Schwarzmeerhafen Noworossisk, von dort weiter mit Tankern zum oder durchs Mittelmeer. Würde er gewählt, bedeutete das für Rußland viel: Zunächst hätte es leichte, sichere und langfristige Deviseneinnahmen. Die Kontrolle der Pipelines bedeutete wegen der Möglichkeiten, Druck und Sanktionen auszuüben, aber auch Einfluß auf die Produktion und somit auf die Produzenten. Damit wäre ein überaus wichtiger Hebel gegeben, um den russischen Einfluß auf die Länder der ehemaligen Sowjetunion zu verstärken.

Die von der Türkei und den USA gewünschte Südroute würde am Ende durch Südostanatolien/Nordwestkurdistan zum türkischen Mittelmeerhafen Yumurtalik führen. Mal abgesehen davon, daß dem russischen Staat bei dieser Routenführung die Pipeline-Benutzungs-Gebühren entgehen würden, argumentiert das Außenministerium vor allem deswegen gegen eine solche Lösung, weil es eine nachhaltige geostrategische Veränderung zuungunsten Rußlands befürchtet. Um die russische Position zu schwächen, erschwert die

## Die Kriegführung

der Russen war vergleichsweise primitiv. Die Soldaten waren nach dem US-Wehrforscher Lambeth eine »Truppe hastig zusammengewürfelter Wehrpflichtiger, die nicht clever genug waren, um der Einberufung zu entgehen, geführt von schlecht ausgerüsteten, schlecht ausgebildeten und demoralisierten Offizieren, die offen bekannten, sie verstünden



nicht, warum sie eigentlich in Tschetschenien seien.« Angeblich entziehen sich über 75 Prozent der Jugendlichen dem Wehrdienst. Doch gerade die Eroberung einer zäh verteidigten Stadt verlangt besonderen Einsatzwillen.

Die fehlende Durchsetzungsfähigkeit der Soldaten wurde mit schwerer Waffentechnik kompensiert. Entsprechend groß sind die Schäden. In Grosny sind nahezu alle Gebäude schwer beschädigt bis zerstört. Das Ausmaß der Zerstörung ist aber auch den allgemeinen Problemen der russischen Armee geschuldet. Den Panzern fehlt die Wartung. Außerdem fehlen Ersatzteile und Munition. Nur 20 Prozent der Flugzeuge sind noch einsatzfähig und nur 25 Flugstunden sind wegen Spritmangels zur Zeit noch möglich gegenüber 180 bis 220 im Westen. Ein Pilot erzählte anonym, Kameraden hätten im zuletzt immer noch vergeblichen Versuch, ein einzelnes Ziel zu treffen, ganze Areale plattgemacht.

Der Krieg hat sich jetzt in das bergige Hinterland verlagert. Von dort aus versuchen die Tschetschenen, noch Partisanenkrieg zu führen. Die russische Armee setzt wieder vorrangig schwere Waffen statt Soldaten ein. Wenn die Dörfer, die Holz- oder einfachen Steinhäuser von Bomben der Kampfflugzeuge oder Raketen der Kampfhubschrauber getroffen werden, sind die Folgen für die Zivilbevölkerung noch grausamer als in der Stadt. 15. Juni 1995 ■

Türkei seit Mitte letzten Jahres die Durchfahrt von russischen Tankern durch den Bosphorus mit dem Argument, der alte Vertrag von Montreux, der solche Einschränkungen verbietet, sei mit der SU geschlossen worden, nicht mit Rußland. Zu der gefährlichen Durchfahrt durch die Meerengen gibt es jedoch eine Alternative: eine Pipeline durch Bulgarien und Griechenland.

Die Auseinandersetzung um den Verlauf der Ölpipelines konzentriert sich in erster Linie auf die Frage, auf welchem Weg das aserbaidische Öl ins Mittelmeer gelangt. Der Konflikt um den Transport des kasachischen Öls dürfte dagegen weitgehend zugunsten Rußlands entschieden sein. Mitte Januar haben die kasachische und die russische Regierung einen Vertrag unterzeichnet, demzufolge bis 1997 für 400 Mio. \$ ein erster Teil einer Pipeline zwischen den Ölfeldern Kasachstans und dem russischen Schwarzmeerhafen Noworossisk gebaut werden soll. Allerdings ist noch offen, ob der Chevron-Konzern, der die Finanzierung des Tengis-Ölfelds zum größten Teil übernehmen soll, bei diesen Plänen mitspielt. Seit zwei Jahren liegt wegen der Pipeline-Frage sein Investitionsvorhaben in Höhe von 10 Mrd. \$ auf Eis. Doch obwohl die USA auf diesem Wege Druck auf die kasachische Regierung auszuüben versuchen und im April der Staatssekretär im US-amerikanischen Energieministerium, White, bei einer Reise durch die zentralasiatischen Republiken des früheren Sowjetunion die Position der USA zu stärken versucht hat, dürfte die Grundentscheidung zugunsten Rußlands nicht mehr zu erschüttern sein.

In der Frage der Pipeline für den Transport des aserbaidischen Öls sieht das ganz anders aus. In Aserbaidchan ist der Einfluß der USA und der Türkei trotz der Machtübernahme durch Alijew wesentlich größer als in Kasachstan. Daher sind hier die Aussichten für eine Lösung, die den Interessen des Westens entspricht, auch erheblich größer.

Alle zur Wahl stehenden Routen haben derzeit jedoch einen entscheidenden Nachteil: Sie sind nicht sicher. Eine mittlere Route, in Annäherung an die viel zu kleine, schon existierende Pipeline Baku/Batumi, würde durch das umkämpfte Ossetien führen und stößt zudem im Westen auch deswegen auf Widerstand, weil Georgien seit neuestem einen

Stationierungsvertrag mit Rußland hat. Die Südroute bedeutet auf jeden Fall, daß die Pipeline durch das umkämpfte Berg-Karabach gehen muß und in der Türkei durch Nordwestkurdistan. Die Sicherheit einer nördlichen Route wird durch den Krieg in Tschetschenien infragegestellt.

Für Rußland muß das »Tschetschenien-Problem« daher gelöst werden, will man die mit Kasachstan erzielte Lösung nicht gefährden und seine Chancen in der Auseinandersetzung um die Transportroute für das aserbaidische Öl erhalten. Grosny ist der Knotenpunkt der Pipelines wie allen sonstigen Verkehrs zwischen Rußland und dem Transkaukasus. 80 Prozent des aserischen Handels liefen über Grosny. Also muß Tschetschenien russisch bleiben und »befriedet« werden. Wenn es sich selbständig machen könnte oder ein dauerhafter Kriegszustand das Land erschüttern würde, wären die russischen Transportpläne zumindest sehr stark gefährdet, wenn nicht sogar zunichte gemacht. Das ist der wesentliche ökonomische Grund für den Einmarsch der russischen Armee in Tschetschenien. 15. Juni 1995 ■

## Die Sowjetunion und die sozialistische Revolution

Heinrich Brandlers 1948 – 1950 geschriebene Darstellung der Herausbildung der Sowjetunion

Aus dem Inhalt: Die NÖP · Industrialisierung · Rolle der Gewerkschaften · Produktionskonferenzen · Stachanowmethoden · Zwangsarbeit und Zwangsarbeitslager · Bürokratie Russische Besonderheiten · Parteiregime unter Lenin · Krieg und Kriegspolitik · Kominform · Konflikt mit Jugoslawien

133 Seiten, Klebebindung, 9,- DM.

Bestellung: GFSA, Postbox 10 64 26, D-20043 Hamburg

Brandler lebte von 1924 bis 1928 in der Sowjetunion, war Mitglied der KPdSU, arbeitete in der Roten Bauerninternationale, schrieb diese Darstellung nach der Rückkehr aus der Emigration, um unter Arbeitern Verständnis zu wecken für die Probleme der Sowjetunion.

# Die Geschichte Tschetscheniens

Das Kernland der Russen umfaßte zunächst nur einen Teil des heutigen europäischen Rußlands. Das änderte sich, nachdem die Herrschaft der Mongolen abgeschüttelt werden konnte. Nun begann das »Sammeln der Länder«. Rußland drang nach Osten vor, Richtung Ural, dann nach Sibirien, nach Süden zum Schwarzen Meer und auch nach Westen zur Ostsee und nach Polen. Der Kaukasus kam dabei Ende des 18. Jahrhunderts in russische Reichweite. Das georgische Königreich, bedrängt von Türken und Persern, suchte Hilfe bei den christlichen Glaubensbrüdern im Norden. Das nahm Moskau zum Anlaß, es auch sogleich zu annektieren, sehr gegen den Willen der Georgier. Damit hatte Rußland sich im Süden des Kaukasus etabliert, ihn selbst aber noch lange nicht erobert. Die endgültige Eroberung dauerte noch fast ein Jahrhundert.

Im Arabischen wurde der Kaukasus »Berg der Sprachen« genannt, dort lebten über 50 Völker mit noch mehr Sprachen und Dialekten. Die alten Römer hatten auf ihre Vorstöße in diese Region um die 160 Dolmetscher mitgenommen. Selbst heute gibt es dort noch 37 verschiedene Sprachen. Es existierten außer dem georgischen Königreich keine Staatsgebilde, sondern nur verschiedene Stammesformationen. Die Stämme waren meist türkischer Abstammung. Viele wurden unter dem Einfluß Georgiens christianisiert, ab dem 16. Jahrhundert dann durch den türkischen und persischen Vorstoß aber langsam wieder reislamisiert.

Der Vorstoß der Russen stieß auf den erbitterten Widerstand dieser sehr kriegerischen Bergvölker. 1794 gründeten die Russen im Nordkaukasus Wladikawkas, zu deutsch »Beherrsche den Kaukasus«, 1818 Grosny, zu deutsch die »Strenge« oder »Schreckliche«. Erst 1864 konnte die Unterwerfung formell abgeschlossen werden. Dieser Krieg war lang und blutig. Die Bergvölker konnten in diesem mit traditionellem Militär schwer zu kontrollierenden Gebiet einen lang hinhaltenden Krieg und später Partisanenkrieg führen. Die erbittertsten Gegner des zaristischen Rußland waren dabei neben den Tscherkessen vor allem die Tschetschenen. Die Russen mußten über lange Zeit eine Riesenarmee von bis zu 300.000 Mann stationieren, was ihre wirtschaftliche Kraft erheblich beanspruchte. Sie versuchten die Kraft des Gegners durch Massendeportationen zu schwächen, ihm so seine Basis zu rauben. Davon waren vor allem Tschetschenen und Tscherkessen betroffen.

Im Geschichtsbewußtsein der Russen spielt die Eroberung des Kaukasus eine herausragende Rolle. Nie hatte ein vergleichsweise kleiner Gegner solchen Widerstand zu leisten vermocht. Das beeindruckte, positiv wie negativ. Mit einem schwärmerisch-romantischen Naturbild des Kaukasus verband sich eine Mystifizierung der Kaukasier, und wiederum namentlich hervorgehoben der Tschetschenen, als tückisch-grausame, unberechenbare »Schwarze«, wie sie bis heute genannt werden.

Bei den Kaukasiern sorgte dieser Krieg dafür, daß sich eine negative Grundeinstellung zu den Russen entwickelte. Tolstoi schrieb in seiner Erzählung »Hadschi Murat«: *»Das Gefühl, das alle Tschetschenen, klein und groß, empfanden, war stärker als Haß. Das war kein Haß, sondern Nichtanerkennung dieser russischen Hunde als Menschen und so eine Abscheu, Ekel und Befremden vor der unsinnigen Brutalität dieser Wesen, daß das Bedürfnis, sie zu vernichten, wie das Bedürfnis einer Vernichtung von Ratten, giftigen Spinnen und Wölfen ein ebenso natürliches Gefühl wie der Selbsterhaltungstrieb war.«* Am meisten entzündet hat sich der Haß und die Abscheu der Tschetschenen immer wieder

an den neu angesiedelten Russen, vor allem an den Kosaken. Diese waren nicht nur die vorgeschobenen Posten der Unterdrücker, sondern nahmen ihnen obendrein ihr Land weg und entzogen so der Hirtenwirtschaft ihre Grundlage, vor allem durch Wegnahme der Winterweide im Bergvorland.

Die »große sozialistische Oktoberrevolution« 1917 wurde im Kaukasus von Völkern ausgekämpft, die teils noch im Kettenhemd gepanzert und mit Schwertern bewaffnet waren. Die politischen Kampflinien waren nicht von den Gegensätzen eines halbwegs entwickelten Kapitalismus bestimmt, sondern eher von seinen historischen Vorformen. Die Bolschewiki stießen teilweise auf Sympathie, weil auch sie Feinde des Zarismus und seine Totengräber waren. Ein Kampf gegen die Zentralgewalt des Kreml war praktisch nur möglich als Unterstützung der Roten und als Kampf gegen die Weißen. Die Vertreter der Zentralgewalt waren die verhaßten Kosaken, die im Bürgerkrieg meist auf Seite der Weißen kämpften. Nach ihrer Niederlage wurden ihre Privilegien beschnitten und ihr Land reduziert, zum Teil an die Bergvölker zurückgegeben.

Die 20er Jahre waren Jahre der Erleichterung, des Abbaus zentraler Unterdrückung und einer gewissen autonomen Entfaltung der Kaukasusvölker. 1918 wurde die Bergrepublik gegründet, 1924 allerdings schon wieder aufgelöst, unter anderem, weil sich kleinere Völker vom tschetschenischen Nationalismus bedroht fühlten. Für einige Völker, darunter die Tschetschenen, wurde erstmals eine Schriftsprache entwickelt, zunächst in einem arabischen Alphabet, ab 1938 in einem kyrillischen.

Doch diese Periode endete 1929. Dann wurde auch hier die Kollektivierung durchgesetzt, oft gewaltsam, vielfach gegen den unterschiedlichen Willen großer Teile vor allem der kleineren Völker, ohne Rücksicht auf ihre traditionellen Lebensweisen. Ob sie denn Ackerbauern oder Viehzüchter waren, ob sie im Stammes- oder im Familienverband wirtschafteten – es spielte keine Rolle bei den Kollektivierungsmaßnahmen. Differenzierungen, die auf all diese Besonderheiten eingingen, konnten von der Sowjetregierung aufgrund der historischen Gegebenheiten nur selten gemacht werden. Der Zwang, die Industrialisierung angesichts eines drohenden Kriegs mit den wirtschaftlich überlegenen Staaten des Westens extrem schnell vorantreiben zu müssen, der gleichzeitige aktive oder passive Widerstand erheblicher Teile der Bauernschaft gegen die Kollektivierung und die völlig unzureichenden Kräfte der kommunistischen Partei sorgten bei der Kollektivierung vielerorts für eine unkoordinierte, überhastete und sehr harte Vorgehensweise (vgl. dazu unsere Sondernummer über die Geschichte der Sowjetunion: »Weiße Flecken«. d.Red.). Der Preis für dieses im wesentlichen unvermeidliche Handeln der Sowjetmacht war aber, daß trotz der sozialen Gegensätze, die auch innerhalb der Völker des Kaukasus existierten, in den Augen vieler wie im Jahrhundert zuvor eine Zentralmacht ihre Politik mit aller Gewalt durchsetzte. Zwei Jahre herrschte Krieg im Kaukasus, bis der Widerstand gebrochen worden war. Der Konflikt war damit aber nicht beendet. Als die Säuberungswelle 1937 auch auf die Nationalitäten übergriff, führte die damit verbundene Verhaftungswelle erneut zu einem mehrjährigen Partisanenkrieg gegen die Einheiten der Roten Armee.

Die deutsche Armee stieß daher bei ihrem Einfall im Kaukasus in Teilen der Bevölkerung auf Sympathie. Massenhaft desertierten Kaukasier aus der Roten Armee, und als deutsche Armeespitzen 1942 in den Kaukasus vordrangen, wurden sie nicht selten als Befreier empfangen. An der deutschen Seite kämpften drei Infanteriebataillone der nordkaukasischen Legion neben 20 anderen Bataillonen der Kaukasier und Turkestaner. In der tschetschenisch-ingu-



schischen Republik erhob sich eine »5000-Mann-Aufstandsarmee« unter einem Tschetschenen. Freiwillige meldeten sich für Hilfstruppen der Deutschen. Das war auch der hier modifizierten Besatzungspolitik der Deutschen zuzuschreiben. Anders als sonst in der UdSSR wurde den Bestrebungen der Bevölkerung teilweise Rechnung getragen. Es wurden die bei vielen unbeliebten Kolchosen aufgelöst und dem Islam Konzessionen gemacht. Selbst nach der Niederlage der deutschen Armee in Stalingrad führten kaukasische Partisanen mit Rückendeckung durch einen Teil der Bevölkerung noch einen monatelangen Kleinkrieg, der erhebliche Kräfte der Roten Armee band.

Die Reaktion des sowjetischen Staates auf die aktive und passive Unterstützung des faschistischen Kriegsgegners war entsprechend hart. 1944 wurden mehrere Kaukasusvölker in Massendeportationen nach Sibirien oder Zentralasien umgesiedelt, darunter die Tschetschenen. Sie und die mit ihnen verbundenen Inguschen wurden nach Mittelasien und Kasachstan deportiert. Die Deportationen wurden angesichts des immer noch andauernden Krieges ziemlich rücksichtslos durchgeführt, vom Zusammentreiben bis zum Eisenbahntransport. So sind viele Menschen umgekommen.

Der russische Schriftsteller Pristawkin, selbst als Kind 1944 in das verlassene Tschetschenien gebracht, hat seine eigene Geschichte und die der Tschetschenen in dem Roman »Schlief ein goldnes Wölkchen« verarbeitet, der vor einigen Jahren auch unter dem Titel »Kinder des Sturms« von einem inguschischen Regisseur verfilmt wurde. Er berichtet, daß ihm während der Dreharbeiten viele Menschen erzählten, »...wie die Bewohner der Siedlungen am Tag der sowjetischen Armee – es war der 23. Februar 1944 – angeblich zur

Feier des Tages auf den Platz geführt, auf Lastwagen verladen und zur nächsten Bahnstation verladen wurden. Sie durften nicht einmal mehr in ihre Häuser zurück, um ihre Habe zu packen.«

Tschetschenen, die flüchten konnten, führten einen jahrelangen Partisanenkampf. Pristawkin: »Wir lebten in Verstecken und hörten nachts irgendwo Kanonen und Bomben krachen, aber wir wußten nicht, daß in den Bergen ein Krieg tobte... Der letzte Partisan, der Stalin den Kampf angesagt hatte, verließ die Höhlen im Gebirge erst 1956, wie Augenzeugen berichteten.«

In der Folge wurde die Struktur einer autonomen Republik aufgehoben, das Gebiet aufgeteilt, ein Teil dem heutigen Nord-Ossetien zugeschlagen. Erst ab 1957, nach dem 20. Parteitag, konnten die Überlebenden zurückkehren. Damit war jedoch ein neuer Konflikt mit den Russen, aber auch anderen Nationalitäten angelegt, die inzwischen dort angesiedelt worden waren und Höfe und Felder übernommen hatten. 1958 kam es in Grosny zu einem Progam gegen Tschetschenen und Inguschen. Die Zentralmacht im Kreml sorgte daraufhin in der Folgezeit für eine strikte Kontrolle allen politischen Lebens und achtete sehr genau auf alle Äußerungen eines tschetschenischen Bewußtseins. Daher wurde sie von einem Teil der Tschetschenen auch als Unterdrückungsmacht empfunden. Der Islam spielte in ruhigen Zeiten keine große Rolle, wurde im Alltag wenig beachtet, am deutlichsten zu sehen an der Mißachtung des Alkoholverbots und der fehlenden Verschleierung der Frauen. In der Auseinandersetzung mit den Russen erlangte er allerdings oft eine Bedeutung als Träger nationaler Identität. So ist das auch heute. 15. Juni 1995 ■

## Der Einmarsch der türkischen Armee in den Nordirak

Am 20. März begann die Türkei mit dem Einmarsch in den Nordirak, die nach ihren eigenen Angaben größte Militäraktion ihrer modernen Geschichte. Mindestens 35.000 Soldaten waren im Einsatz – nach kurdischen Angaben sogar 50.000 bis 100.000. Offizielles Ziel dieser Aktion war es, die Rückzugsgebiete der PKK im Nordirak/Südkurdistan<sup>1</sup> vollständig zu zerstören und der PKK einen vernichtenden Schlag zuzufügen. Dieses Ziel wurde jedoch bis Mitte Juni ganz offensichtlich nicht erreicht, obwohl mit diesem Einmarsch der Krieg gegen die Kurden einen neuen Höhepunkt erreicht hat.

### Die Eskalation des Krieges in Kurdistan

Nach dem zweiten Golfkrieg und insbesondere nach dem Zusammenbruch des sozialistischen Lagers glaubten viele in der Türkei, daß nun Goldene Zeiten anbrechen würden. Der damalige Staatspräsident Turgut Özal verkündete voller Zuversicht: »Wenn wir jetzt nicht alles falsch machen, dann wird das 21. Jahrhundert das türkische sein«. Diese Hoffnung knüpfte sich an zwei Sachverhalte. Einmal konnte das »türkische Modell« dem sich ausbreitenden islamischen Fundamentalismus entgegengehalten werden. Zum anderen konnte es auch jenen nun selbständig gewordenen Republiken in Zentralasien und im Kaukasus als Perspektive angeboten

1) Nordirak ist die politische, Südkurdistan die geographische Bezeichnung.

werden, die türkische Traditionen besaßen und nach einer Orientierung suchten.

Wie diese neue Situation am besten zu nutzen sei, darüber gab es ab 1991 eine fast zwei Jahre währende Diskussion unter den Herrschenden der Türkei. Von zentraler Bedeutung war dabei die Frage, wie das Problem des kurdischen Widerstands gelöst werden könne. Diesbezüglich gab es zwei wichtige Positionen: Die eine favorisierte das, was man heute eine palästinensische Lösung nennen würde, d.h. den Versuch einer politischen Verhandlungslösung zwischen der türkischen Regierung und den zu Zugeständnissen bereiten Kurden. Die andere Variante war eine Art peruanische Lösung, wie sie die dortige Regierung gegen den »Sendero Luminoso« praktizierte, also ein brutaler Vernichtungskrieg ohne Rücksicht auf irgendwelche parlamentarischen Einwürfe im Innern oder die Kritik des Auslandes.

Die Fraktion, die die erste Lösung bevorzugte, wurde vom damaligen Staatspräsidenten Turgut Özal repräsentiert. Der Kern seiner Vorstellungen findet sich in einem Brief, den er im Februar 1993 an den damaligen Ministerpräsidenten Demirel schrieb. Darin wird die Kurdenfrage als das »vielleicht größte Problem in der Geschichte der türkischen Republik« bezeichnet. Özal wies darauf hin, daß gerade die »harte Behandlung« die Kurden in die Opposition getrieben habe. Es sei daher falsch, die Problematik nur unter dem Gesichtspunkt des »Terrorismus« zu betrachten (Frankfurter

Rundschau vom 19.11.1993). Den Kurden eine umfassende Autonomie oder gar einen eigenen Staat zuzugestehen, kam ihm allerdings auch nicht in den Sinn. Die Repressionsmaßnahmen hörten deshalb auch nicht auf. Er entwickelte aber immerhin Initiativen, die in Richtung einer politischen Lösung gingen. So wurde z.B. die Bestrafung des Gebrauchs der kurdischen Sprache aufgehoben. Emissäre der Staatsführung erkundeten auch die Möglichkeiten eines Waffenstillstandes, was dann von der PKK im März 1993 positiv beantwortet wurde. Die andere Fraktion, für die führende Teile der ‚Partei des rechten Weges‘, die heute an der Macht ist, vor allem aber die Militärführung standen und noch stehen, zog aus den neuen regionalpolitischen Perspektiven die entgegengesetzte Schlußfolgerung: Die für die Funktion als Regionalmacht nötige »Ruhe an der Heimatfront« könne man nicht durch Kompromisse erreichen, die doch nur zu neuen Forderungen führen würden, sondern nur durch erbarmungslose Härte.

Um diese Strategie umzusetzen, wurden nach dem Tod von Özal und dem damit verbundenen Wechsel in der Regierungspolitik von der neuen Regierung unter Tansu Ciller drei Wege beschritten. Erstens wurde noch intensiver als schon zuvor die Unterstützung der Nachbarstaaten gegen die Kurden gesucht. Zweitens wurde jeder Ansatz zu einer demokratisch-parlamentarischen Lösung zunichte gemacht, was am Ende dazu führte, daß kurdische Abgeordnete trotz parlamentarischer Immunität verhaftet und ins Gefängnis geworfen wurden. Drittens schließlich, und das bildete den Kern der neuen Strategie, wurde das militärische Vorgehen erheblich verschärft: Setzt die Counter-Guerilla traditionell darauf, dem Fisch das Wasser abzugraben, hieß die neue Devise des türkischen Militärs: »die Fische ins tiefe Wasser treiben, um sie dort ungestört fangen zu können«. Praktisch sah das so aus, daß die Armee auf der einen Seite strategisch wichtige Punkte sehr stark befestigte und einen dichten Militärgürtel um Südostanatolien zog, um der PKK die Rückzugsmöglichkeiten in den Nordirak bzw. die Westtürkei abzuschneiden, auf der anderen Seite für das übrige Gebiet dann im wahrsten Sinne des Wortes die Parole ‚Verbrannte Erde‘ ausgab. Immer heftigere Auseinandersetzungen mit der PKK wurden und werden im Rahmen dieser Strategie als Erfolg wahrgenommen, da sie als Indiz dafür genommen werden, daß die PKK in die Ecke gedrängt und aus ihren Verstecken herausgetrieben wird.

Trotz großer Anstrengungen blieb ein durchschlagender Erfolg der Armee im Kampf gegen den kurdischen Widerstand aber aus. Er wird jedoch immer dringlicher, denn einerseits eskalieren die Kosten des Krieges gegen die PKK und die kurdische Bevölkerung, andererseits wird die ökonomische Lage der Türkei ständig schlechter. Je nachdem, ob man nur die unmittelbaren militärischen Kosten oder auch alle zusätzlichen durch den Krieg verursachten Kosten berücksichtigt, werden inzwischen 20 Prozent bis über 50 Prozent des türkischen Staatshaushaltes für den Krieg gegen die Kurden verwandt. Von jährlichen direkten Kosten in Höhe von mindestens acht Mrd. Dollar ist die Rede. Ein Mitarbeiter von Ministerpräsidentin Tansu Ciller, Emre Gönensay, erklärte, die im März gestartete Militäroffensive koste pro Tag 50 Mio. DM (Wochenpost vom 12.4.1995). Diese stark angewachsenen Ausgaben sind neben der Weltwirtschaftskrise und der Krise des wichtigsten ökonomischen Partners, Deutschland, die wesentliche Ursache dafür, daß die Türkei sich seit 1993 in der tiefsten Wirtschaftskrise der neueren türkischen Geschichte befindet. »Frau Ciller ... hat es verfehlt, die Wirtschaft in den Griff zu bekommen. Die Inflation ging 'rauf, das nationale Einkommen 'runter«, so die »International Herald Tribune« am

30.3. diesen Jahres. Das Bruttosozialprodukt sank letztes Jahr um sechs Prozent, pro Kopf sogar um 7,7 Prozent. Die Inflationsrate betrug im Frühjahr ca. 150 Prozent, das Haushaltsdefizit im ersten Quartal 1995 1,2 Mrd. Dollar, die Auslandsverschuldung im letzten Jahr 65 Mrd. Dollar. Die Arbeitslosenrate soll sich um 25 Prozent bewegen. Die Ausgaben, die gemacht wurden, um dem Status einer Regionalmacht gerecht zu werden, haben sich bisher nicht einmal annähernd in dem Maße rentiert, wie das erwartet worden war. Bislang hat die türkische Staatsführung trotz all dieser negativen Entwicklungen die Zustimmung der Mehrheit der türkischen Bevölkerung für ihre Kurdenpolitik aber noch nicht verloren.

### Die Entwicklung der PKK

Nach der radikalen Zerschlagung jedweden Widerstandes der »Bergtürken« in den 20er bis 40er Jahren herrschte in Nordwestkurdistan lange politische Friedhofsruhe. Für die Türkei hatte dieses Gebiet fast keinerlei ökonomische Bedeutung, was dazu führte, daß es in seiner Entwicklung völlig vernachlässigt wurde. In einer CIA-Analyse wurde damals darauf hingewiesen, daß »die östlichen Provinzen nur zehn Prozent der staatlichen Industrieinvestitionen und nur zwei Prozent der Handels-Investitionen erhalten (haben)«. <sup>2</sup> In den kurdischen Provinzen war das Durchschnittseinkommen daher auch um 44 Prozent geringer als in der übrigen Türkei.

Politisch waren die Verhältnisse bis in die 70er Jahre genau umgekehrt wie heute: Im Irak gab es einen starken militärischen Widerstand der Kurden, in der Türkei dagegen so gut wie keinen. Aber das Vorbild – und teilweise die praktische Unterstützung – durch die irakischen Kurden führte nach und nach zum Aufbau kleiner politischer Widerstandsgruppen, die teilweise auch schon Ansätze eines Guerillakrieges entwickelten. Besonders unter den Jugendlichen, die aus den bedrückenden Verhältnissen der kurdischen Landgebiete mit ihrer kleinbäuerlichen Wirtschaftsstruktur und den noch starken Clan-Strukturen in die großen Städte entflohen und unter den kurdischen Studenten der großen Universitäten der Westtürkei entstanden Parteien, die eine Perspektive des Unabhängigkeitskampfes gegen die Türkei entwickelten. Eine von ihnen war die PKK, die aus einer kleinen Studentengruppe an der Universität Ankara hervorging.

Ihrer Meinung nach war Nordwestkurdistan eine türkische Kolonie. Um die Verhältnisse dort grundsätzlich zu verändern, war nach ihren damaligen Vorstellungen eine anti-koloniale, d.h. nationale Revolution notwendig, die alle sozialen Kräfte Kurdistans umschließen mußte. Nach der Erreichung der sozialen Unabhängigkeit müsse dann der Kampf der Bauern und Landarbeiter unter Leitung der PKK für den Sozialismus fortgeführt werden. Tatsächlich ist es bereits recht früh das besondere Kennzeichen der PKK gewesen, daß sie sich einerseits – anders als z.B. die Parteien im irakischen Südkurdistan – sehr weitgehend aus Clan-Bindungen gelöst hatte, sie andererseits aber auch – und das wiederum unterscheidet sie von den damaligen studentischen Linksparteien – sehr früh Rückhalt bei Kleinbauern und Landarbeitern gefunden hatte. Das gelang ihr, weil sie Ende der 70er Jahre sehr entschieden gegen die kurdischen Agha-Großgrundbesitzer <sup>3</sup> vorgegangen war, die den Kampf gegen den türkischen Staat nicht nur nicht unterstützten, sondern sogar mit dem Staatsapparat kollaborierten.

2) CIA, The Kurdish Problem in Perspective, August 1979, S. 20

3) Agha wird der Chef eines Clans genannt. In den ländlichen Regionen ist er in der Regel auch der Großgrundbesitzer.



Panzerfahrzeug in der Innenstadt von Diyarbakir

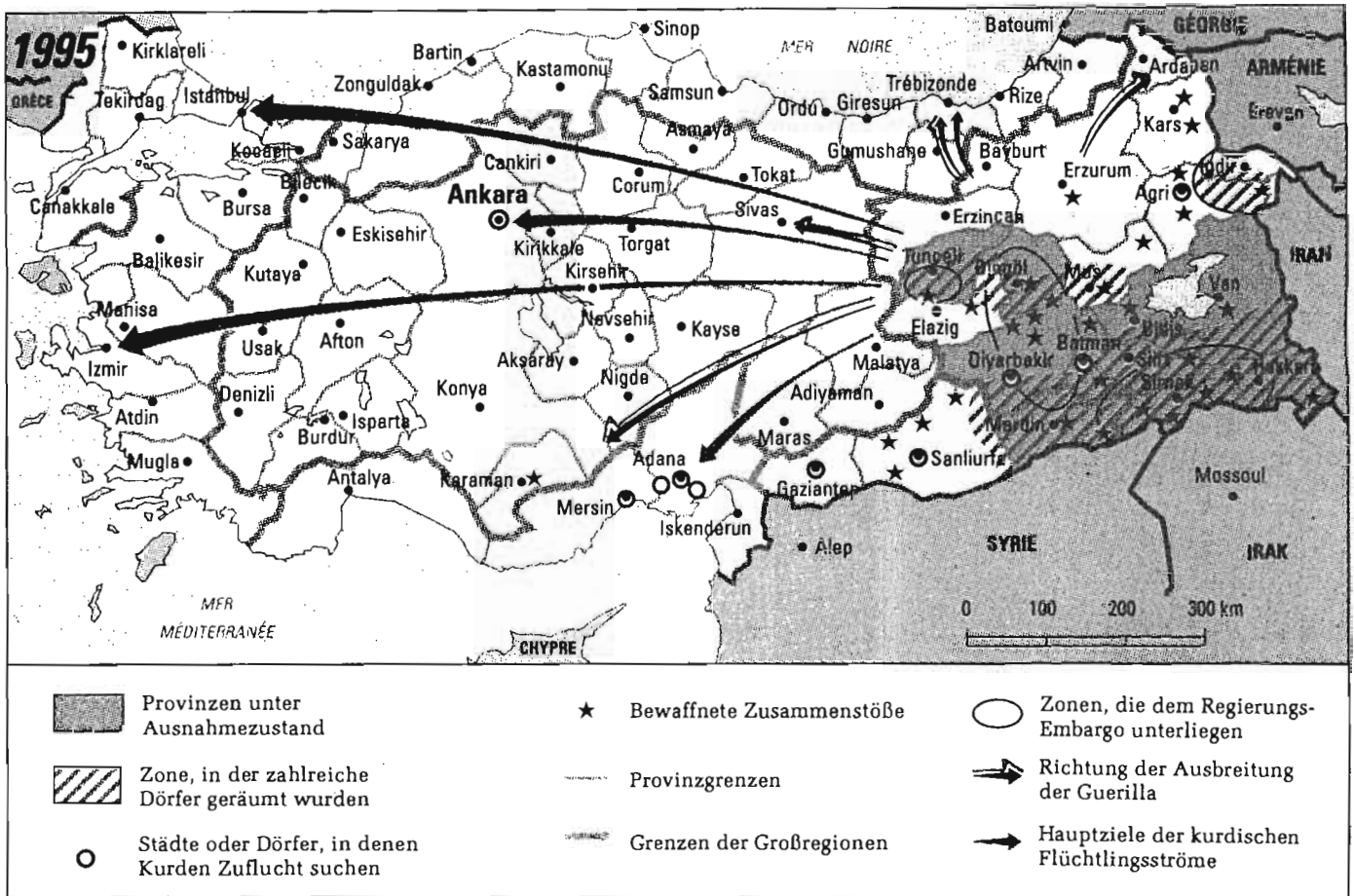
Da Clan-Strukturen eine große Bedeutung in Kurdistan besaßen, wurde die PKK, wie sie Anfang der 80er Jahre selbstkritisch feststellte, oft aber auch faktisch Partei in Clan-Auseinandersetzungen, weil es vielen Clan-Chefs immer noch gelang, die bäuerlichen Clan-Mitglieder zu mobilisieren. Die Gewalttätigkeit, durch die sich diese Auseinandersetzungen auszeichneten – in Kurdistan gibt es eine Tradition der Blutrache – sowie die brutale Repression seitens des türkischen Staates, der durch den Separatismus der Kurden den zentralen Pfeiler des kemalistischen Einheitsstaates gefährdet sah, führte dazu, daß sich auch die PKK-Aktivitäten durch ein erhebliches Maß an Gewalt auszeichneten. Wenn die PKK inzwischen zur beherrschenden kurdischen Widerstandsorganisation mit Massenanhäng geworden ist, so hat das nur zu einem Teil mit den von ihr bisher vertretenen politischen Positionen zu tun, sondern ganz wesentlich damit, daß sie es geschafft hat, der Unterdrückung durch die Türkei überhaupt etwas halbwegs erfolgreich entgegenzusetzen. Sie war die Kraft, »die uns die Würde zurückgegeben hat«, so formulierte es ein Kurde in einem Interview (Arbeiterpolitik 3/4 1992).

Der türkische Militärputsch 1980 veränderte die Kampfbedingungen der PKK nachhaltig. Seit dieser Zeit orientierte sich die Türkei an einer anderen ökonomischen Perspektive: Huldigte man bis dahin der Theorie, die Entwicklung eines Binnenmarktes müsse soweit wie möglich, abgeschottet durch Zollschränken, unabhängig vom Weltmarkt erfolgen, orientiert man sich seither fast bedingungslos auf den Weltmarkt. Angesichts dieser veränderten Perspektive bekam Kurdistan für die Türkei plötzlich eine erheblich größere Bedeutung als vorher. Charakteristisch hierfür ist das »Südostanatolien-Projekt«, bekannter unter dem türkischen Kürzel »GAP-Projekt«, ein gigantisches Staudamm-Projekt an den Oberläufen von Euphrat und Tigris, das zwar eine lange Vorgeschichte hat, aber erst unter den neuen Vorzeichen energisch in die Tat umgesetzt wurde. Von diesem

Projekt versprachen sich die Planer in ökonomischer Hinsicht einerseits die Schaffung einer effizienten weltmarktfähigen Landwirtschaft, andererseits einen Energieüberschuß, der in der notorisch ölarmer Türkei der Entwicklung der Industrie den entscheidenden Vorwärtstrieb verschaffen sollte. Nun mußte der Staat in Kurdistan aktiver werden. Jedweder Widerstand sollte gebrochen werden. Die einheimische kurdische Bevölkerung mußte deshalb nicht nur einfach den künstlich geschaffenen Seen weichen. Sie wurde vielmehr bewußt in die Westtürkei umgesiedelt, während gleichzeitig Türken finanzielle Anreize gewährt wurden, um nach Kurdistan umzuziehen.

Unter dem Druck der Militärherrschaft hatte auch die PKK wesentliche Teile ihrer Organisation ins Ausland verlegen müssen. Die Erfahrungen des Guerillakampfes hatten sie aber soweit gefestigt, daß sie den Kern ihrer Gruppen erhalten konnte, während viele andere linke Gruppierungen darüber zerbrachen. Als sie 1984 den bewaffneten Volkskrieg im Innern Nordwestkurdistans wieder aufnahm, hatte sich ihre Situation gegenüber den 70er Jahren in zweierlei Hinsicht geändert: Es gab weniger Konkurrenzorganisationen und die Repression des türkischen Staates führte der PKK in wachsendem Maße Sympathisanten und auch aktive Kämpfer zu.

Eines der zentralen Repressionsmittel ist das »Dorfschützer-System«, welches 1985 – angeblich nur »provisorisch«, für eine kurze Zeitspanne gedacht – eingeführt wurde. Auf der Basis von Clan-Rivalitäten baute der türkische Staat eine Söldner-Miliz auf, die gegen die ca. 30.000 bis 35.000 PKK-Guerillas ungefähr 50.000 bis 60.000 Dorfschützer auf die Beine bringt. Von diesen steht schätzungsweise ein Viertel in ihrer Loyalität tatsächlich allerdings auf Seiten der PKK, weil sie sich einerseits dem Druck des türkischen Militärs zum Eintritt in die Miliz zwar nicht entziehen können, andererseits aber auch nicht bereit sind, gegen die PKK zu kämpfen. Das »Dorfschützer-System« trägt insgesamt enorm zur Polarisierung der kurdischen Gesellschaft



*Flüchtlingsbewegungen der Kurden in der Türkei*

bei, denn es läßt einzelnen Kurden und ganzen Dörfern überhaupt keine Wahl: Sie müssen sich zwischen der PKK und dem Staat entscheiden. Zur Repression gehört auch der Aufbau strategischer Dörfer im Zusammenhang mit dem GAP-Projekt, wobei viele der traditionellen Dörfer völlig zerstört wurden, die Bildung eines besonderen Militär-gouvernements, welches dann das offiziell geleugnete Kurdistan sinnfällig auf den Generalstabskarten entstehen läßt, und der Aufbau von Counter-Guerilla-Einheiten sowie der Einsatz von Todesschwadronen.

Wie bei vielen anderen Befreiungsbewegungen der Dritten Welt veränderten sich allerdings auch für die PKK die Kampfbedingungen durch den Zusammenbruch des sozialistischen Lagers grundlegend. Solange es existierte, konnte man, auch wenn im Land selbst die ökonomische Basis für den Aufbau des Sozialismus schwach war, immer noch auf Hilfe von dort hoffen, und allein das Vorhandensein des sozialistischen Lagers sorgte für einen politischen Spielraum gegenüber dem Westen. Jetzt gibt es dagegen nur noch die Alternative: entweder sind die eigenen Kräfte stark genug, um ein Überleben, abgekoppelt vom Weltmarkt, zu ermöglichen – sich dieser Hoffnung hinzugeben, wäre naiv – oder man muß sich wohl oder übel auf die Dominanz des kapitalistischen Weltmarkts und die mit ihm einhergehenden welt-politischen Kräfteverhältnisse einstellen. Es hat also nichts mit einer falschen Politik der PKK oder ihrer fehlenden Arbeiterbasis zu tun, wenn die PKK angesichts der welt-politischen Veränderungen Zuflucht zu einer veränderten Perspektive nimmt. Anfang der 90er Jahre orientierte sie noch auf einen Staat, der sowohl sozialistisch sein als auch alle kurdischen Teilgebiete der verschiedenen Anrainerstaaten umfassen sollte (die entsprechende Region in der damaligen Sowjetunion wurde ausdrücklich ausgenommen). Das Ziel ‚Sozialismus‘ wurde mittlerweile zwar nicht aus-

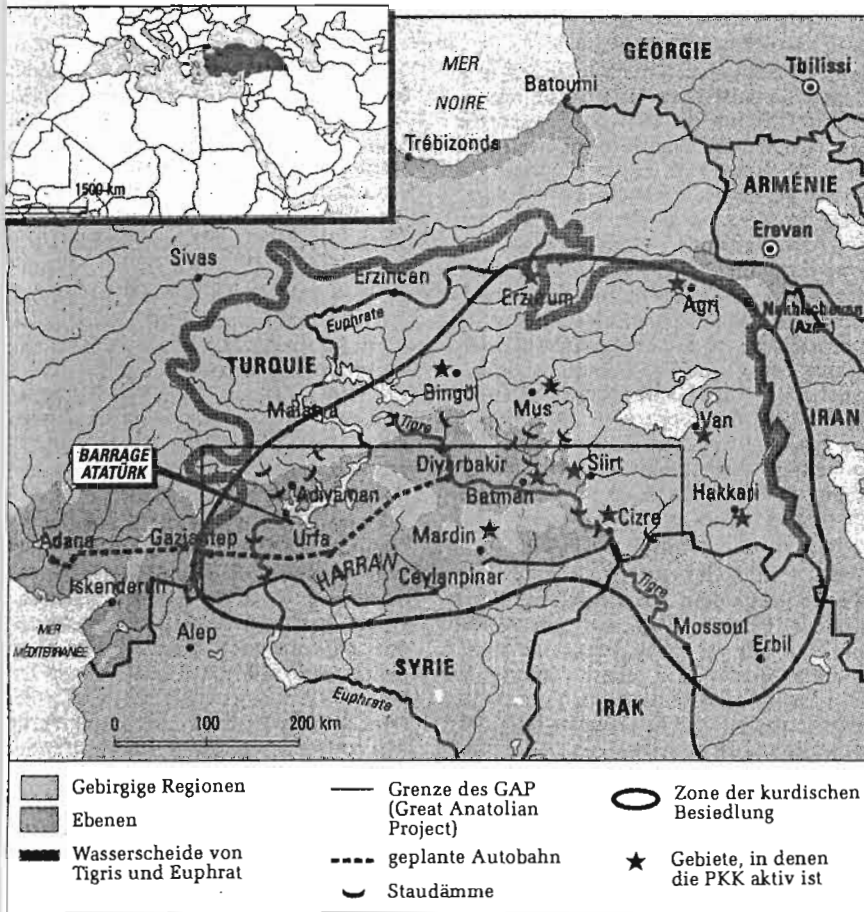
drücklich aufgegeben, spielt in der praktischen Propaganda aber kaum noch eine Rolle. Die Forderung nach einem Gesamtkurdistan wurde im Waffenstillstands-Angebot von 1993 dagegen auch ausdrücklich aufgegeben: Inzwischen akzeptiert die PKK den Status eines starken Bundesstaates in einem Föderalsystem – die Bundesrepublik oder Belgien werden als Beispiele genannt.

Diese Veränderungen in den politischen Perspektiven der PKK haben die große Bedeutung, die der Nordirak als Rückzugsgebiet für die PKK besitzt, allerdings nicht verringert. Da die türkische Regierung bislang nicht bereit war, auf die Angebote seitens der PKK einzugehen, der Krieg im türkischen Teil Kurdistans vielmehr im Gegenteil an Intensität zunahm und Syrien aufgrund der Annäherung des Landes an den Westen seine Funktion als Ausgangsbasis zumindest teilweise einbüßte, stieg die Bedeutung des autonomen Kurdengebietes im Nordirak für die PKK sogar noch. Das war auch der wesentliche Grund für den Einmarsch der türkischen Armee in den Nordirak.

**Die autonome Kurdenrepublik im Nordirak**

Als am Ende des zweiten Golfkrieges im März 1991 der damalige US-Präsident Bush die Iraker dazu aufrief, Saddam Hussein selbst zu entmachten, sahen viele Kurden darin eine Garantieerklärung des Westens für den Aufbau eines kurdischen Staates. Deshalb wagten sie den Aufstand gegen Bagdad. Dann mußten sie jedoch erkennen, daß in den westlichen Hauptstädten kein Interesse an einem dauerhaften eigenständigen Kurdenstaat im Nordirak bestand, weil dieser nicht nur eine Ermutigung für die Kurden in der Türkei darstellen würde, sondern auch ein Beweis dafür wäre, daß die Grenzen im Nahen und Mittleren Osten veränderbar sind. Würden jedoch erst einmal die von den westlichen Industriemächten nach dem Ersten Weltkrieg in dieser Region





### Wirtschaftspläne und kurdisches Siedlungsgebiet

gezogenen Grenzen in Frage gestellt, gäbe es, so die Überlegung, wahrscheinlich bald generell kein Halten mehr. In dieser für den Westen zentralen Ölregion entstünde ein Flächenbrand.

Sinnvoll erscheint die Unterstützung der irakischen Kurden dem Westen nur insoweit, als der Aufbau eines autonomen Kurdengebietes Druck auf die Führung in Bagdad ausübt und das regionale Gewicht des Iraks verringert. Daher wurde im Frühjahr 1991 im Nordwesten des Nordirak bzw. Südkurdistans ein »sicherer Hafen« errichtet, d.h., alliierte Soldaten bzw. Blauhelme schützten zurückkehrende kurdische Flüchtlinge.

Etwas eingeschränkter gilt auch eine westliche Schutzgarantie für das gesamte Gebiet nördlich des 36. Breitengrades: Die sogenannte Flugverbotszone dort wird zwar nicht durch alliierte Bodentruppen garantiert, aber sie verhindert, daß irakische Jets in diesem Gebiet Angriffe fliegen dürfen – Angriffe durch Hubschrauber oder durch Bodentruppen sind jedoch nicht ausgeschlossen. Fast die Hälfte der autonomen Region ist nicht einmal in dieser Form geschützt.

Neben dieser militärischen Unterstützung gab es von Anfang an auch eine politische Rückendeckung durch den Westen. Als in den Autonomieverhandlungen mit Bagdad im Frühsommer 1991 die irakische Regierung schon traditionsgemäß darauf bestand, daß die ölrreiche Region um Kirkuk und Mosul nicht einbegriffen sein sollte, stärkte Washington den Kurdenvertretern erst einmal den Rücken. Nach dem Abbruch der Verhandlungen gingen die Kurden deshalb in der Hoffnung, daß westliche Hilfe zunächst den Verlust der finanzstarken Ölregion ausgleichen würde und auf Dauer ihre Macht doch stark genug wäre, Bagdad zu einem Einlenken zu bewegen, daran, einen eigenen Staat aufzubauen.

Im Mai 1992 wurden im autonomen Gebiet Wahlen abgehalten. Das Ergebnis brachte ein leichtes Übergewicht für die Demokratische Partei Kurdistan (KDP) unter Barzani über die Patriotische Union Kurdistan (PUK) unter Talabani von 45 Prozent zu 44 Prozent. Aufgrund einer 7-Prozent-Hürde fielen alle anderen Parteien außer der Assyrischen Minderheit sowie der Vereinigten Christlichen Liste, denen durch Ausnahmeregelungen fünf Sitze zuerkannt wurden, heraus. Wegen des knappen Ergebnisses einigte man sich jedoch darauf, die anderen Parlamentssitze paritätisch unter KDP und PUK aufzuteilen. Entsprechend wurden auch die Regierung und die gesamte Verwaltung aufgeteilt. Die beiden Parteiführer verzichteten bewußt auf eine Teilnahme an der Regierung. Was zunächst als positiver demokratischer Akt erschien, erwies sich bald als großer Pferdefuß: Tatsächlich blockierten sich die beiden Parteien nicht nur gegenseitig, das scheinbare Fernbleiben der beiden wichtigsten politischen Führer aus dem Tagesgeschäft führte in der Praxis auch zu einer Abwertung der Regierungsarbeit. Alle wichtigen Entscheidungen wurden sowieso in den beiden Parteizentralen gefällt, so daß es eine kurdische Region mit einheitlicher Verwaltung faktisch nie gegeben hat.

Die so von Beginn an in den politischen Strukturen angelegten Differenzen kamen durch die Notsituation, der sich das autonome Gebiet gegenüber sah, zum offenen Ausbruch, führten letztlich seit Mitte des letzten Jahres sogar zum Bürgerkrieg. Weil kein westlicher Staat einen Kurdenstaat diplomatisch anerkennen wollte, war es nämlich folgerichtig, daß dieses Autonomiegebilde weiterhin als Teil des Iraks aufgefaßt wurde. Das aber hieß, daß das UN-Embargo sich selbstverständlich auch auf den Nordirak erstreckte. Da Bagdad, um seinerseits Druck auf die Kurden ausüben zu können, den nördlichen Landesteil zudem von der landesinternen Warenzuteilung abspernte, sah sich Südkurdistan einem doppelten Embargo gegenüber.

Dies traf die kurdische Bevölkerung um so schlimmer, als sie einen höheren Lebensstandard als die Kurden in der Türkei, Syrien oder dem Iran gewohnt war. Südkurdistan war im gesamtkurdischen Vergleich ökonomisch relativ weit entwickelt gewesen: Dafür war zum einen die irakische Ölindustrie verantwortlich, zum anderen auch die weitflächige Landwirtschaft, die den Nordirak zur Kornkammer des Landes gemacht hatte. Daher ging es den Kurden in dieser Region finanziell vergleichsweise gut: »Die Bevölkerung (hatte) ... bis zum letzten Golfkrieg dank der irakischen Petrodollars ein relativ hohes Lebensniveau genossen« (Neue Züricher Zeitung vom 4.4.1995), weil die Baath-Regierung sie nicht nur militärisch unterdrückte, sondern gleichzeitig auch einem Teil von ihnen durch direkte Wohlfahrtszuwendungen, durch Posten im Staatsdienst, durch den Aufbau einer kurdischen Söldnertruppe bzw. durch den langjährigen Militärdienst ein Zuckerbrot gewährte. Gut 80 Prozent der Kurden waren in irgendeiner Form auf der staatlichen Gehaltsliste.

Für viele war ein Denken charakteristisch, das ein Mitglied der ‚Arbeitslosen-Union Kurdistan‘ so zusammenfaßte: »Unsere Leute haben gelernt, immer die Hand aufzuhalten. Erst haben sie Zuwendungen von der (irakischen) Regierung bekommen, denn das Regime konnte sich seine Untertanen kaufen. Dann nach dem Aufstand kamen die UNO und andere Organisationen, an die dann die

Hoffnungen geknüpft wurden. Dann riefen die Leute ‚Yes, Yes Bush‘ und erhofften sich die Rettung vom Kriegsgegner Saddams. Schließlich wurde gewählt, und diesmal meinten alle, die kurdische Regierung müßte uns aus unserer Misere retten«.<sup>4</sup>

Die Kurden erlebten in den letzten vier Jahren dann einen steilen ökonomischen Abstieg. Unter den Embargo-Bedingungen mußten die wenigen kleinen Industriebetriebe dichtmachen.<sup>5</sup> Die Kurden müssen ihr Leben somit als Subsistenzbauern fristen, als Almosenempfänger spärlicher Zuwendungen ihrer eigenen Regierung bzw. internationaler Hilfsorganisationen oder als Schmuggler. Die einzigen Einnahmen, die der kurdische Staat verzeichnen kann, das sind die Zolleinnahmen: im wesentlichen Abgaben auf den Warenverkehr zwischen der Türkei und dem Irak. Diese sind natürlich um so größer, je stärker das UN-Embargo umgangen wird.

Im August letzten Jahres öffnete die Türkei nicht nur den größten Grenzübergang Habur wieder, nachdem der auch unter dem Embargo zulässige Lebensmittelhandel bis dahin in den letzten Jahren weitgehend über die kleineren Grenzübergänge getätigt worden war, sondern akzeptierte auch, daß wieder wie zu Beginn der 90er Jahre das Ölembargo faktisch umgangen wurde: Die LKWs bringen Lebensmittel in den Irak; dort werden einfache Tanks zusammengeschweißt, die auf die Ladefläche aufgedockt werden, und retour in die Türkei bringt jeder LKW einige Barrel Öl, die dort wesentlich höhere Preise erzielen würden, als im Irak dafür bezahlt werden. Der sprunghaft ansteigende Handel brachte natürlich auch höhere Zolleinnahmen: von bis zu 100.000 Dollar pro Tag ist die Rede (allerdings zumeist in Landeswährung und nicht in Devisen).

Statt daß diese Einnahmen aber genutzt wurden, um die ökonomisch desolate Situation in den Griff zu bekommen, erwiesen sie sich als Quelle für die Ausdehnung des Konfliktes zwischen den beiden Parteien. Um das zu begreifen, muß man sich vor Augen halten, daß die beiden Parteien in unterschiedlichen Regionen ihre Basis haben, die KDP in der Grenzregion zur Türkei, die PUK in den südlicheren Gebieten, und mit Kurmanji im Norden und Sorani im Süden so unterschiedliche Dialekte gesprochen werden, daß man fast schon von verschiedenen Sprachen reden kann. Beide Gebiete weisen außerdem große soziale Unterschiede auf: Vereinfacht ist der Norden vor allem eine ländliche Region, während im Süden eher städtische Strukturen vorherrschen. Das bringt es mit sich, daß im KDP-Gebiet noch althergebrachte Clan-Strukturen vorherrschen, während das im PUK-Gebiet in diesem Maße nicht gilt.

Die vergleichsweise fortgeschrittene ökonomische Entwicklung Südkurdistans hatte die traditionellen Sozialformen zwar weiter aufgelöst als in anderen Gebieten Kurdistans, aber seit Beginn der 90er Jahre erlebten sie eine Renaissance. Das hatte zum einen etwas damit zu tun, daß während des Aufstandes im März 1991 ein großer Teil der Jash-Truppen, der auf Clan-Basis aufgebaut und auf seiten der irakischen Armee kämpfenden kurdischen Söldnertruppen, zu den rebellierenden Kurden überliefen, so daß in einem großen Teil des Kurdengebietes alte Clan-Strukturen wieder gestärkt wurden. Zum anderen erleichterten in der desolaten ökonomischen Situation und in den alltäglichen Streitereien zwischen den beiden Parteien traditionelle Loyalitäten das Alltagsleben und bekamen daher insbesondere in den ländlichen Regionen auf Dauer ein immer größeres Gewicht. Deshalb war es auch nicht möglich, eine Landreform durchzuführen, obwohl gerade das der Mehrheit der Kurden, die jetzt ihr Leben als Subsistenzbauern fristeten, eine Perspektive hätte geben können: »Am Widerstand



der Großgrundbesitzer scheiterte ... ein Gesetz zur Bodenreform« (Spiegel vom 18.10.1993). Im Gegenteil, es wurden sogar Enteignungen, die noch durch das irakische Landreformgesetz durchgesetzt worden waren, wieder rückgängig gemacht. Häufig trafen Kleinbauern, die vom Baath-Regime in Sammeldörfer deportiert worden waren, nach ihrer Rückkehr 1991 auf Grundeigentümer, die nur kurz zuvor noch Anführer in der Bagdader Söldnertruppe der Jash gewesen waren.<sup>6</sup>

Es kommt deshalb nicht von ungefähr, daß ein Landkonflikt zum Auslöser der ersten Runde im Bürgerkrieg werden sollte: Im Mai letzten Jahres versuchte ein der KDP nahestehender Agha einen Landtitel, der ihm vom Vater des jetzigen KDP-Chefs, dem legendären Mustafa Barzani bereits 1969 übertragen worden war, bei PUK-Bauern durchzusetzen. Das führte prompt zu militärischen Auseinandersetzungen zwischen den beiden Parteien. Obwohl dieser Konflikt nicht einfach einer zwischen KDP-Clan-Chefs und PUK-Bauern ist – im Nordteil orientiert sich ein großer Teil auch der Bauern und Landarbeiter an den Clans, im Süden andererseits zählt die PUK mehr als genug Clan-Chefs zu ihrem Anhang – zeigt er doch, daß die Perspektiven dieser beiden Parteien nicht identisch sind. Das gilt für die Clanfrage wie für die Haltung zur zukünftigen staatlichen Struktur Kurdistans.

So ist die KDP inzwischen zur klaren Vertreterin von Clan-Interessen geworden, die PUK ist dagegen trotz ihrer Clan-Verbindungen eher eine Vertreterin moderner ökonomischer Strukturen. Was die zukünftige Stellung Kurdistans betrifft, geht es der KDP nur um die Autonomie des kurdischen Gebiets innerhalb eines Irak, dessen politische Struktur ihr egal ist, während die PUK mehr erreichen will. Sie strebt einen demokratisierten irakischen Föderalstaat an, in dem Südkurdistan ein Bundesland mit weitgehenden Befugnissen bilden soll, und will auf jeden Fall den Einschluß des ölfreie Gebietes um Kirkuk und Mossul. Da sie durch die Abtrennung der Erdölregion einen wesentlichen Teil ihrer städtischen Basis verloren hat, fordert sie

Oben: Wasserleitungen an Atatürk-Staudamm.  
Oben rechts: Kurdische Flüchtlingsviertel in Adan.  
Rechts: Jalal Talaban, Vorsitzender der PUK links im Bild  
Rechts neben ihm Massoud Barzan, Vorsitzender der KDI

4) Lissy Schmidt, Soziale Bewegungen im kurdischen Nordirak, in: Analyse & Kritik, 13.4.1994

5) Lissy Schmidt, Wie teuer ist die Freiheit? Reportagen aus der selbstverwalteten kurdischen Region, Köln 1994, S. 73

6) Katharina Hayden/Heinz Klein, Hilflöse Helfer – Auf der Suche nach der verlorenen Zukunft in Südkurdistan, in: Blätter des iz3w, Oktober 1994, S. 31



nicht nur eine neuerliche Angliederung dieser Gebiete, sondern tritt auch für einen Sturz der irakischen Regierung ein, um diese Forderung realisieren zu können. Der KDP reicht es dagegen, sich in ihrem Gebiet

einzurichten. Sie sieht deshalb auch eher die Möglichkeit, sich mit der irakischen Regierung zu arrangieren. Das kommt der türkischen Politik entgegen. Die türkische Regierung versucht schon länger die Aufhebung des Banns gegen die Bagdader Regierung zu erreichen, weil ihr das nicht nur gute Geschäfte, sondern auch Ruhe an ihrer Südgrenze gewähren würde. Gegen eine begrenzte Autonomie der Kurden im Nordirak hätte Ankara – anders als gegen einen unabhängigen Kurdenstaat – nichts.

Die unterschiedlichen sozialen Strukturen, die unterschiedlichen Perspektiven und die Notwendigkeit, gerade in Zeiten knapper ökonomischer Ressourcen die Loyalität der eigenen Leute nur durch energischen Zugriff auf die wenigen Finanzmöglichkeiten sichern zu können, mußten zwangsläufig irgendwann zu einer Verschärfung des Konfliktes zwischen KDP und PUK führen. Die erste Runde des Bürgerkrieges konnte im Sommer letzten Jahres noch durch einen, wenn auch sehr brüchigen, Waffenstillstand eingegrenzt werden. Der fand aber ein Ende, als die KDP in der zweiten Hälfte des letzten Jahres von den wachsenden Zolleinnahmen nichts mehr abführte, worauf die PUK dann den Staatsschatz beschlagnahmte.

Seit Dezember eskalierte der Bürgerkrieg: statt einzelner Scharmützel gab es eine fortlaufende militärische Auseinandersetzung. Da diese natürlich vorwiegend an der Bruchstelle der beiden Machtgebiete stattfand, entstand an der Grenze zur Türkei so etwas wie ein Machtvakuum. Das verbesserte die Rückzugsmöglichkeiten der PKK, die sich immer heftigeren Angriffen seitens der Türkei ausgesetzt sah.

Die türkische Grenze ist nun aber die zentrale Lebensader der Südkurden, denn, wenn sie überhaupt Lebensmittel von

außen bekommen, dann über die Türkei, und der einzige effektive militärische Schutz, der ein Vorrücken der Truppen Bagdads verhindert, wird durch die alliierten Flugzeuge gewährleistet, die im türkischen Incirlik aufsteigen. Der Sprecher der KDP, Hoshyar Zevari, erklärte am 8.4.1992 im türkischen Fernsehsender TRT dementsprechend: »Die Türkei ist in unserem Kampf gegen Saddam Hussein unsere Lebenslinie zum Westen und der ganzen Welt. Wir erhalten den alliierten Luftschutz und die internationale Hilfe durch die Kooperation der Türkei.«<sup>7</sup> Deshalb war es für beide Parteien, KDP und PUK, selbstverständlich, bei der PKK darauf zu drängen, sich im Grenzgebiet so zu verhalten, daß der türkischen Regierung kein Vorwand geliefert würde, um ihre Politik zu ändern. So forderten sie im Sommer 1992 – nach entsprechenden türkischen Drohungen – von der PKK eine Einstellung ihrer grenzüberschreitenden Aktivitäten. Da diese dazu nicht so einfach bereit war, kam es zu einem bewaffneten Konflikt, der nach einem massiven Eingreifen türkischer Truppen damals mit einer Niederlage der PKK in dieser Region endete.

Um künftig vor Überraschungen sicher zu sein, schlossen die Türkei und die Regierung des Autonomiegebietes einen Vertrag, der den Aufbau eines militärischen Grenzschützersystems vorsah: Südkurden stellten die Mannschaften der Mini-Forts, bezahlt wurden sie von der Türkei. Große praktische Relevanz scheint dieses System bislang allerdings nicht bekommen zu haben. Das liegt vor allem daran, daß die südkurdische Bevölkerung nicht gerade begeistert war über den kurdischen Bruderkampf. Während der türkischen Besetzung des Nordirak ließ die kurdische Bevölkerung ihren Zorn nicht nur die türkische Armee spüren, sondern auch die KDP-Peschmerga, weil diese teilweise als deren Helfershelfer aufgetreten waren.

Eine Rolle für den geringen Erfolg der türkischen Pläne spielte aber auch, daß sowohl die PUK als auch die KDP zeitweilige Bündnisse mit der PKK eingegangen waren, so daß zumindest einzelne örtliche Parteiführer versuchten, zu einem begrenzten Ausgleich zu kommen. Das galt und gilt in erster Linie für die PUK. Während die Differenzen zwischen KDP und PKK angesichts der Tatsache, daß die PKKler an der Grenze als erstes immer auf KDP-Peschmerga trafen, in den letzten Jahren so stark waren, daß es zu keiner entscheidenden Wiederannäherung kommen konnte, überließ die PUK

7) Foreign Broadcast Information Service/West Europe 9.4.1992



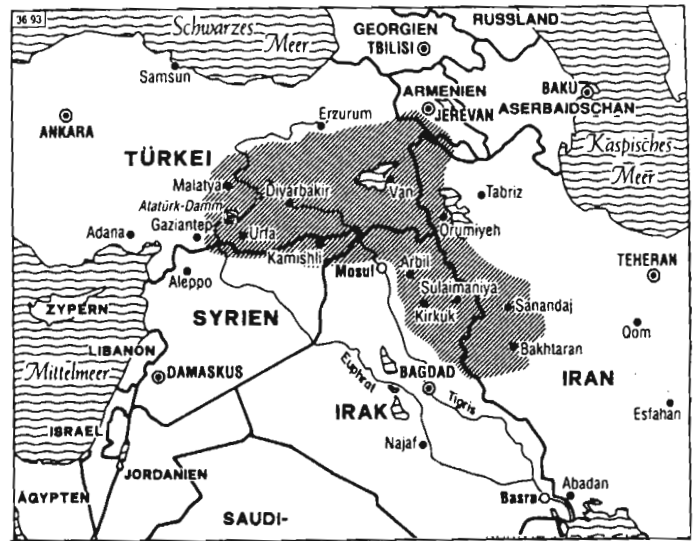
bereits unmittelbar nach dem damaligen Waffenstillstand der PKK eigene Lager.

## Die Beziehungen zwischen der Türkei und der Europäischen Union

Für die türkische Regierung hat das Verhältnis zur Europäischen Union (EU) für all ihre Pläne eine zentrale Bedeutung. Trotz der seit den 40er Jahren besonderen Beziehungen (»Special Relationship«) zu den USA und der damit verknüpften Unterstützung durch diese ist die erhoffte und seit langem beantragte Mitgliedschaft in der EU für die türkische Wirtschaft außerordentlich wichtig, will sie ihre derzeitige Misere überwinden. Wie die Kritik der EU am Einmarsch der türkischen Truppen im Nordirak gezeigt hat, ist das Verhältnis zwischen der Türkei und der EU jedoch nicht so gut, wie es die Türkei gern hätte. Ginge es nur um die »terroristische« PKK, würden sich Bonn und Brüssel wegen des Einmarschs nicht besonders aufregen. Daß Deutschland über Jahrzehnte Waffen in Milliardenwerten nicht nur an die Türkei verkauft, sondern entsprechend NATO-Vereinbarungen auch verschenkt hat (zwischen 1964 und 1994 im Gesamtwert von 6,3 Mrd. DM), ist hinlänglich bekannt. Daß sie angewandt werden, kann niemand ernsthaft bestreiten. Die Tatsache, daß die Bundesregierung dennoch bis an den Rand der Lächerlichkeit leugnet, daß »deutsche« Waffen gegen die Kurden zum Einsatz kommen, und zumindest offiziell die Türkei auf den Nicht-Gebrauch festlegen will, zeigt allerdings, daß man auf seiten der Bundesregierung nicht bereit ist, die türkische Politik in Kurdistan einfach zu billigen.

Hätten die Türken ihr »Kurdenproblem« schnell erledigt, hätte in den Regierungen Westeuropas wohl kaum jemand die Menschenrechtsverletzungen kritisiert. Das türkische Militär erweist sich jedoch als unfähig, eine schnelle militärische Lösung zu erreichen. Der sich seit Jahren hinziehende Krieg sorgt aber nur für Unruhe. Das gilt in erster Linie für die Region des Nahen Ostens, in zweiter Linie aber auch für Westeuropa selbst. Weil in Deutschland 400.000 bis 600.000 Kurden leben, reagiert die Bundesregierung auf die Auseinandersetzungen »wie ein Seismograph« (Le Monde vom 5.4.1995). Sie hat kein Interesse daran, daß die Auseinandersetzungen auch hierzulande ausgetragen werden. Das macht sie der türkischen Regierung auch deutlich. Diese kann gegen die Kritik seitens Deutschlands und der EG zwar protestieren, wirklichen Einfluß auf die Haltung in Brüssel und Bonn hat sie aufgrund ihrer eingeschränkten Bedeutung für Westeuropa aber nicht.

Wie beschränkt die Bedeutung ist, die die Türkei generell für die EU hat, wird daran deutlich, wie ihr Aufnahmeantrag seit über 30 Jahren behandelt wird. Endgültig abgewiesen werden sie nicht, aufgenommen in die »Gemeinschaft christlicher Länder«, wie es Wolfgang Schäuble auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos im Januar dieses Jahres ausdrückte (Le Monde Diplomatique, März 1995) aber auch nicht, obwohl genau das das einzig wirklich entscheidende Mittel wäre, um sie in ihrem Kurdenkrieg und ihrer erstrebten Rolle als Regionalmacht nachhaltig zu stützen. Daß man von seiten der EU die Türkei so hinhält, hat einen wesentlichen Grund. Nähme man sie nämlich in die EU auf, kämen auf den europäischen Binnenmarkt nicht nur sehr preiswerte Textilimporte zu, es müßte auch eine große Anzahl zusätzlicher Arbeitskräfte verdaut werden (sie bilden bereits jetzt mit 24,4 Prozent die größte Nicht-EU-Ausländergruppe in der EU\*), und schließlich müßten Milliardenbeträge aufge-



Siedlungsraum der Kurden im Grenzgebiet zwischen Syrien, Türkei, Irak und Iran

bracht werden, um die vergleichsweise unterentwickelte türkische Ökonomie »EU-tauglich« zu machen. In einem Kommentar in der »Süddeutschen Zeitung« wurde es auf den Punkt gebracht: »Wenn die EU tatsächlich ein politisches und wirtschaftliches Interesse daran hätte, den Türken den Zugang zum Binnenmarkt zu gestatten, würden sie sich über die gebetsmühlenartig vorgetragenen Bedenken des Kleinmitgliedes Griechenland gewiß hinwegsetzen. Und verletzte Menschenrechte ... haben den kühl kalkulierenden Kaufleuten aus Brüssel schon gar niemals Skrupel bereitet, wenn es galt, ihren Vorteil zu wahren. ... Es geht ... ganz schlicht darum, daß die Europäer weder türkische Billigprodukte auf ihren Märkten noch die Türkei selbst als Vollmitglied in ihrem Club haben wollen – und nie haben wollten. ... doch bei unkontrollierter Zuzugs- und Niederlassungsfreiheit anatolischer Bauern und Arbeiter ... hört auch die deutsche Freundschaft auf. Allein: So deutlich hat dies den Türken noch niemand gesagt, und den Mut zu soviel Ehrlichkeit bringt auch heute kein europäischer Staatsmann auf« (Süddeutsche Zeitung vom 21.12.1994).

Für die europäische Wirtschaft spielt der Warenverkehr mit der Türkei nur eine untergeordnete Rolle, die zudem seit den Zerfall des Ostblocks noch weiter gesunken ist, umgekehrt kann es sich die Türkei – allen Drohgebärden mancher türkischen Nationalisten zum Trotz – gar nicht leisten, auf den europäischen Markt zugunsten z.B. eines Schwarzmeer- oder zentralasiatischen Marktes zu verzichten. Das Handelsaufkommen mit Westeuropa liegt fast bei 50 Prozent des türkischen Handels und dürfte allein im deutsch/türkischen Handel in diesem Jahr rund 11 Mrd. DM betragen. 22 Prozent der türkischen Exporte gehen nach Deutschland, 16 Prozent der Einfuhren kommen von dort, während umgekehrt gerade mal 1,5 Prozent aller deutschen Exporte in die Türkei gehen. Die von der Türkei dringend erwünschten Direktinvestitionen deutscher und anderer europäischer Firmen bleiben sogar fast ganz aus. Tschechien, Ungarn und Polen sind in dieser Hinsicht sehr viel attraktivere Standorte. Die vergleichsweise geringe ökonomische Bedeutung, die die Türkei für die EU hat, wird in den Augen von Kinkel & Co. nur teilweise durch die Funktion wettgemacht, die sie als Vorposten an der Südflanke der NATO und als Regionalmacht gegenüber dem islamischen Fundamentalismus und den Turkrepubliken am Südrand der GUS hat.

8) Zentrum für Türkeistudien/Essen, Wanderungsbewegungen aus der Türkei in die europäische Gemeinschaft, aktuell Nr. 8, Februar 1993





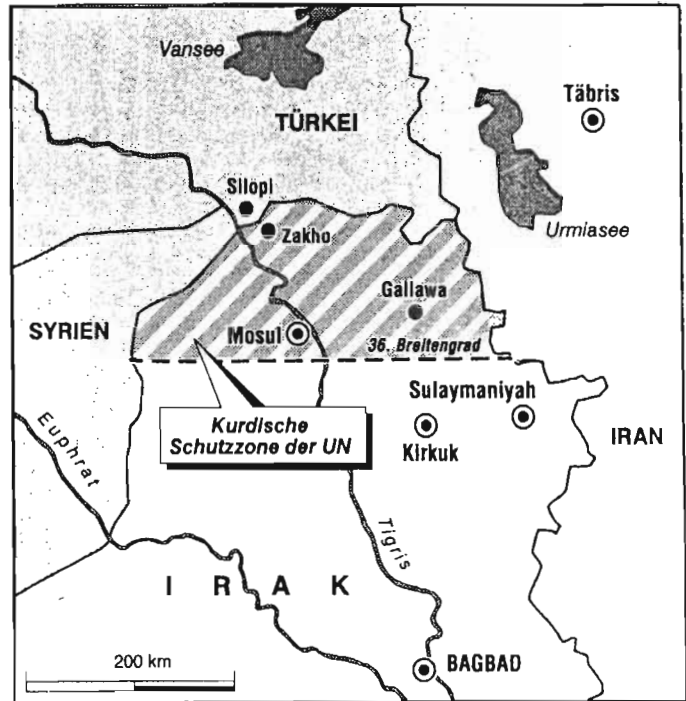
Kurdisch verwaltetes Gebiet im Nordirak

### Die Perspektiven der Regionalmacht Türkei und der Krieg gegen die Kurden

Wie es um die generellen Perspektiven der 'Regionalmacht Türkei' bestellt ist, wird aktuell vor allem an zwei Fragen deutlich: der Wasser- und der Ölfrage. Bei ersterer geht es darum, daß die Türkei durch die Aufstauung von Euphrat und Tigris im Zusammenhang mit dem GAP-Projekt ein Machtmittel gegenüber den unmittelbaren Nachbarländern Syrien und Irak in die Hand bekommt und, falls es gelingen sollte, eine sogenannte 'Friedens-Pipeline' zu bauen, die das Jordan-/Yarmuck-Gebiet, ja sogar die arabische Halbinsel mit Wasser versorgen soll, sogar einen erheblichen Einfluß im gesamten Nahen Osten erringen könnte.

Das bisher Erreichte steht allerdings in deutlichem Kontrast zu den von der türkischen Regierung geäußerten Erwartungen. Der Türkei fehlt die Finanzkraft, um die Baumaßnahmen so durchzuführen, daß sie sich tatsächlich als Machtinstrument eignen. Zudem ist in all den Ländern, um die es hier geht, das aus osmanischen Zeiten überkommene Mißtrauen gegenüber einer starken Türkei so groß, daß sie bisher nur sehr zurückhaltend auf alle Vorschläge von dort eingehen.

Nur wenig erfolgreicher sind die Türken bisher auch in der zweiten Frage, der nach dem Verlauf der Oelpipeline. Seit Anfang dieses Jahres haben sie zwar die offizielle Unterstützung der USA für ihren Plan einer Pipeline vom Kaspischen Meer durch Armenien zum türkischen Hafen Yumurtalik. Das allein nutzt aber noch nicht sehr viel, wie die anhaltende Auseinandersetzung um den Verlauf der Pipeline zeigt (siehe Artikel zum Krieg in Tschetschenien). Ob es zu einer endgültigen Entscheidung zugunsten der Türkei kommen wird, ist zumindest ungewiß.



Von der UNO eingerichtete Schutzzone für die kurdische Bevölkerung

Generell leidet die Türkei bei ihren Plänen, eine regionale Vormacht zu werden, unter ihrer relativ geringen Wirtschaftskraft. Es reicht eben nicht, daß die Turk-Republiken Aserbaidschan, Kasachstan, Kirgistan, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan irgendwann einmal in ferner Vergangenheit mit der Türkei eine gemeinsame Geschichte hatten (für Tadschikistan gilt nicht einmal das), wenn jetzt fast alle wirtschaftlichen und vor allem infrastrukturellen Gegebenheiten vorwiegend auf Rußland ausgerichtet sind und es der Türkei an der nötigen Finanzkraft fehlt, um diese ökonomischen Beziehungen zu ersetzen. Das Bruttosozialprodukt pro Kopf betrug in der Türkei 1992 gerade 1.980\$, kaum mehr als in Polen mit 1.910\$ und weniger als im Iran mit 2.200\$ und in Rußland mit 2.510\$. »Es ist seit langem klar, daß die Türkei nicht die Rolle eines neuen 'älteren Bruders' spielen kann, um den sich die fünf anderen Staaten (eben der Turk-Republiken) scharen können. ... Weder ihre Ökonomie, die durch Inflation und Auslandsverschuldung geplagt sind, noch ihr abnehmendes Prestige in der Welt ... stützen ihre Bestrebung, die Rolle einer regionalen Supermacht zu spielen« (Moskovskije Nowosti vom 23.10.1994).

Die begrenzten wirtschaftlichen Möglichkeiten der Türkei beeinflussen natürlich auch ihre außenpolitischen Handlungsspielräume. Das zeigt sich deutlich am Beispiel Aserbaidschans, des Nachfolgestaates der ehemaligen Sowjetunion, mit dem die Türkei die engsten Kontakte geschlossen hatte. Für den Putsch, der den jetzigen Staatspräsidenten Alijew an die Macht brachte, war eine erfolgreiche Offensive Armeniens in Berg-Karabach ausschlaggebend. Weil die Türken, nicht zuletzt wegen massiven Drucks des Westens, wo ein unkontrollierbarer Flächenbrand befürchtet wurde, nicht zugunsten ihres aserbaidshanischen Schützlings Elcibeys militärisch eingreifen konnten, war der innenpolitisch so geschwächt, daß er dem jetzigen Präsidenten weichen mußte. Die politischen Auswirkungen dieses Vorgangs waren stark. Weil die Türkei ihrem Verbündeten im Notfall nicht zur Hilfe kommen konnte, werden seither alle Regionalmachts-Ansprüche der Türkei in den Turk-Republiken mit großer Skepsis betrachtet.

Ähnlich war es dann auch um die politischen Handlungsmöglichkeiten der Türkei bestellt, als es um den Einmarsch im Nordirak ging. Er war nur möglich, weil die USA ihr Einverständnis signalisiert hatten. Die USA unterstützten das türkische Vorgehen zunächst, weil sie stärker als die EU, die vor allem auf einen starken zentraleuropäischen Machtblock setzt, eine völlige Einkreisung Rußlands zum Ziel haben. Dabei spielt die Türkei natürlich eine größere Rolle als in den europäischen Planungen. Außerdem haben die USA nicht das Problem, daß die EU mit dem Aufnahmeantrag der Türkei hat. Als es jedoch Äußerungen führender türkischer Politiker und Militärs gab, die auf einen langen Aufenthalt im Nordirak hindeuteten – der türkische Staatspräsident Demirel hatte erklärt, daß sich die türkischen Streitkräfte eventuell auch ein Jahr im Nordirak aufhalten könnten – und damit die Grenzziehungen in dieser sensiblen Region, wenn auch erst einmal nur verbal, angetastet wurden, da mußte die türkische Regierung erfahren, wo die Grenzen der US-amerikanischen Unterstützung und damit auch ihre eigenen Grenzen liegen. Die veränderte Haltung der USA war der entscheidende Grund dafür, daß die Türken sich so schnell wieder aus dem Nordirak zurückzogen. Dazu kam dann noch die Erkenntnis der türkischen Armee, daß infolge ihres Einmarsches sowohl die Proteste in der kurdischen Bevölkerung des Nordiraks gegen die türkische Armee als auch die Aktivitäten der PKK, die sich zunächst zurückgezogen hatte, schlagartig zugenommen hatten. Die Armee fürchtete zunehmend einen »Sumpf wie in Vietnam«. Außerdem hatte sie ein wesentliches Ziel ja auch schon erreicht. Sie hatte durch den Einmarsch in den Nordirak und die Besetzung des kurdischen Parlamentsgebäudes in Arbil, der Hauptstadt des autonomen Gebiets, ihren Anspruch auf die Rolle einer Regionalmacht, soweit es ihr derzeit möglich ist, untermauert und zudem die Hilflosigkeit der UN aufgezeigt.

An ihrem Plan, einen Sperrriegel an der Grenze zum Nordirak zu errichten, halten die türkischen Militärs trotz des Rückzugs aus dem Nordirak unbeirrt fest. Gegen eine Pufferzone, insbesondere wenn sie von nordirakischen Kurden gesichert würde, hätte der Westen auch nichts einzuwenden. In Hinblick auf das Vorgehen im türkischen Teil Kurdistans scheint sich an der bisherigen Haltung der Regierung in Ankara und der türkischen Militärführung ebenfalls nichts Wesentliches zu ändern. Allen Verlautbarungen zufolge setzen sie weiter auf den totalen Krieg, obwohl ihnen kaum noch Steigerungsmöglichkeiten bleiben. So wie sich die Situation im Augenblick darstellt, kann die PKK rein militärisch mit ihrem Guerillakampf zwar nicht

über eine reguläre NATO-Armee wie die der Türkei obsiegen. Selbst wenn sie, vor allem bei Nacht, weite Teile Kurdistans unter Kontrolle hat, verhindert allein die karge Landschaft die Errichtung von ‚befreiten Gebieten‘. Türkische Kampfjets können Kurdistan jederzeit »in die Steinzeit bomben«. Andererseits hat das türkische Militär mit seinem derzeitigen Vorgehen aber ebenfalls keine Chance, den Krieg wirklich zu gewinnen. Zum einen kann es weder die tiefen sozialen Gegensätze noch die durch den Krieg entstandene Feindschaft mit militärischen Mitteln aus der Welt schaffen, der Widerstand erhält also immer neue Nahrung, zum anderen gelingt es ihr angesichts der Interessensunterschiede in der Region auch nicht, die PKK als politische und militärische Kraft auszuschalten.

Die starre Haltung der türkischen Regierung und Armeeführung erzeugt deshalb zunehmend Kritik bei den westlichen Regierungen. Es gibt Indizien, daß sich selbst im konservativen Lager des Westens Widerspruch gegen die bisherige Türkei-Politik regt. So heißt es in einem Kommentar der Londoner »Times«: »Der Schaden, der den Interessen der Türkei im Westen durch ihre Militäroperation im nördlichen Irak zugefügt wurde, ist bereits größer als der, den sie dabei der Kurdischen Arbeiter-Partei zugefügt haben« (Times vom 7.4.1995). Und ein sicherlich nicht der Sympathie für die Kurden verdächtiger Politiker wie der Berliner CDU-Abgeordnete Heinrich Lummer schrieb am selben Tag: »Die türkische Regierung und das Militär glauben offenbar immer noch, der Konflikt mit der PKK sei militärisch zu lösen. Dies ist falsch. Wie oft schon wurde gesagt, jetzt komme der entscheidende Schlag gegen die PKK. Dann sei das Problem gelöst. Auch jetzt scheint sich der militärische ‚Erfolg‘ in Grenzen zu halten. ... Hier ist der Punkt, wo wir politische Überzeugungsarbeit zu leisten haben. Auch Israel mußte eines Tages mit dem Terroristen Arafat verhandeln. Notwendig ist der Dialog. ... Wenn die Türkei das Kurdenproblem politisch lösen würde, gäbe es keine Anschläge dieser Art in Deutschland. Der Ärger in Deutschland ist importiert« (Rheinischer Merkur vom 7.4.1995). Die EU setzt ganz offensichtlich zunehmend auf eine ‚palästinensische Lösung‘. In Ankara wird dagegen immer noch die ‚peruanische Lösung‘ favorisiert – in der Hoffnung auf eine zumindest stillschweigende Unterstützung durch die republikanische Mehrheit im US-Repräsentantenhaus und im US-Senat. Wie lange die türkische Regierung ihre Politik durchhalten kann, ist angesichts der großen Probleme des Landes trotz der teilweisen Rückendeckung durch die USA allerdings fraglich.

15. Juni 1995 ■

#### Militärhubschauber über der Stadt Tunceli

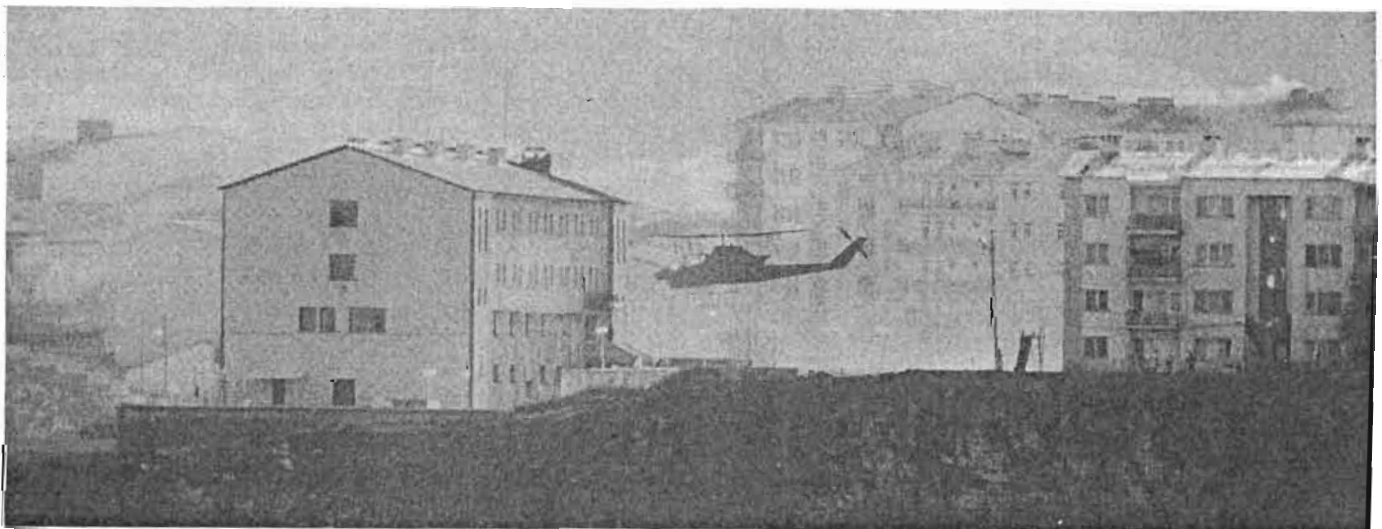


Foto: Henning Kaiser/Transparent

# Aus der Bauernbewegung in Irakisch-Kurdistan

Aus der Zeitschrift

»Blätter des iz3w«, April/Mai '95

In Irakisch-Kurdistan spielt aufgrund der ungelösten Landfrage die Bauernbewegung eine besondere Rolle. Sie hat Anfang 1994 eine eigene Partei gegründet. Im folgenden drucken wir ein Interview mit Mitgliedern dieser Bauernorganisation ab.

?: Die unabhängige Bauernbewegung ist bei Kämpfen mit den Großgrundbesitzern hier in Qala Dize, in Shamshamal und in Darbandikhann immer wieder in Erscheinung getreten. Wie kann man sich diese Organisation der Bauern vorstellen?

!!: Zuerst einmal sollte es niemanden verwundern, daß in Kurdistan gerade die Bauern anfangen, sich zu organisieren. Denn einerseits waren wir Bauern immer der harte Kern der Aufstände, da wir in besonderem Maße unterdrückt wurden. Im Kampf seit 1975 haben wir Bauern die meisten Opfer gebracht. Ohne uns hätte es die kurdische Intifada nie gegeben. Andererseits wurden die Hoffnungen der Bauern nach der Befreiung bitterst enttäuscht. Zwar sind auch andere Menschen in Kurdistan deprimiert angesichts der politischen und wirtschaftlichen Lage. Wir aber mußten feststellen, daß unsere alten Unterdrücker, die Aghas, plötzlich wieder zurückkehrten, dieselben Aghas, die in der Saddam-Zeit schon maßgeblich an der Unterdrückung der Bevölkerung beteiligt waren.

?: Wann brach der Konflikt zwischen Euch und den Aghas erneut aus?

!!: Die meisten von uns lebten seit der Dorfzerstörung durch Saddam Hussein in Sammelstädten. Als wir nach der Befreiung 1991 in unsere Dörfer zurück wollten, waren die Aghas schon dort. Wir wurden mit Gewalt daran gehindert, in unsere Dörfer und auf unser Land zurückzukehren. Deshalb mußten wir etwas unternehmen.

?: Eure Organisation wurde also als Reaktion auf das Verhalten der Aghas gegründet?

!!: Ja und Nein. Nein, weil es wesentlich mehr zu tun gibt, als nur die Aghas rauszuschmeißen. Ja, weil sie der Auslöser waren. Wir hätten keine eigene Organisation gegründet, wenn die Parteien uns damals Rückendeckung gegeben hätten. Wir haben an das kurdische Parlament geglaubt und glauben auch jetzt noch daran. Die Parteien aber haben nie die Interessen der Bauern vertreten.

Die Bauernkomitees sind die wichtigste Stütze der Bauern in den meisten Regionen. Hier in der Region Pishder haben wir fast alle Aghas rausgeworfen. Sie sitzen jetzt an der iranischen Grenze und unternehmen immer wieder militärische Aktionen gegen einzelne Dörfer. Mittlerweile haben sie vereinzelt sogar begonnen, die Felder zu verminen. Deshalb ist die Bauernbewegung lebensnotwendig für die Dörfer. Über die dörflichen und regionalen Komitees wird die Verteidigung der Dörfer organisiert; wenn ein Dorf angegriffen wird, bekommt es Unterstützung aus den anderen Dörfern.

?: Wie lief die Organisierung genau ab und wie seid ihr jetzt organisiert?

!!: Als immer mehr Bauern hier in die Region Pishder zurückkamen und die Probleme größer wurden mit den Aghas, haben wir uns in mehreren Dörfern, aber vor allem hier in Qala Dize, zusammengesetzt. Wir haben Briefe an das

Parlament geschrieben und versucht, eine Öffentlichkeit für das Problem zu schaffen. Dann kam es aber zu immer heftigeren Konflikten. Die Aghas setzten Waffen ein, um Bauern daran zu hindern, in ihre Dörfer zurückzukehren. Deshalb haben wir angefangen, Waffen an die Bauern zu verteilen. Unsere Vertreter sind in die Dörfer der Region gegangen und haben mit den Bauern geredet. Danach wurden überall Versammlungen abgehalten. Anfang 1993 wurde eine große Versammlung organisiert, zu der aus jedem Dorf der Pishder-Region zwei oder drei Vertreter kamen. Wir haben ein Komitee gewählt. Das gleiche geschah auch in anderen Regionen, und wir konnten im April 1994 eine Art Kongreß abhalten mit Bauern aus allen Teilen Irakisch-Kurdistans. Seitdem gibt es die Organisation der Bauernbewegung.

?: Wie haben Parlament und Parteien darauf reagiert?

!!: Anfangs haben nur die linken Parteien reagiert. Unter anderem haben die Kommunistische Partei und die PKK uns unterstützt, obwohl wir von Anfang an klargemacht haben, daß wir nicht der Bauernverein einer dieser Parteien werden wollen. Wir haben dann Druck auf das Parlament ausgeübt. Als Ergebnis hat die Regierung am 19.5.94 einen Beschluß veröffentlicht, nach dem alle Bauern das Recht haben, in ihre Dörfer zurückzukehren und alle Bauern Felder erhalten. Die Aghas haben diesen Beschluß ignoriert, d.h., sie haben uns mit Gewalt daran gehindert, in unsere Dörfer zurückzukehren. Deshalb gab es dann den Ärger.

Die beiden großen Parteien haben nicht direkt interveniert, indirekt aber machen sie Politik gegen uns. Sie haben die Bauernbewegung nie als eine parteiunabhängige Interessenvertretung akzeptiert. Entweder du gehörst zu einer Partei, oder du bist nicht existent. Sie haben viele Aghas in ihren Reihen und vertreten deren Interessen. Gleichzeitig haben sie mittlerweile erkannt, daß ihnen die Bauern davonlaufen. Jetzt versuchen sie, die Bauern wieder zu binden. Wer das nicht mit sich machen läßt, bekommt ganz andere Seiten zu spüren.

?: Der Bürgerkrieg dieses Sommers hat hier in Qala Dize begonnen, angeblich, als Aghas der KDP ihre Besitzansprüche mit Gewalt durchsetzen wollten und die PUK zugunsten der Bauern interveniert hat...

!!: Das ist nicht ganz richtig. Es gibt so viele Darstellungen über den Beginn des Konfliktes, daß einem richtig schwindlig werden kann. Wir wissen, daß nicht nur die KDP, sondern auch die PUK Aghas in ihren Reihen hat und sie auch massiv unterstützt. Der Kampf der Bauern war nicht der Auslöser des Krieges, ganz im Gegenteil. Während des Konfliktes haben wir wiederholt versucht, zwischen den Parteien zu vermitteln. Wir sind sogar mit einer Delegation zu den Islamisten gelaufen. Wir sind gegen diesen Krieg, weil wir wissen, daß es ein reiner Machtkonflikt zwischen den beiden Parteien ist, die es beide nicht fertiggebracht haben, in den vergangenen Jahren irgendein politisches Programm zu entwickeln. Der Konflikt spielt sich nicht nur auf militärischer Ebene ab. Es ist auch ein psychologischer und finanzieller Krieg. Wir haben damals die Bauern dazu aufgerufen, sich nicht an den Kämpfen zu beteiligen. Viele Bauern haben daraufhin tatsächlich den Krieg verweigert. Das hat unser Ansehen bei den Parteien nicht gerade gehoben.

?: Ihr sagt, daß es noch andere Dinge zu tun gibt, als sich gegen die Aghas zu verteidigen. Was meint ihr damit?

!!: Aufbau der Dörfer und Rückkehr der Bauern haben absolute Priorität. Aber noch immer sind grundlegende Rechte nicht geklärt. Offiziell besteht in Kurdistan das Landwirtschaftsreformgesetz aus dem Irak noch weiter fort<sup>1</sup>, im

1) Das Landwirtschaftsreformgesetz Nr. 90 von 1975 sah die bis heute weitestgehende Verstaatlichung des Bodens vor. Doch das Gesetz wurde nie umfassend umgesetzt.

Alltag aber wird es nicht durchgesetzt. Für uns wäre das aber ein wichtiger Schritt, da das Gesetz eine relativ progressive Regelung der Landverteilung darstellt. Gleichzeitig wollen wir mehr, als nur das bestehende Gesetz reaktivieren. Die landwirtschaftliche Produktion darf nach der Erfahrung, die wir mit dem Baathstaat gemacht haben, nicht im vollen Besitz des Staates sein. Dörfer und Kommunen sollen über die Art und Weise der Produktion entscheiden. Letztlich war das wohl auch der entscheidende Punkt, an dem das Gesetz im Irak gescheitert ist.

?: Welche Rolle spielen Ideen von Kollektiv- oder Kolchoswirtschaft?

!/: Ein wichtiger Programmpunkt der Baath-Partei war die Verstaatlichung des Bodens und die Förderung von Kooperativen, was generell ja sehr progressiv ist. Das Gesetz wurde aber nur selektiv durchgeführt, die Kooperativen der Partei unterstellt und Bauern vertrieben. In Kurdistan hat die damalige Baath-Regierung trotz Kooperativen politisch das alte Feudalsystem unterstützt.

Über Kollektivlandwirtschaft wird heute viel diskutiert, und auch in der Praxis wird ansatzweise kooperativ gewirtschaftet. Bauern, die nicht in der Lage sind, die Ernte einzubringen, bekommen die Felder von der Dorfgemeinschaft bewirtschaftet. Der Häuserbau, die Organisation der Ernte und die militärischen Aufgaben werden von den Dorfkomitees als kollektive Aufgaben verstanden. Das Ganze aber wird von einem viel dringlicheren Problem überschattet. Im Moment stellen die Aghas die größte Gefahr für uns dar, und viele Dörfer leben noch heute unter der Knute ihrer Feudalherren. Deshalb gehören diese Ideen hier noch der Zukunft an.

?: Welche Rolle spielen Stammesbindungen noch in Kurdistan?

!/: Die Stammesbeziehungen stellen ein großes Problem dar. In unseren Augen dienen sie nur dazu, die Bauern klein

und abhängig zu halten. Bauern, die ihre Ernte zurückfordern, werden von den Aghas mißhandelt, ihnen wird die Nase<sup>2</sup> abgeschnitten. Die Stammesbindungen hindern sie daran, sich zur Wehr zu setzen. Dennoch haben viele Bauern auf Kongressen immer wieder klargemacht, daß sie nicht wollen, daß bewaffnete Bauern aus einer anderen Region bei ihnen intervenieren. In diesen Fällen ist die Stammesbindung immer noch stärker als der Wunsch, sich von den Feudalherren zu befreien.

Schon die Baath-Partei hat diese Bindung taktisch genutzt: Wenn sie einen Stammeschef auf ihre Seite ziehen konnte, war sie sich der Gefolgschaft des ganzen Dorfes gewiß. Die kurdischen Parteien benutzen diese Bindungen genauso. Wir sind absolut gegen diese Art der Stammesbeziehungen. Die Bauern leiden unter den Aghas, nicht unter anderen Stämmen, im Südirak genauso wie in Kurdistan. Daß wir das erkannt haben, ist vielen hier ein Dorn im Auge.

?: Habt ihr Kontakt zu anderen sozialen Bewegungen?

!/: Wir versuchen immer wieder, Kontakte auch in die Städte zu knüpfen, da wir unser Problem nicht als ein spezielles Problem der Bauern begreifen. Soziale Problemgruppen werden von den Parteien nicht vertreten. Aber wer in Kurdistan gehört nicht zu einer Problemgruppe? Deshalb ist es wichtig, daß sich soziale Gruppen nach ihren Interessen organisieren.

Zum Beispiel wissen wir, daß die Lehrer in den Städten ungläubliche Probleme haben, mit ihren monatlichen 200 Dinar zu überleben. Deshalb haben wir einen Teil der diesjährigen Weizenernte der Komitees an die Lehrer hier in der Stadt verteilt. Das reicht natürlich nicht aus. Wir haben an einem Kongreß über die Situation der Frauen in Kurdistan teilgenommen und einen Aufruf an das Parlament gerichtet, endlich die Rechte der Frauen zu garantieren. Wir können uns aus diesen Problemen nicht raushalten, auch wenn wir nur Bauern sind.

Interview: Thomas Uwer, Herbst 1994 ■

2) Tatsächlich ist das Abschneiden der Nase eine gängige Bestrafung.

# USA: Eine neue »republikanische Revolution«

Nur zwei Jahre nach der überraschenden Wahl Bill Clintons zum Präsidenten spielt sich seit den Kongreßwahlen im letzten Jahr ein erneuter Umschwung der innenpolitischen Kräfteverhältnisse in den USA ab. Dessen Auswirkungen könnten ähnlich weitreichende Folgen haben, wie der Wahlsieg Reagans zu Anfang der achtziger Jahre. Das 1992 zutage getretene Auseinanderbrechen der Wählerbasis der »Reagan-Revolution« der achtziger Jahre war vor allem Ausdruck des Scheiterns der Regierungen Reagans und Bushs bei der Wiederherstellung der wirtschaftlichen Vormachtstellung der USA auf dem Weltmarkt. Die von den Führern der neuen republikanischen Mehrheit im Kongreß betriebene Wiederbelebung des »Reaganismus« findet heute unter gänzlich veränderten innen- und vor allem weltpolitischen Voraussetzungen statt. Wegen ihrer Rückwirkungen auf Westeuropa, die Staaten des ehemaligen sozialistischen Lagers und die Dritte Welt müssen die Folgen der neuen »republikanischen Gegenrevolution« in den USA genau zur Kenntnis genommen werden.

## Die Novemberwahlen 1994: Erdrutschsieg der Republikaner

Im November 1994 kam es bei den alle zwei Jahre stattfindenden Wahlen zum US-Kongreß, bei denen jeweils das Repräsentantenhaus und ein Drittel des Senats zur Wahl stehen, zu einem erdrutschartigen Sieg der Republikaner. Die republikanische Partei errang erstmals seit 40 Jahren die Mehrheit in beiden Häusern des Kongresses. Mit ihrem neuen Anführer Newt Gingrich stellen sie jetzt auch den Sprecher des Repräsentantenhauses und damit verfassungsmäßig den dritten Mann im Staate nach Präsident und Vizepräsident.

Die Republikaner hatten in der Nachkriegszeit zwar die Mehrzahl der Präsidenten und damit der Regierungen gestellt. Die republikanischen Präsidenten mußten aber immer mit demokratischen Mehrheiten im Kongreß regieren, was ihren politischen Spielraum z.T. erheblich reduzierte. Den wesentlichen Einfluß, den der Kongreß ausüben kann, liegt





in der Erstellung und Genehmigung des Haushaltes der US-Bundesregierung. Die Regierung bestimmt zwar die Politik, aber immer im Rahmen dessen, was der Kongreß an Geld ihr dafür bewilligt.

Seit dem von dem unter Präsident Roosevelt in den dreißiger Jahren in Gang gesetzten »New Deal« – einer Reformpolitik, mit der versucht wurde, der Wirtschaftskrise mit umfangreichen staatlichen Investitionen und Sozialmaßnahmen zu begegnen – herrschten im US-Kongreß und insbesondere im Repräsentantenhaus Kräfte vor, die wirtschafts- und sozialpolitischen Ausgabenprogrammen der US-Bundesregierung positiv gegenüberstanden. Jenseits von parteipolitischen Unterschieden zwischen Republikanern und Demokraten ist das US-Repräsentantenhaus mit seinen direkt gewählten Abgeordneten jene Institution der US-Politik, durch die die Interessengruppen in den örtlichen Wahlkreisen am direktesten Einfluß auf die Politik der Bundesregierung nehmen können. Zur Verbesserung ihrer Wahlchancen müssen die einzelnen Abgeordneten ihre Wahlkreise mit entsprechenden »Gaben« aus dem US-Bundeshaushalt bedienen – etwa durch Bundesmittel für Straßenbau, durch Aufträge für örtliche Rüstungsbetriebe oder auch durch Bundeshilfen für Schulen, Krankenhäuser oder Sozialprogramme.

Spätestens seit dem Amtsantritt der Regierung Reagan 1981 war der sozialpolitische Anteil der Bundesausgaben Zielscheibe massiver Angriffe vor allem aus dem Lager der Republikaner und der dahinterstehenden Kapitalinteressen. Allerdings gelang es der demokratischen Mehrheit im Kongreß, einige der ärgsten Einschnitte ins soziale Netz zu verhindern und die wesentlichen Grundlagen der Sozialgesetzgebung der New-Deal-Ära wenigstens in Restbeständen zu erhalten: Das galt z.B. für die Rentenversicherung, für

die Krankenversorgung für alte und arme Menschen (»Medicare« und »Medicaid«) oder – wenn auch bereits unter vielen Kürzungen und Verschlechterungen – für die Sozialhilfe. Vor allem im Bereich der Krankenversicherung zeigten sich allerdings die massiven Probleme dieser Politik. So wurde ein immer größerer Teil der wachsenden Kosten für die Gesundheitsversorgung auf die privaten Krankenversicherungen und vor allem auf die Betriebskrankenkassen der großen Unternehmen abgewälzt.

Die Politik Clintons war auf diesem Hintergrund der Versuch, die wachsenden Folgekosten des Sozialabbaus der Reagan-Jahre, mit einer neuen Wirtschafts- und Sozialpolitik in den Griff zu bekommen.<sup>1</sup> Das Versprechen, eine umfassende, für jedermann zugängliche Krankenversicherung zu schaffen, verkörperte diese Politik. Erschien dieses Projekt vielen Linken als eine Neuauflage der sozialpolitischen Reformen des »New Deal«, so ging es doch im Kern darum, den gesellschaftlichen Auswirkungen der wachsenden Verelendung – die für die bürgerliche Klasse in den USA vor allem deshalb bedrohlich ist, weil sie unter den Vorzeichen einer dauerhaft nachlassenden wirtschaftlichen Konkurrenzfähigkeit des US-Kapitals steht – mit einer neuen Sozialpartnerschaft »von oben« beizukommen. Im Gegensatz zur Politik Roosevelts in den dreißiger Jahren fehlt den Demokraten unter Clinton heute aber eine Klassenbasis, die eine solche Reformpolitik vorantreiben kann.

Das Scheitern der »Gesundheitsreform« am Widerstand von wesentlichen Teilen des Unternehmerlagers (vor allem von kleinen und mittleren Unternehmen, die ihre Beschäftigten gewöhnlich keinerlei Krankenversicherung bieten)

1) Vgl. unsere ausführliche Analyse der Clintonschen Wirtschafts- und Sozialpolitik in Arpo 1/1993

läutete die Todesglocke für die demokratische Kongreßmehrheit. Die politischen Folgen dieses Scheiterns und des damit einhergehenden Schwenks vieler Demokraten zur »Mitte«, d.h. nach rechts, zeigten sich bei den Novemberwahlen in einer verheerenden Wahlbeteiligung. Ganze 39 Prozent der wahlberechtigten Bevölkerung gingen zur Wahl, so daß es einem Wähleranteil von 21 Prozent gelang, die Mehrheitsverhältnisse im Kongreß auf den Kopf zu stellen.<sup>2</sup> Von diesen 21 Prozent waren ein Drittel Unterstützer der Waffenlobby (also jener unzähligen Organisationen, die für »freies Recht auf Waffenbesitz« eintreten), ein weiteres Drittel waren christliche Fundamentalisten, während die demokratische Wählerschaft entweder gar nicht wählte oder zu den Republikanern überlief.

### Der Protest des »zornigen weißen Mannes«

Wie vielleicht keine andere US-Bundeswahl der letzten Jahre war die Novemberwahl eine Frustwahl. Der Unmut in Form von Nicht- oder Protestwahl ergoß sich zwar über die Demokraten (so wurde auch der bisherige Sprecher des Repräsentantenhauses nicht wiedergewählt – zum ersten Mal seit 1860!), seine Ursachen gehen aber tiefer. In dieser Stimmung ist vordergründig die Enttäuschung über die gescheiterten Versprechen Clintons (insbesondere bei der Gesundheitsreform) enthalten. Vor allem aber kommt einmal mehr die dauerhafte Verschlechterung der Lebenssituation auch vieler Durchschnittsverdiener durch sinkende Real-löhne, Arbeitsplatzabbau, Billiglohnjobs, steigende Kriminalität, Abbau staatlicher Dienstleistungen wie Schulen, Krankenhäuser, Sozialhilfe zum Ausdruck. Der Teil der Wähler, der zur Wahl ging, machte seiner Frustration in der Abwahl der regierenden Partei Luft. Zumeist konnte dies die republikanische Partei in Abgeordnetensitze ummünzen – schließlich gibt es ja keine Mindestwahlbeteiligung, unterhalb derer eine Wahl ungültig wird.

Nach einer Umfrage der »New York Times« am Tag der Wahl wählten Bevölkerungskreise, deren wirtschaftliche Situation sich verschlechtert, zu 61 Prozent republikanisch, während es 1992 noch umgekehrt gewesen war! Die linke Wochenzeitung »The Nation« schreibt am 19.12.1994: »Grundsätzlich kann man zu den 94er Wahlen sagen, daß es der Partei, die bei weitem das meiste Geld repräsentiert, gelingt, in zunehmender Zahl enttäuschte arme und Mittelschichtwähler gegen ihre früheren Interessenvertreter zu mobilisieren.«

In dieser auf den ersten Blick widersprüchlich anmutenden Situation drückt sich eine Entwicklung aus, die die US-Gesellschaft schon seit Beginn der achtziger Jahre kennzeichnet und mit der verbreiteten Enttäuschung über die Reformversprechen Clintons nunmehr neue Dimensionen erhält. US-Soziologen und Wahlforscher sprechen vom Protest des »zornigen weißen Mannes«. Gemeint sind damit jene zumeist männlichen, weißen Wähler aus lohnabhängigen Mittelschichten, kleinem Unternehmertum und Arbeiterschaft, die die Ursachen der Verschlechterung ihrer eigenen sozialen Lage darin sehen, daß die Regierungsbürokraten zu mächtig, die Steuern zu hoch und »Minderheiten« wie Schwarze, Einwanderer oder Frauen zu stark begünstigt seien.

Die in der Entstehungsgeschichte der bürgerlichen Gesellschaft in den USA verwurzelte und weit über die »Mittelschichten« hinausreichende Abwehrhaltung gegen »den Staat« hat sich in den letzten zwei Jahren wieder zu einer regelrechten Massenproteststimmung verdichtet.

<sup>2</sup> Wobei man feststellen muß, daß die Beteiligung an Wahlen zum Kongreß die Marke von 45 Prozent überhaupt nur überschreitet, wenn gleichzeitig Präsidentschaftswahlen stattfinden.

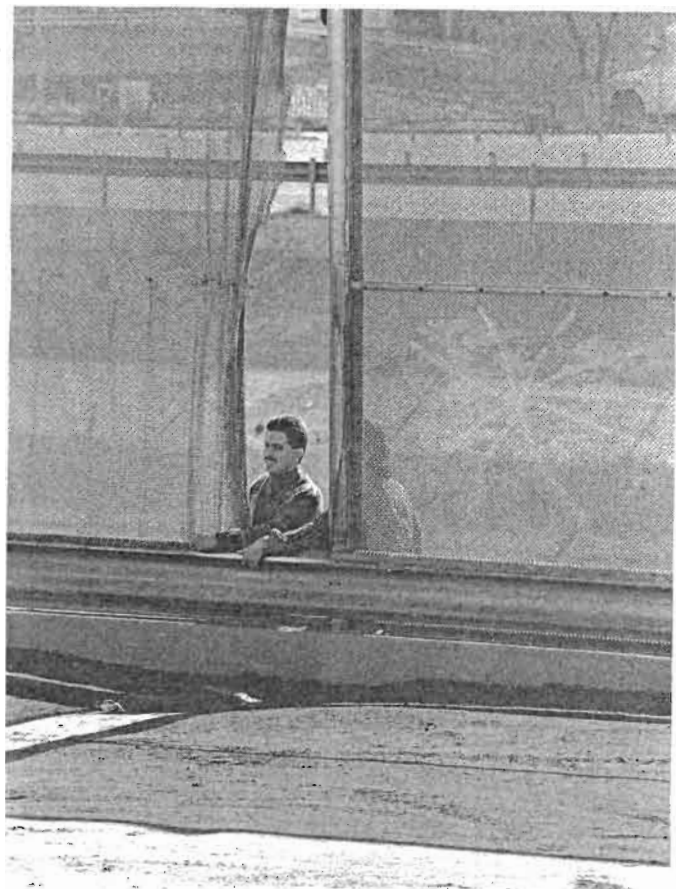


Anders als zu Beginn der Ära Reagan, als sich die Anti-Staats-Ideologie der weißen Mittelschichten vor allem in Mobilisierungen und »Revolten« gegen die Steuerpolitik der US-Bundesregierung äußerte, kommt es auf dem Hintergrund einer durch die Steuer- und Ausgabenkürzungen der letzten Jahre inzwischen vielfach bis zur Funktionsunfähigkeit abgespeckten Staatsmaschinerie zu Protesten und Mobilisierungen, die immer offener rassistischen Charakter annehmen. Die in den Novemberwahlen in Kalifornien von einer Mehrheit der Wähler beschlossene Streichung von Sozialleistungen, Gesundheitsfürsorge und Schulbesuch für die Familien »illegaler« Einwanderer (siehe unten) ist vielleicht der deutlichste Ausdruck dieser Entwicklung. Der Bombenanschlag in Oklahoma-City, der sich bekanntlich gegen das dortige Gebäude der US-Bundesregierung richtete, zeigt, daß der Protest des »zornigen weißen Mannes« sich bereits auch wieder in terroristischen Formen organisiert.

Die politischen Folgen dieser Enttäuschungs- und Denktzettelwahl sind verheerend. Innerhalb der republikanischen Partei hat sich ein aggressiver Flügel herausgebildet, der es nicht nur verstanden hat, die Meinungsführerschaft in der Partei zu übernehmen, sondern auch einen Teil des Unternehmerlagers (Öl, Rüstung, Bergbau, Holz, Tabak, Gesundheit/Medizin, um die wichtigsten zu nennen) hinter sich zu vereinigen. Nicht zuletzt aufgrund der gerade in den letzten Wochen vor den Wahlen sprunghaft gestiegenen Geldzuwendungen aus der Wirtschaft gelang es in vielen knappen Wahlrennen mit Hilfe von massiven Werbekampagnen, den republikanischen Kandidaten durchzubringen. Während viele noch glaubten, den Demokraten einen Denktzettel zu verpassen, hatte der Anführer dieser rechten Nadelstreifenbande, Newt Gingrich, ein Wahlprogramm vorgelegt, das er zum Hauptwahlkampfthema erklärte. Die Umsetzung dieses Wahlprogramms im Kongreß »innerhalb von 100 Tagen« wird jetzt als Wählerauftrag verkauft, obwohl die Mehrheit der Republikanerwähler nach eigenem Bekunden von diesem Programm keine Kenntnis hatte.

### Der »Kontrakt mit Amerika«

Vertrag mit Amerika – auf englisch »contract with America« – heißt der werbewirksame Titel des republikanischen Programms. Kritiker nennen ihn in Anspielung auf die Sprache der Mafia bereits »contract on America« (»contract on«, d.h. einen Kontrakt »auf« jemanden zu haben, bedeutet, jemanden umlegen wollen). »The Nation« spricht »von der Wiedergeburt des Reaganismus – dieses Mal nur klüger, gemeiner und besser organisiert« (28.11.94).



Noch 'ne »Mauer«, allerdings mit Lücken. Sie steht an der Grenze zwischen den USA und Mexiko, um den reichen Norden vor dem armen Süden zu schützen.

Der »Vertrag« hat drei Schwerpunkte: Abbau des Sozialstaates, Ausbau von immer mehr Gefängnissen, größere Steuerfreiheiten und Begünstigungen fürs Kapital. Wenn man in den USA vom Abbau des Sozialstaats spricht, meint man in der Regel die »welfare«, also die Sozialhilfe. Noch gilt die Rentenversicherung, auf die jeder, der legal arbeitet, Anspruch hat, als tabu, da sie den Kern der (vornehmlich weißen) Wählerschaft betrifft. Die bundesstaatliche Sozialhilfe kostete in den letzten Jahren immer mehr Geld, weil die Armen immer mehr wurden. Ein großer Einzelposten dieser Sozialhilfe ist die Beihilfe für arme Familien mit Kindern, insbesondere für alleinerziehende Mütter. Die Sozialhilfe bezeichnen jetzt die Republikaner als wesentliche Quelle des Haushaltsdefizits und wollen demzufolge hier die Axt anlegen.

Ihre Begründung, wie sie im »Vertrag« ausgeführt wird: Sozialhilfe mache abhängig. Wenn man sie also kürze oder streiche, würden die Armen endlich anfangen zu arbeiten. Nach zwei, spätestens fünf Jahren soll einem Bedürftigen die Sozialhilfe gestrichen werden. Da außerdem viele jugendliche, ledige Mütter Hilfe bekommen, beseitigt man am besten die Ursache ihrer Armut – nämlich die Kinder. Jugendliche Mütter sollen keinen Anspruch mehr auf Unterstützung haben, damit ihnen der »Anreiz« zum Kinderkriegen genommen wird; und wenn eine erwachsene Mutter noch ein Kind bekommt, erhält sie für dieses Kind kein Geld. Und wohin mit den Kindern, wenn die Mütter arbeiten sollen? Erleichterung von Adoptionen und Wiedereinführung von Waisenhäusern! »Jugendliche Mütter sind sowieso schlechte Mütter«, zitiert das Nachrichtenmagazin »Newsweek« (12.12.94), eine republikanische Quelle.

Und außerdem: Nur Staatsbürger sollen Anspruch auf Sozialhilfe haben, die vielen in den USA lebenden und arbei-

tenden »Nichtbürger« aber nicht. In Kalifornien machte man gleich Nägel mit Köpfen. Im November stand hier auch die sogenannte »Proposition 187« zur Abstimmung. Diese Gesetzesinitiative sieht vor, daß »illegale« Einwanderer (von denen jeder weiß, daß die Landwirtschaft ohne ihre Billigstarkraft zusammenbrechen würde) von allen staatlichen Leistungen ausgeschlossen werden. Sie sollen insbesondere keine medizinische Versorgung mehr bekommen (außer in eng begrenzten »Notfällen«) und ihre Kinder nicht mehr in die staatlichen Schulen schicken dürfen (auf Sozialhilfe haben die meisten von ihnen ohnehin keinen Anspruch).

Dazu paßt dann der zweite Schwerpunkt des Programms, der Ausbau des staatlichen Repressionsapparates. Der »Vertrag« sieht dazu vor, über 10 Mrd. Dollar für neue Gefängnisse auszugeben. Das muß auch sein, denn schon sitzen in US-Gefängnissen über eine Million Strafgefangene ein, obwohl die Gefängnisse eigentlich nur für 750.000 Insassen ausgelegt sind. Die USA liegen mit 426 Gefangenen auf 100.000 Einwohner an der Weltspitze. Und der Gefangenen sollen noch mehr werden: Seit letztem Jahr gilt in ganz USA ein Gesetz mit dem volkstümlichen Namen: »Dreimal und aus«. Damit ist gemeint, daß, wer zum dritten Mal wegen einer Straftat verurteilt wird, automatisch lebenslanglich bekommt – auch wenn es sich nur um eine Bagatelle wie Ladendiebstahl oder Drogenbesitz handelt. Für alles Mögliche sollen laut Vertrag die zu verhängenden Strafen verschärft werden. Todesurteile sollen leichter, Hinrichtungen schneller und Revisionen schwieriger gemacht werden.

Rein wirtschaftlich gesehen, rechnet sich das zwar alles nicht sonderlich gut, denn schon 1992 kostete die Unterhaltung der Bundes- und Einzelstaatsgefängnisse 34 Mrd. Dollar, d.h. 50 Prozent mehr als die Familienbeihilfe. Dafür aber fördert es die rassistische Spaltung der Gesellschaft. Mittlerweile sind 54 Prozent aller Gefängnisinsassen Schwarze (bei einem Bevölkerungsanteil von 13 Prozent). Zählt man zu der Million Gefangener noch die zwei Millionen auf Bewährung Verurteilten dazu, dann sind etwa vier Prozent aller Schwarzen rechtskräftig verurteilt! Praktisch ist es gelungen, die schwarze Bevölkerung insgesamt zu potentiellen Kriminellen zu machen, vor denen die weiße Bevölkerung geschützt werden muß. Da eine große Zahl Schwarzer auch noch arm ist und von Sozialhilfe leben muß, ist der Sündenbock gefunden und das Feindbild perfekt. Und die (zumeist lateinamerikanischen) Einwanderer kann man gleich noch dazupacken.

Versucht man auf diese Weise den Arbeitsmarkt zu »befreien« und gleichzeitig die Gefängnismauern drum herum hochzuziehen, so dient der dritte Schwerpunkt des »Vertrages für Amerika« der »Befreiung« des Kapitals. Vorgesehen sind zum einen Steuersenkungen auf Kapitalgewinne, um den »Anreiz«, Gewinne zu machen, zu erhöhen und damit angeblich Arbeitsplätze zu schaffen. Dann soll die Möglichkeit, Firmen wegen schadhafter oder schädlicher Verfahren und Produkte zu verklagen, begrenzt werden. Auch soll die Umwelt- und Arbeitsschutzgesetzgebung zugunsten der Unternehmen eingeschränkt werden. In Zukunft soll der Staat für Auflagen im Umweltschutz z.B. Entschädigungen an Firmen, zahlen, deren Vermögenswert durch diese Auflagen verringert wird. Das wäre natürlich das Ende jeder Umwelt- oder Arbeitsschutzgesetzgebung, und das ist auch der Sinn der Sache.

### Die Schuldenfalle – oder: Haushaltspolitik als Klassenkampf

Die entscheidenden Waffen, mit denen der republikanische Angriff auf die Reste des US-amerikanischen Sozial-



staates geführt wird, sind das Haushaltsdefizit und die Staatsverschuldung. Schon seit über zehn Jahren wird das staatliche Defizit in den Vordergrund geschoben und mittlerweile als Hauptursache für fast jede Verschlechterung verantwortlich gemacht: Arbeitslosigkeit, Wirtschaftskrise, Vormarsch »der Japaner« usw. Meinungsumfragen zufolge hält mittlerweile die Mehrheit aller AmerikanerInnen das Haushaltsdefizit für ein »drängendes Problem«. Auch die demokratische Partei stößt ins gleiche Horn, ist aber aus den oben geschilderten Gründen zumeist unfähig, jene staatlichen Ausgaben zu streichen, auf denen ihre Politik beruhte. Die Republikaner ihrerseits versprechen, bis zum Jahre 2002 einen ausgeglichenen Bundeshaushalt vorzulegen. Etwas Ähnliches hatten die Republikaner 1980 schon einmal verkündet, als Reagan Präsident wurde und versprach, Steuern zu kürzen und gleichzeitig die Einnahmen zu steigern und so einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen.

Als Ergebnis dieser Wirtschaftspolitik, die von ihren Kritikern mit der treffenden Bezeichnung »Voodoo-Economics« belegt wurde, hatten sich am Ende der Präsidentschaft Reagans die Bundesschulden und das Haushaltsdefizit mehr als verdoppelt. Die Politik der Reagan-Regierung bestand so über weite Strecken aus einer regelrechten Plünderung der Staatskassen, wobei die entstehenden Löcher durch eine enorme Verschuldung gestopft wurden. Nutznießer dieser Politik waren die Besitzer von Kapital und die Bezieher von Vermögenseinkommen, die vor allem von den geringeren Steuern profitierten, sowie die Rüstungsindustrie, die sich an den Aufrüstungsprogrammen der frühen achtziger Jahre bereichern konnte.<sup>3</sup>

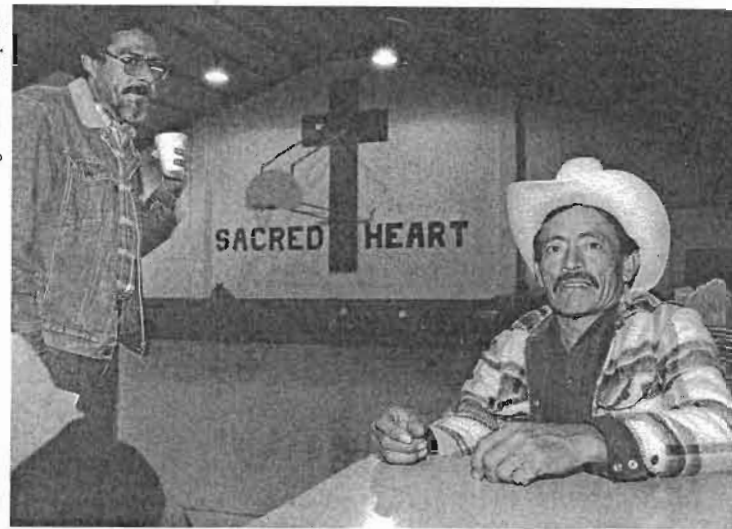
Das Ende dieser Politik kündigte sich bereits in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre an und drückt sich heute so aus, daß allein die Zinsen für die aufgehäufte Staatsschuld 203 Mrd. \$ betragen und ein Sechstel aller Steuereinnahmen verschlingen. Damit sind die Zinsen nach Renten, Verteidigung und Gesundheitsversorgung bereits der viertgrößte Haushaltstitel. Die Zinsen fließen zurück an das nationale und internationale Finanzkapital. Die Plünderung des US-Bundshaushaltes geht also in fortgeschrittener Form weiter. Machten Banken und Finanziere zuerst ein gewaltiges Geschäft mit der staatlichen Kreditaufnahme, so verdient man auch heute, Jahre nach den Reagan'schen Defizitauseinandersetzungen, indem man sich mit Hilfe der Steuereinnahmen seine Schulden mit Zinsen zurückzahlen läßt. Der Sozialstaat kapitalistischer Prägung sitzt auf Dauer in der Schuldenfalle und muß seine fortgesetzte Demontage über sich ergehen lassen.

Rückblickend gesehen war die Ausweitung der Staatsverschuldung unter Reagan auch die Voraussetzung dafür gewesen, daß die demokratische Partei im Kongreß Reagans Politik weitgehend mittragen und einige der ärgsten Auswirkungen des Sozialabbaus für einige Kernwählerschichten der Demokraten (vor allem aus den großstädtischen Mittelschichten) beschränken konnte. Die Tatsache, daß sich nunmehr auch ein demokratischer Präsident als zunehmend unfähig erweist, die staatliche Wirtschafts- und Sozialpolitik zu reformieren, macht die bekannte Kritik der US-Rechten an der Staatsverschuldung wieder zu einem wirksamen Hebel, um die in den Restbeständen der Sozialgesetzgebung noch vorhandenen Schutzrechte der abhängig Beschäftigten abzuschaffen. Natürlich ist die Parole vom ausgeglichenen Haushalt nur vorgeschoben, dieses Ziel spielt in der Realität so gut wie keine Rolle.

Als Clinton während der zu Anfang dieses Jahres offen aufgebrochenen Finanzkrise Mexikos immerhin 20 Mrd. Dollar (an Regierungsgeldern?) flottmachte, um die faul

3) Vgl. Arpo 1/1989 und 1/1993

Fotos: Henning Kaiser/Transparent



*Mexikanische Landarbeiter, die bei US-amerikanischen Farmern Arbeit finden, bekommen meist weder ein Bett noch was zu essen. Sehr oft sind es von der katholischen Kirche unterstützte Einrichtungen, in denen diese Menschen wenigstens das erhalten.*

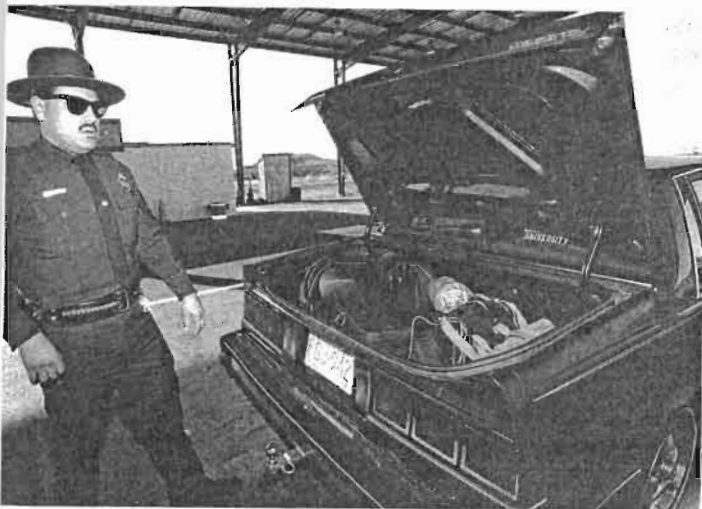
gewordenen Kredite der amerikanischen Banken und Spekulanten zu sichern und den Ruin des gerade in Kraft getretenen Freihandelsabkommens NAFTA zu verhindern, konnte er auf die zumindest stillschweigende Zustimmung der republikanischen Führung zählen. Der Verteidigungshaushalt wird im »Vertrag für Amerika« von Kürzungen ausgenommen und soll sogar wieder erhöht werden. Auch das »Star-Wars«-Programm, das in den achtziger Jahren geradezu zum Symbol der Reagan'schen Schuldenmacherei geworden war, wird wieder ausgegraben. Nach dem Zerfall der Sowjetunion müssen die angeblichen oder tatsächlichen Raketen- und Atomrüstungspläne von Staaten wie Nordkorea, Iran und Libyen als Begründung herhalten. Die Republikanischen »Staatsbekämpfer« – allen voran Gingrich, in dessen Wahlkreis, z.B. der Lockheed-Konzern, wichtige Werke hat – scheuen sich allerdings auch nicht, ihren Wählern in geübter Manier Arbeitsplätze durch die Investitionen der Rüstungskonzerne zu versprechen.

### **Außenpolitik im Zeitalter des »schlanken Staates«**

Nicht nur wegen der sich abzeichnenden Rückkehr zu einer aggressiveren Rüstungspolitik erscheint die Politik der neuen republikanischen Mehrheit im Kongreß als eine »Wiedergeburt« des Reaganismus. Die Neubelebung der staatlichen Waffenbeschaffung ist vielmehr nur ein Ausdruck eines unter dem Motto »America first« (»Amerika zuerst«) stehenden erneuerten Vormachtgedenkens in der Außenpolitik. Auch wenn es derzeit auf diesem Gebiet keine Figur gibt, die wie Gingrich in der Innenpolitik für die Republikaner insgesamt sprechen kann, so zeigen allein die Namen der für die US-Außenpolitik verantwortlichen Senatoren und Abgeordneten an, woher der Wind weht.

Der neue Vorsitzende des außenpolitischen Ausschusses des Senats, Jesse Helms, den die britische Wirtschaftszeitung »Financial Times« (3.1.95) unumwunden als »die größte Bedrohung für ein kontinuierliches Engagement der USA in außenpolitischen Angelegenheiten« bezeichnet, war (zusammen mit Gingrich übrigens) in den achtziger Jahren eine der treibenden Figuren der verdeckten Unterstützungsaktionen der US-Regierung für die nicaraguanische Contra. Helms und auch die weniger bekannten Außenpolitiker wie die Senatoren Lugar (Indiana), McConnell (Kentucky), McCain (Arizona) oder der Vorsitzende des Komitees des Repräsentantenhauses für internationale Beziehungen, Gilman, wer-





Täglich überqueren etwa 10.000 Menschen aus Mittel- und Südamerika die Grenze zwischen Mexiko und USA im Border Patrol Sector El Paso. Täglich nimmt die Polizei dort etwa 800 Menschen fest und schiebt sie wieder ab. Die Kontrollen der Border Patrol Police sind allerdings an den etwa 120 km weiter im Landesinneren liegenden Kontrollstationen wesentlich schärfer als an der direkten Grenze.

Der Grund: Die Wirtschaft der US-amerikanischen Grenzstädte und die Farmen in Texas, New Mexico, Arizona und California sind völlig von den billigen Arbeitskräften aus dem Süden abhängig. Die Illegalen sollen zwar die Arbeitsplätze im Borderland erreichen, aber nicht weiter nach Norden »vordringen«.

den alle von jenen ultrarechten »Denkfabriken« beraten, die wie z.B. die Heritage-Foundation, das American Enterprise Institute oder das Hudson Institute maßgeblichen Einfluß auf die außenpolitischen Vorstellungen der Regierungen Reagans hatten.

Die neue/alte Außenpolitik der Republikaner steht allerdings unter stark veränderten weltpolitischen Bedingungen. Das außenpolitische Feindbild Nr.1 der Reagan-Ära ist mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion verschwunden. Zugleich hat sich erst mit dem Untergang der SU in voller Schärfe gezeigt, welche Schwierigkeiten die USA haben, ihre traditionelle Rolle als »Weltpolizist« und einigende Macht des kapitalistischen Lagers zu spielen. Dies zeigt sich nicht nur auf wirtschaftlichem Gebiet. Auch politisch haben sich die militärischen Aktionen der USA gerade in der jüngsten Zeit als außerordentlich kostspielig erwiesen und sind zunehmend schwieriger, mit den Interessen anderer imperialistischer Mächte auf einen Nenner zu bringen. Deutlich wurde dies insbesondere durch den Rückzug der US-Truppen aus Somalia, aber auch an den Schwierigkeiten bei der Intervention in Haiti oder an den militärischen »Folgekosten« des Golf-Krieges in Form einer fortgesetzten Verwicklung der USA in Kurdistan/Irak.<sup>4</sup> Die Sieges euphorie des Golf-Krieges<sup>5</sup> ist jedenfalls längst wieder der nüchternen Einsicht in die ungelösten innenpolitischen und wirtschaftlichen Probleme gewichen.

Die Außenpolitik führt auf diesem Hintergrund in Gingrichs »Vertrag für Amerika« wie in den alltäglichen politischen Auseinandersetzungen eher ein Randdasein. Mehr denn je interessiert sich die Masse der US-Wahlbevölkerung für Außenpolitik nur soweit, wie diese (vermeintlich oder tatsächlich) die eigenen Interessen berührt. Die seit dem Golf-Krieg in der US-Öffentlichkeit breit und regelmäßig wahr-

4) Zu Somalia und Haiti vgl. Arpo 4/93 und 5/6 /94.

Zu Kurdistan/Irak den Artikel in diesem Heft.

5) Vgl. Arpo 4/1992

genommenen außenpolitischen Themen waren neben dem handelspolitischen Dauerkonflikten mit Japan bezeichnenderweise das Freihandelsabkommen mit Mexiko, NAFTA, und das Problem der Bootsflüchtlinge aus Kuba und Haiti – alles Fragen, in denen sich die Furcht vor weiteren Arbeitsplatzverlusten und die von der Rechten geschürten rassistischen Ängste vor »Überfremdung« durch immer neue Einwandererwellen spiegeln.

In der außenpolitischen Rhetorik der neuen republikanischen Mehrheit herrscht vor allem ein Thema vor, nämlich die politischen, militärischen und wirtschaftlichen »Opfer«, die die USA bei ihren Interventionen im Ausland erbringen, und von denen vor allem die wichtigsten Konkurrenten auf dem Weltmarkt wie Japan oder die BRD profitieren. Die Kritik der neuen Herren der US-Außenpolitik richtet sich auf diesem Hintergrund vor allem gegen internationale Organisationen und Institutionen wie die UNO mit ihren zahlreichen Unterorganisationen, die KSZE/OSZE, oder auch den Internationalen Währungsfonds und die Weltbank, durch die die USA in die verschiedensten Verpflichtungen gegenüber ihren Verbündeten und Gegnern eingebunden sind. Die einzige Form der formal abgesicherten internationalen Zusammenarbeit, die akzeptiert wird, sind bestehende Militärbündnisse, namentlich die NATO. Der Slogan »America first« bedeutet unter diesen Vorzeichen, daß sich die US-Regierung aus den Institutionen der internationalen Diplomatie möglichst weit zurückziehen und stattdessen zur Sicherung »vitaler Interessen« der USA in eigener Regie tätig werden soll.

Entscheidend ist dabei, daß die »vitalen Interessen« der USA sehr viel eingeschränkter definiert werden, als dies noch in Zeiten der weltpolitischen Konfrontation zwischen kapitalistischem und sozialistischem Lager der Fall war. Als »vitale Interessen« gelten neben dem Erhalt der weltweiten militärischen Interventionsfähigkeit der USA insgesamt vor allem der Zugang zu ausländischen Märkten für US-amerikanische Unternehmen, die Sicherung von Rohstoffquellen und die Verhinderung von sozialen Konflikten und Kämpfen, die die Interessen der USA direkt oder indirekt bedrohen können. Ausdrücklich nicht mehr eingeschlossen in diese Definition ist die aus Gründen der allgemeinen internationalen Stabilität gewährte Wirtschaftshilfe an ökonomisch schwächere Staaten, insbesondere der GUS und Osteuropas. Namentlich Rußland wird als ein »Faß ohne Boden« angesehen, wo marktwirtschaftliche Reformen und parlamentarische Demokratie noch lange auf sich warten lassen können. Demgegenüber wird umso deutlicher auf die bewährten einzelstaatlichen Beziehungen mit militärisch verlässlichen regionalen »Ordnungsmächten« (wie z.B. Israel und die Türkei im Nahen Osten oder Südkorea in Ostasien) gesetzt.

### Eine neue internationale Bündnispolitik wird vorangetrieben

Was auf dem Papier zunächst nach einer einfachen und klaren Strategie aussieht, ist in der unberechenbar gewordenen weltpolitischen Situation nach dem Zerfall des sozialistischen Lagers natürlich keineswegs geradlinig und ohne Abstriche in die Tat umzusetzen. Helms und andere Republikaner haben es bislang eher vermieden, die außenpolitischen Ausschüsse des US-Kongresses zu ideologischen Kampfplattformen für ihre Politik zu machen. An einigen wesentlichen außenpolitischen Entscheidungen und Entwicklungen der letzten Monate wird die neue Richtung allerdings unzweifelhaft deutlich.

● Die Tonlage gegenüber Rußland wurde massiv verschärft, zugleich drücken die Republikaner auf eine rasche Osterweiterung der NATO. Auf Initiative Gingrichs wurde im

US-Kongreß ein »Gesetz zur Revitalisierung der Nationalen Sicherheit der USA« eingebracht, dessen Präambel die NATO-Mitgliedschaft Polens, Ungarns, Tschechiens und der Slowakei bis zum 1.1.1999 vorsieht. Während konservative Kommentatoren, wie z.B. William Safire von der »New York Times« fragen, warum dies nicht auch für die baltischen Staaten und die Ukraine gelte – ist klar, daß Rußland ausgeschlossen bleiben soll. Der russische Einmarsch in Tschetschenien, der im Kongreß einhellig und ohne die früher geltenden diplomatischen Rücksichtnahmen auf Jelzin kritisiert wurde, lieferte dazu das wohl beste Argument.

- Im Zusammenhang mit der Vorstellung, den Staat »schlanker« zu machen, peilen die Republikaner eine durchgreifende Kürzung der US-Auslandshilfe (etwa vergleichbar mit der »Entwicklungshilfe« in der BRD) an. Senator McConnell schlug gleich nach Amtsantritt einen generellen Abbau um 20 Prozent vor. Ausgenommen davon sollen lediglich Israel und Ägypten bleiben, ganz gestrichen werden soll jede Wirtschaftshilfe für Afrika. Ein entsprechender Gesetzesentwurf, gegen den Clinton immerhin sein Veto angekündigt hat, steht derzeit im Repräsentantenhaus zur Abstimmung an (Financial Times, 26.5.95 und 9.6.95).

- Auf eine erneuerte Unterstützung für Israel als Regionalmacht weisen gleich mehrere Entwicklungen hin. Außerte sich der frühere republikanische Präsident Bush stets distanziert zur Siedlungspolitik Israels im Westjordanland, so ist diese Kritik aus den Reihen der Republikaner heute fast verstummt. Eine Initiative des republikanischen Senators Dole, die US-Botschaft in Israel von Tel Aviv nach Jerusalem zu verlegen, zeigt an, daß die maßgeblichen republikanischen Außenpolitiker den Status Jerusalems als »Hauptstadt Israels« für abgemacht halten, auch wenn diese Frage in den Verhandlungen zwischen Israel und der PLO bis heute ausgeklammert geblieben ist. Auf Druck aus dem Kongreß ließ die US-Regierung im Mai im UN-Sicherheitsrat eine Resolution gegen die Siedlungspolitik in den besetzten Gebieten und Ost-Jerusalem am Veto der USA scheitern.

- Am eindeutigsten wurde die neue Unterstützung für altbefreundete Regionalmächte vielleicht am Beispiel des türkischen Einmarsches in Süd-Kurdistan sichtbar, der im Zusammenhang mit dem russischen Krieg gegen Tschetschenien und den Auseinandersetzungen um die Ölvorkommen Zentralasiens steht (vgl. die Artikel in dieser Nummer). Die US-Regierung machte zwar deutlich, daß sie es der Türkei nicht gestatten würde, die territoriale Integrität des Iraks durch eine dauerhafte Besetzung Süd-Kurdistans zu gefährden. Für die Militäraktion selbst gab es aber kaum Kritik, dafür aber Unterstützung von in der Türkei stationierten US-Aufklärungsflugzeugen. Die in außenpolitischen Angelegenheiten eher als liberal geltende »Washington Post« faßte den Tenor der öffentlichen Meinung zusammen: Die USA seien unter dem Mandat der UNO nach dem Golf-Krieg den Kurden im Irak zur Hilfe gekommen, diese hätten aber die US-Hilfe nur zu neuen Bruderkriegen genutzt, in denen die USA sich nicht verschleißen dürften (16.4.1995).

- Die gegenwärtigen Auseinandersetzungen um die UNO-Truppen in Bosnien macht den neuen Kurs in den USA vor allem für die europäischen NATO-Mächte (und die Bevölkerung im ehemaligen Jugoslawien) spürbar. Allein die Ankündigung Clintons, US-Truppen nicht nur zur Evakuierung, sondern auch zur »Umgruppierung« der UNO-Truppen einzusetzen, bewirkte einen Aufstand im Kongreß. Helms erklärte, daß ein Einsatz von US-Bodentruppen im Bosnienkrieg nicht im »vitalen Interesse« der USA läge und deshalb mit den Republikanern nicht zu machen sei. Befürwortet wird stattdessen eine rasche Aufhebung des Waffenembargos für die bosnischen Moslems – wobei sich Helms nicht

scheut, hierfür eine verdeckte Unterstützungsaktion nach dem Vorbild der Waffenhilfe für die nicaraguanische Contra in den achtziger Jahren zu fordern (FAZ, 10.6.1995). Entsprechend der verbreiteten Auffassung, daß Bosnien »Sache der Europäer« sei, hat Clinton inzwischen erklärt, daß er den US-Kongreß konsultieren würde, bevor irgendwelche US-Truppen in Bosnien zum Einsatz kämen.

Die Clinton-Administration versucht zwar, dem massiven republikanischen Druck für eine Umorientierung der US-Außenpolitik auszuweichen. Auch gibt es unter den auf den Weltmarkt orientierten Fraktionen des US-Kapitals durchaus Kräfte, die einem Rückzug der USA aus einem übergreifenden internationalen Krisenmanagement skeptisch gegenüberstehen. Wie aber das jüngste Hin und Her der US-Regierung um die Beteiligung der USA an den UNO-Truppen in Bosnien abermals deutlich gemacht hat, muß Clinton mit Blick auf die nächsten Präsidentschaftswahlen jeden Eindruck vermeiden, die USA in neue außenpolitische Verwicklungen hineinzuziehen. Die von Bush im Zusammenhang mit dem Golf-Krieg verkündete »neue Weltordnung« – also die etwas vage Idee eines hinter der Fassade der UNO geeinten, unter Führung der USA stehenden kapitalistischen Staatenlagers, das gemeinsam mit den Nachfolgern der Sowjetunion die Grundlinien der Weltpolitik bestimmt – hat sich jedenfalls für die US-Außenpolitik als eine aus einer weltpolitischen »Ausnahmesituation« (so die FAZ, 2.6.95) geborene Wunschvorstellung erwiesen.

### Widerstand?

Wenn man über die Perspektiven von Opposition oder Widerstand nachdenkt, muß man zwei Ebenen unterscheiden. Zum einen Widerstandsbewegungen gegen das republikanische Programm auf Basisebene, zum anderen Opposition auf parlamentarischer Ebene, bei Wahlen, über Parteien usw.

Was Widerstand auf der Basisebene angeht, so hat der Angriff von rechts an einigen Punkten, z.B. im Zusammenhang mit der Verschärfung der Einwanderungspolitik in Kalifornien, schon manches in Bewegung gebracht. So fand vor den Novemberwahlen in Los Angeles die größte Demonstration in der Geschichte statt, an der sich naturgemäß vor allem lateinamerikanische EinwanderInnen beteiligten, da sie ja das direkte Angriffsziel der »Proposition 187« darstellen. Ein Problem zeigte sich aber auch hier, was für den Widerstand generell gilt: Was die eine Bevölkerungsgruppe auf die Beine bringt, wird noch lange nicht von einer anderen unterstützt, die auch angegriffen wird. So stimmten, z.B. bei der Abstimmung in Kalifornien, ungefähr die Hälfte der schwarzen und asiatischen WählerInnen für die »Proposition 187«, weil sie die Billiglohnkonkurrenz der lateinamerikanischen Einwanderer fürchten! Dann gibt es Widerstand an Universitäten, von Gewerkschaftern, aber am aktivsten dürfte zur Zeit die Frauenbewegung sein, die sich durch die Abtreibungsgegner und die Bestrebungen, die »Gleichstellungskampagne« zu beenden, am stärksten angegriffen fühlt. Inwiefern der Charakter des Angriffs dazu führt, daß sich die einzelnen Widerstandsbewegungen vereinigen können, wird sich zeigen, tatsächlich stehen die Vorzeichen dafür zum ersten Mal seit den achtziger Jahren wieder günstiger, da ein klares Feindbild existiert.

Ein ganz anderes Thema ist der Widerstand auf parlamentarischer Ebene bzw. die Möglichkeiten, die die Basisbewegungen haben, sich auf dieser Ebene ausdrücken zu können. Im Unterschied zum deutschen Parteiensystem gibt es in den USA nicht die Möglichkeit, z.B. einer Grünen Partei, mit einem bestimmten Prozentsatz der Stimmen in ein Parlament zu kommen. Das geht nur, indem man

direkt in einem Wahlkreis beide großen Parteien schlägt und einen Kandidaten durchbringt. Deshalb fällt im amerikanischen Parteiensystem erst mal der demokratischen Partei die Rolle zu, Opposition zu artikulieren. Diese Rolle fällt ihr aber als zweiter staatstragender kapitalistischer Partei immer schwerer.

Präsident Clinton zeigte sich auch kurz nach den Novemberwahlen zur Zusammenarbeit mit Gingrich und Konsorten bereit. Der Standpunkt seiner innerparteilichen Mitte-Rechts-Koalition zu Fragen wie Sozialabbau, Kriminalitätsbekämpfung und Gleichstellungskampagne ist von dem der Republikaner sowieso nicht weit entfernt. Auch die Demokraten reden vom Haushaltsausgleich und von Steuerenkungen, allerdings wollen sie sozial »gerechter« und »weniger grausam« sein. Eine grundsätzliche Opposition ist also nicht zu erwarten.

Allerdings gibt es zur demokratischen Partei auf nationaler und einzelstaatlicher Ebene und damit parlamentarisch weit und breit keine Alternative, weshalb ein Teil der entstehenden Widerstandsbewegung sich in irgendeiner Form in der demokratischen Partei organisieren oder auf einzelne Kandidaten Einfluß nehmen wird. Die demokratische Partei (wie bisher auch die republikanische Partei) ist sowieso mehr eine lose Vereinigung einzelner Interessengruppen als eine »Weltanschauungspartei« in der europäischen Tradition. So kann es durchaus sein, daß z.B. Clinton 1996 als Kandidat des kleineren Übels einen Großteil der Oppositionsstimmen auf sich vereinigen kann und vielleicht sogar wiedergewählt werden wird. Dieses wird aber nichts an dem längerfristigen Trend ändern, daß die Frustration und Enttäuschung vieler Menschen über die herrschende Politik und die real existierende Alternativlosigkeit zunehmen und das immer brüchiger werdende Fundament des Parlamentarismus im allgemeinen und der demokratischen Partei insbesondere aushöhlen werden. Die Perot-Kandidatur 1992 und sein relativer Erfolg zeigen, daß in dieser Atmosphäre der Verdrossenheit und Orientierungslosigkeit auch ein rechtspopulistischer Rattenfänger die Stimmung für sich ausnutzen kann.

So offensichtlich die Notwendigkeit eines klassenorientierten Widerstandes auf breiter Ebene gegen den Angriff des Kapitals zur Zeit auch ist, so offensichtlich ist doch gleichzeitig das Fehlen eines solchen Widerstandes. Der Schiffbruch, den Clinton mit seiner zumindest nach außen an den Interessen breiter Bevölkerungsschichten orientierten »Erneuerung« der politischen Fundamente des US-Staates erlitten hat, ist in dieser Perspektive allerdings von grundsätzlicher Bedeutung. Er zeigt nämlich, daß herrschende Klasse und bürgerlicher Staat in den USA kaum noch über Mittel verfügen, die mit den wirtschaftlichen Krisen seit Mitte der siebziger Jahre und später mit der Politik Reagans in Gang gesetzten Umbrüche in den Klassenverhältnissen mit den Mitteln einer »von oben« betriebenen Reformpolitik zu beherrschen.

Die Angst der schrumpfenden und selbst dem wirtschaftlichen Abstieg ausgesetzten »Mittelschichten« vor den ungeborenen Einwandererwellen aus Lateinamerika und Asien und den im Aufstand von Los Angeles 1992 ans Licht gekommenen explosiven Verhältnissen in den US-amerikanischen Innenstädten ist selbst der deutlichste Ausdruck dieses Zustandes. Ein Minimum an gesellschaftlicher »Ordnung« und Stabilität ist unter diesen Verhältnissen nur noch mit dem fortgesetzten Ausbau staatlicher Zwangsgewalt gegenüber den nicht am »Kontrakt mit Amerika« beteiligten Bevölkerungsschichten zu garantieren.

Unter den gegenwärtigen Umständen kann die Aufgabe linker und klassenbewußter Kräfte kaum darin bestehen, über alternative Wahlprojekte oder Wahlkandidaturen (z.B. im Sinne der »Regenbogenkoalition« Jesse Jacksons in den achtziger Jahren) nachzudenken. Die wichtigste Aufgabe im Moment dürfte es sein, innerhalb der Widerstandsbewegungen die rassisch/ethnischen Spaltungen zu verringern und der Konkurrenz von eingesessenen und neu eingewanderten Arbeitergruppen zu begegnen. Die Aufspaltung der Bevölkerung in konkurrierende Gruppen entlang von Hautfarbe, Sprache und Herkunft ist nirgendwo sonst ein derart zentrales Herrschaftsinstrument wie in den USA.

20. Juni 1995 ■

## KORRESPONDENZEN

Mecklenburg-Vorpommern

### Jobkiller auf den Werften

Worüber sich die Politiker wie Mecklenburgs Wirtschaftsminister Harald Ringsdorf »überrascht und empört« zeigen, daß der Bremer »Vulkan« mindestens 1600 und der norwegische Kvaerner-Konzern mindestens 650 Arbeitsplätze »bis zum Jahr 2000« wegrationalisieren wollen, beunruhigt die Betroffenen schon seit Wochen. Aus dem Brief eines Werft-Kollegen vom 10.5.95:

»Was die Werft betrifft, sieht es schlecht aus. Was wir damals (bei der Übernahme der Werften durch Westfirmen - die Red.) mit Warnstreiks und Streiks verhindern wollten, passiert nun auf 'elegante Art und Weise'. Die Entlassungen nehmen kein Ende. Kurzarbeit in fast allen Bereichen, keine Aufträge etc. Aber die Bosse schreien 'hurra, alles bestens!' Wir wissen trotzdem, was los ist. Wenn die Treuhand Ende des Jahres rausgeht, ist Feierabend. Dann läuft überhaupt nichts mehr. Deshalb spielen die jetzt verrückt (Mobbing). Die Bremer bringen keine Aufträge mehr ran, und der Rest klappt auch nicht. Das Schönste ist, nächste Woche steigt der frühere Chef aus Bremen bei uns (in einer Abteilung der Werft - die Red.) ein. Genau der, der den Laden in Bremen in

die Pleite getrieben hat. Will wohl noch ein bißchen Geld abzocken bis Jahresende. Zu retten ist ja eh nichts mehr, und Wunder gibt es nicht. Der neue Trend heißt Konkurs anmelden und entlassen. Das gibt es schon in Teilen der Werft. Ob es auch bei uns so laufen wird? Dieselben Chefs gründen dann mit sauberer Weste eine neue Firma unter anderem Namen - und wir können uns neu bewerben, natürlich für weniger Geld. So wird es wohl laufen, die Gerüchte kommen nicht von ungefähr. Eine neue Masche ist jetzt auch, daß Listen über die Abgruppierung von Kollegen vorgelegt werden - d.h. unter fadenscheinigen Vorwänden (Unfähigkeit etc.) sollen Kollegen in den Lohngruppen um eine Stufe tiefer gesetzt werden. Die damit angeblich verbundene Arbeitsplatzsicherung wird es trotzdem nicht geben.

Hier auf dem Hof läuft seit Herbst '94 eine sogenannte Beraterfirma vom Vulkan umher, Reschke&Co., Firmen- und Kontoanschrift in der Schweiz. Was für die Truppe schon für Geld verschwendet wurde! Überflüssige Heizungen aufspüren, Kollegen auf elegante Weise aushorchen, ob man nicht irgendwo einen einsparen kann. Wenn in der Produktion was nicht klappt, und sie die Kollegen dazu befragen, dann zählen die wahren Gründe nicht: schlechte Leitung und Planung. Sie wollen hören »wir sind dumm und

*faul und wollen nicht«. So in etwa läuft das. Überall wird sortiert in gut und böse. Die Meister hätscheln Kollegen, die schon lange bei ihnen sind, die aus den anderen Bereichen sind der letzte Dreck und werden entsprechend behandelt – die einen müssen Kurzarbeit machen und die anderen nicht. Wir waren schon beim BR deswegen.«*

### **Mal wieder:**

#### **ein Gewerkschaftsfunktionär in der Klemme**

Spalten der Belegschaften – wie es der Brief anschaulich macht –, um die beginnende Unruhe besser abfangen zu können, darauf setzen nicht nur Konzernleitungen und Vorgesetzte am Arbeitsplatz, sondern auch zuständige Politiker und – Gewerkschaftsfunktionäre: *»Das Vulkankonzept weist den richtigen Weg, um die Wettbewerbsfähigkeit des Schiffbauverbundes zu sichern«* - so Frank Teichmüller, Vorsitzender des IG Metall-Bezirks Küste (NNN, 15.6.95). Was Wunder, ist er doch zugleich stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender der Bremer Vulkan AG! In dieser Funktion hat er dem »neuen Konzept« – sprich: Massenentlassungen – zugestimmt, dessen Folgen er nun in seiner anderen Funktion als Vorsitzender der IG Metall herunterzuspielen und abzumildern versucht: *»Mit unserer (!!! – der der IG Metall? oder gar der KollegInnen?) Zustimmung zum Gesamtkonzept ist der Personalabbau an den einzelnen Standorten noch nicht beschlossene Sache. Umfang, Ablauf und Verteilung des vom Vorstand angestrebten Stellenabbaus sowie Ausgleichsmaßnahmen müssen mit den Betriebsräten vor Ort verhandelt werden«* (Teichmüller meint den Vulkan-Vorstand, nicht den der IGM! Wie schwierig Sprache wird, wenn man nicht mehr weiß, was oben und unten ist...). Die Betriebsräte sollen bei den Belegschaften auslöfeln, was ihnen die IGM an der Seite der Unternehmer eingebrockt hat – schon jetzt müssen sie sich die Frage stellen, bei wem sie denn noch Rückendeckung suchen sollen, wenn die Unruhe auf den Werften zunimmt. Bei ihrer Organisation? *»Ohne Gewerkschaften hat Arbeit keine Zukunft. Mitglied werden - Mitglieder werben«,* heißt es großformatig auf rotem (!) Grund an Riesenstellwänden von Rostock über Wismar bis Stralsund. Mitgliederwerbung mit Sprüchen, die durch die Praxis gewerkschaftlichen Handelns seitens der Vorstände lächerlich gemacht werden.

Bereits wird presseöffentlich von befragten Kollegen die Möglichkeit von Werftbesetzungen angesprochen. Aber es herrscht Unsicherheit, ob sie sich auch nur auf ihre betrieblichen Vertreter verlassen können. Aus einem weiteren Brief des oben zitierten Werftkollegen vom 13.6.95:

*»Die Betriebsräte sind ja auch in einer Zwickmühle. Einerseits haben sie für vier Jahre ihre Jobs sicher wegen der Nichtkündbarkeitsklausel. Andererseits, wenn die Bude dichtmacht, brauchen wir keinen Betriebsrat mehr. Also arrangieren mit der Geschäftsführung? Wenn die Bude weiterleben soll, ja. Aber ist das wirklich ein Ausweg? Und auf welcher Seite stehen sie dann? Die Frage wird schon diskutiert unter den Kollegen.«* Sie werden sich, wenn sie den Verlust ihrer Arbeitsplätze noch abwenden wollen, vor allem auf sich selbst verlassen müssen. Und: unsere Solidarität ist gefordert.

#### **Nach dem Muster der IG Chemie ...**

Was Hermann Rappe als Vorsitzender der IG Chemie beim Plattmachen des Kalibergwerks in Bischofferode vorerzählt hat, die Unterstützung des Marktberingungskonzeptes des BASF-Konzerns auf dem Rücken der eigenen Mitglieder, übernimmt jetzt die IG Metall-Führung an der Seite der Werfteigner. Die Ursache für die Rationalisierungsmaßnahmen werden der EG in die Schuhe geschoben:

*ben: »Das Problem sind die Kapazitätsbeschränkungen für die Ostwerften, die bis zum Jahr 2005 gelten«* (Teichmüller, w.o.). Diese Argumentation unterschlägt zum einen, daß der Vulkan-Konzern bereits bei der Übernahme der Ostseewerften genau wußte, wieviel Tonnage bis wann und wo auf Kiel gelegt werden darf. Die Kollegen vermuten zu recht, daß hier mit gezinkten Karten gespielt wurde und wird.

Zum anderen ist Teichmüller genau so klar wie der Konzernführung, daß es beim Vernichten der Arbeitsplätze in Rostock, Wismar und Stralsund im Interesse des Vulkan und seiner Aktionäre knallhart um Produktivitätssteigerung und Kostensenkungen geht, damit die angeschlagene Bremer Werft im internationalen Wettbewerb mithalten kann. Vulkan-Vorstands-Chef Friedrich Hennemann verteidigte gegenüber der Bildzeitung die Pläne zum Personalabbau mit der simplen Begründung, das Unternehmen stünde *»in der Pflicht gegenüber den Eignern des Verbundes, weltweit 50.000 Aktionären, die ihre Gewinne wollen.«*

Anmerkung aus dem Brief vom 13.6.95: *»Eine Meinung unserer Kollegen ist folgende: Der Vulkan hat nach der Wende alle lukrativen Firmen unbesehen, aber dafür billig aufgekauft. Jetzt, wo Ruhe zu sein scheint, wird erstmal gesichtet, was man da alles übernommen hat und was sich davon rentiert. Und Schritt für Schritt wird platt gemacht und unliebsame Konkurrenz aus dem Osten ausgeschaltet. Und man kassiert noch dafür.«*

#### **Grundzüge des Sanierungskonzepts**

##### **Kvaerner**

Auf der Warnow-Werft in Warnemünde sollen von 1900 Beschäftigten, deren Arbeitsplätze vom Unternehmen bei der Übernahme bis 1995 garantiert worden waren, nur 1250 bleiben, entlassen werden mindestens 650.

##### **Vulkan**

1. Neptun Industrie Rostock GmbH: Von den 6500 Beschäftigten um 1989 hatten bei der Übernahme durch den Bremer Vulkan noch 1450 Arbeit. Die Bremer Konzernleitung hatte zugesichert, bei NIR 1320 Arbeitsplätze zu erhalten und bis 1996 360 Mio. DM zu investieren, von denen die Treuhand 260 Mio. DM trägt und das Land Mecklenburg-Vorpommern 61,6 Mio. DM. Über den geplanten Arbeitsplatzabbau liegen bisher keine Zahlen vor.

2. Dieselmotorenwerk Vulkan GmbH Rostock: 1992 übernommen, 148 Mio. DM sollen investiert werden, von denen die Treuhand 79 Mio. DM übernimmt. Die Zahl der Beschäftigten von derzeit 585 soll nach dem Umzug in den Neubau in Warnemünde auf 300 heruntergefahren werden.

3. Volkswerft Stralsund GmbH: Um 1989 7922 Arbeitsplätze, 1993 bei der Übernahme durch den Vulkan-Konzern auf 3363 »geschrumpft«, derzeit arbeiten noch 2300 auf der Werft. Bis 1996 sollen vom Vulkan 487 Mio. DM investiert werden, weitere 150 Mio. DM bis 2005, an denen sich die Treuhand mit 380 Mio. DM beteiligt. Bis spätestens 2000 sollen 700 Arbeitsplätze abgebaut werden.

4. MTW Schiffswerft Wismar: An die Stelle der bisherigen Werftanlagen soll ein Neubau treten für den Vulkan 565 Mio. DM aufbringen will, von denen die Treuhand zwei Drittel übernimmt. 1989 waren 6340 auf der Werft beschäftigt, bei Übernahme durch Vulkan waren es noch 2800, 2510 Arbeitsplätze wurden von Vulkan »garantiert«, heute sind es noch knapp 2200 Beschäftigte, 800 davon sollen entlassen werden.

#### **»Was tun mit den Arbeitermassen? Entlassen! Entlassen!« (Tucholsky)**

Vorwürfe und sich zum Teil widersprechende Vorschläge für eine Begrenzung der Auswirkungen, die in der Folge



viele weitere Tausend Menschen sozial abstürzen lassen werden, gehen durch Ministerien, Parteien, die betrieblichen Vertretungen und die Reihen der IG Metall. SPD-Wirtschaftsminister Ringsdorff lenkte nach anfänglichem Protest (*»die Art und Weise, wie der Landesregierung die geplanten Arbeitsplatzreduzierungen zur Kenntnis gebracht wurden - wir erfuhren das aus den Medien - stört uns«*) schnell ein, nachdem sich Vulkan-Chef Hennemann für den »Formfehler« entschuldigt und ihn über die betriebswirtschaftlichen Notwendigkeiten ins Bild gesetzt, sowie 200 Ersatzarbeitsplätze für die Produktion von Schiffslukendeckeln zugesagt hatte: er habe nach dem Gespräch *»die Hoffnung, daß das Ausmaß der Stellenreduzierung nicht so drastisch ausfällt.«*

Die »Ostseezeitung« vom 17.6.95, die mit Ringsdorff sprach, merkt dazu an: *»Hennemann hat ihm offensichtlich die Notwendigkeit des Abbaus bis zur Jahrtausendwende so plausibel gemacht, daß Ringsdorff im Brustton der Überzeugung erklärte, wenn alle Arbeitskräfte blieben, wäre die Wettbewerbsfähigkeit des Vulkan nicht mehr gegeben. Das sei nicht sein Anliegen ... Er versprach, sich beim Bundeswirtschaftsminister für eine deutlichere Unterstützung der Bundesregierung für den Schiffbau stark zu machen.«* Zu reden sei auch über *»beschäftigungssichernde Tarifmodelle nach dem VW-Beispiel«*. Einer schiebt's auf den anderen, die von Entlassung bedrohten KollegInnen bleiben auf sich gestellt.

Der Oberbürgermeister von Stralsund, Harald Lastovka (CDU) stellte sich (zunächst) auf die Seite der gegen den Abbau Protestierenden und nannte die Haltung der IG Metall und die Erklärungen Teichmüllers *»völlig unverständlich«*. Der wiederum machte – wie auch Regierungsvertreter in Mecklenburg-Vorpommern – Vorschläge für *»Ersatzarbeitsplätze«* (wo sollen die herkommen in einer Region, deren einzig nennenswerte Industrie die Werften sind?); eine *»Sanierungsbeteiligungs-Gesellschaft«* und ein *»Innovationszentrum«* sollten gegründet werden. Heftig reagierte Teichmüller auf den Vorwurf, ob die IGM vor allem darum bemüht sei, überproportionalen Personalabbau im Westen zu verhindern: *»Diesen Schuh ziehe ich mir nicht an. Letztes Jahr war der Stellenabbau auf den Westwerften sogar größer.«*

Anmerkung: Die Privatisierungsverträge der Vulkan-AG enthalten eine Klausel, nach der Entlassungen im Westen zu einem vergleichbaren Personalabbau im Osten führen müssen; Teichmüller dazu: *»Diese Klausel haben wir durchgesetzt, damit der Bremer Vulkan seine Beschäftigungszusagen nicht unterlaufen kann.«* Ob gegenüber den Beschäftigten im Osten oder Westen sagt Teichmüller nicht, aber den Abbau betreibt er mit. Der Stralsunder IG Metall-Vorsitzende Rainer Mundkowski sieht die Gefahr, *»daß der Vulkan-Verbund ein Exempel statuiert, das später in anderen Treuhand-Betrieben Schule machen könnte.«* So oder so – der Konflikt zwischen der IG Metall-Führung und ihren Mitgliedern, insbesondere den Betriebsräten, die an den Entlassungen mitwirken und sie *»sozialverträglich«* umsetzen sollen, ist programmiert.

### Die Stimme eines Betroffenen

Nochmals aus dem zweiten Brief, nachdem am 13.6.95 die ersten Pressemeldungen über die Entlassungspläne der Vulkan-AG die KollegInnen in Mecklenburg-Vorpommern erreicht hatten:

*»Auf der Werft sieht es sehr schlecht aus. Der komplette Laden macht bis auf wenige Ausnahmen Kurzarbeit. Und es kommt keine neue Arbeit auf den Hof. Unser BR sagte uns unter vier Augen, daß wir kaum noch hoffen können, die 100% Westlohn im Juli '96 zu erleben. Es gibt wohl auch*

*Bestrebungen von Nordmetall, den Zeitpunkt Juli '96 nach hinten zu verschieben. Dazu gibt es im Betrieb eine Befragungsaktion, um den sozialen Stand der Kolleginnen und Kollegen zu erfassen, anonyme Fragebögen wegen Ausgaben, Mieten usw.*

*Etliche Leute von uns mußten letzte Tage zum Chef zum Personalgespräch. Denen wurde 'ernsthaft ins Gewissen geredet'. Meist sind es die nächsten, die gehen müssen. Im Radio wurde gestern offiziell bestätigt, daß Vulkan »abspecken« will. Hauptsächlich im Osten!*

*Unsere Abteilung hatte vom 15.1. bis zum 31.5. Kurzarbeit, dann eine Woche Ruhe, und nun geht die KA weiter. Erst hieß es, da kommt ein größerer Auftrag, heute hat sich alles wieder zerschlagen. Nichts momentan. nur Kleckerkram. Die Baustellen fahren auch nur rote Zahlen ein, weil wir so eine bombastische Führung haben. Nun ist noch ein »Westimport« als Produktionschef gekommen. Will wohl kurz vor Toresschluß noch absahnen. Von den Angestellten auf der Werft sollen auch noch 100 entlassen werden. Die Anhörungen laufen bereits. Hauptsächlich sind die aus den Dienstleistungsbereichen betroffen, Lohnbüro, kaufmännischer Sektor etc. Die Sache ist also voll im Gang.*

*Und nächstes Jahr soll die Werft ja nach Warnemünde gehen, zumindest das, was dann noch übrig ist. Momentan ist aber aufgrund der Gesamtmisere davon die Rede, daß nur ein minimaler Trupp da hingehet. Von den Docks da redet auch keiner mehr - und die sollten ja als erstes hin. Die Docks waren die 'letzte Bastion' ohne Kurzarbeit. Sie sind ab 1. Juli auch betroffen. Ein ehemaliger Kollege sagte zu mir: 'Es kommt nur noch Schrott und Müll. In der Woche ist eine Ruhe wie am Sonntag.' Eine einzige Katastrophe. Schöner Aufschwung Ost - ein Aufschwung in den Abgrund.«*

22.6.1995 ■

### Nachtrag, 25.6.95

*»Wo bleibt die klare Position der IG Metall Küste? Eine Frage, die, von CDU-Abgeordneten gestellt, schon eigentümlich anmuten mag, aber auf der Hand liegt. Denn ohne 'Sturm' von der Basis hätte sich auch 1992 auf dem Höhepunkt der Werftenkrise wenig bewegt.«* Ostsee-Zeitung (Springer-Verlag!) vom 21.6.95.

Die CDU nutzt die Lage, in die sich die IG Metall manövriert hat und den Eiertanz von SPD-Wirtschaftsminister Ringstorff parteipolitisch aus. Ministerpräsident Bernd Seite (CDU) drohte der Bremer Vulkan Geschäftsführung mit der Rückforderung gewährter Fördermittel von 100 Millionen DM: *»Dieses Faustpfand geben wir nicht aus der Hand«*. Ringstorff (SPD) schwächte umgehend ab: *»Wir haben nur die Privatisierungsverträge mit der Treuhand in der Hand«* (NNN, 21.6.95). Und die würden doch vom Vulkan eingehalten, der Beschäftigungsabbau erfolge doch erst nach Ablauf der Beschäftigungsgarantie. (Was solche Garantien wert sind, hat sich u.a. beim »Jahrhundertvertrag« der deutschen Steinkohleförderung gezeigt!) Ringstorff forderte – den angeschlagenen Teichmüller verteidigend – *»praktische Lösungen statt einseitiger Schuldzuweisungen«*. Für seinen Vorschlag, die Werft-Zuliefererindustrie zu stärken, erntete er sogar aus den eigenen Reihen Spott – wozu Zulieferer, wenn die Werften platt gemacht werden; zudem werden die Ost-Werften überwiegend von den Zulieferern aus dem Westen versorgt, die dann nicht mehr ausgelastet wären. Ringstorff versucht sein »Image« zu retten, er weiß, daß die Beschäftigten nicht vergessen haben, daß er – damals noch Oppositionsführer – mit der IG Metall für die *»große Verbundlösung«* mit dem Bremer Vulkan demonstriert hat. Wird er sich wieder auf die Straße wagen, wenn die desillusionierten KollegInnen der Werften für die Einlösung der da-

mals gegebenen Versprechen und für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze demonstrieren?

»Wir haben uns neulich mit Kollegen auf dem Bau unterhalten. Die haben inzwischen eine Meinung zur Lage der Nation – mein lieber Paul! Wenn das mal hochkommt...«

(Brief vom 21.6.95) ■

IG Medien Nord

## KollegInnen im Osten nicht abhängen

Was sich bereits auf dem 3. ordentlichen Landesbezirkstag der IG Medien Berlin-Brandenburg am 6. und 7. Mai angeudet hatte, die Kritik an der Umsetzung der vor allem durch die Finanzlage der Gewerkschaft bedingten Organisationsreform zum Nachteil der KollegInnen in den neuen Bundesländern, spitzte sich auf dem 3. Landesbezirkstag Nord der IG Medien in Hamburg zu.

In Berlin hatten die Delegierten zum einen Kritik geübt an der »bisher praktizierten Art und Weise der zweifelsohne notwendigen Sparpolitik der Gewerkschaft. Personalabbau geht in vielen Regionen an die Substanz der Mitgliederbetreuung« (»Sprachrohr«, IG Medien Berlin-Neubrandenburg, 29.5.95). Es dürfe nicht dahin kommen, »daß Demokratie über Finanznot abgebaut wird« (Klaus-Jürgen Hinz, Delegierter). Zum anderen wurde davor gewarnt, »daß gerade in dem Gebiet Berlin-Brandenburg und der neuen Länder Personal reduziert und damit in einem Terrain gespart wird, das sich die Unternehmerverbände als Testgebiet ausgesucht haben, um die Gewerkschaft zu zerstören« (Bernd-Ingo Drostel, Del.). Zur Spaltung der Beschäftigten in Ost und West komme »die zunehmende Spaltung in Arbeitende und Arbeitslose. Die Gewerkschaft erkennt diese Tendenz wohl, aber die politischen Antworten bleiben aus« (Constanze Lindemann, Bezirksvorsitzende Berlin).

Der Landesbezirkstag Nord am 20. und 21. Mai, der wegen fehlerhafter Angaben im Finanzbericht – »Hier sind Pannen passiert, die unverzeihlich sind«, mußte der LBZ-Vorstand einräumen – erst am 24. Juni abgeschlossen werden konnte, machte sich die Auseinandersetzung an der vom Vorstand eingebrachten Forderung nach Einsparung von Stellen fest, die die Betreuung der KollegInnen im Osten des Landesbezirks gewährleisten sollten. (Der Landesbezirk Nord mit mehr als 21.000 Mitgliedern umfaßt die Bundesländer Hamburg, Schleswig-Holstein, das nördliche Niedersachsen und Mecklenburg-Vorpommern.) »Daß von den Delegierten erste Schritte gefordert wurden, um an der Basis die für uns notwendige Einheit (zwischen Ost- und West-KollegInnen) zu verwirklichen, statt sie mit falschen strukturellen und personellen Entscheidungen zu gefährden, halten wir für einen Vorgang, der politische Bedeutung über den regionalen Rahmen hinaus haben kann«, faßte der Hamburger Ortsvereinsvorstand die Diskussion der ersten beide Tage über die Gefahr der Abkopplung der Ost-KollegInnen zusammen und appellierte an die Hamburger Delegierten, »auf der Fortsetzung des Landesbezirkstages zu entsprechenden Entscheidungen beizutragen«. Ausgehend vom dem Willy-Brandt-Zitat anläßlich des Anschlusses der DDR an die BRD vor fünf Jahren »Nun wächst zusammen, was zusammengehört«, hieß es in der Begründung des Rundschreibens:

»Aufgrund unserer Erfahrungen seit der Wende stellt sich die Frage: Was gehört denn zusammen? Die westdeutschen Unternehmer, die die ostdeutschen Industriebetriebe billig

aufgekauft haben, um entsprechend ihren Profitinteressen nach Massenentlassungen in ihnen kostengünstig weiterzuproduzieren oder sie aus Kostengründen platt zu machen – mit wem gehören sie zusammen? Mit wem die Grundeigentümer, denen die landwirtschaftlichen Genossenschaften nach der Devise Rückgabe vor Entschädigung zurückgegeben werden?

Zwar ist die Mauer weg, aber der Graben zwischen der Bevölkerung in Ost- und Westdeutschland ist tiefer geworden. Die Politik der Regierenden richtet sich nach der Devise: teile und herrsche. Die KollegInnen in den westdeutschen Großbetrieben können mittlerweile ein Lied davon singen, wie ihre KollegInnen in ostdeutschen Unternehmen gegen sie ausgespielt werden. Nimmt die Entfernung zwischen Ost- und West-KollegInnen weiter zu, so verhindert das den gemeinsamen Widerstand und bringt Gefahren für uns alle – ähnlich denen, die im Niedergang der Weimarer Republik aus der Spaltung der arbeitenden Bevölkerung gegenüber dem Nationalsozialismus entstanden.«

Daß in dieser Weise Klartext gesprochen werden konnte, war den Stellungnahmen zahlreicher Delegierter an den ersten beiden Tagen der Konferenz zu verdanken, vor allem dem mit viel Beifall aufgenommenen Beitrag des Bezirksvorsitzenden von Rostock/Neubrandenburg, Franz Mewis, den wir nachstehend auszugsweise wiedergeben:

»Im Bericht des Landesbezirks-Vorstandes wird von dem tatsächlich dramatischen Mitgliederrückgang in Mecklenburg-Vorpommern gesprochen. Die in dem Zusammenhang genannten Mißverständnisse und Konflikte treten vor allem dann auf, wenn man die wirklichen Ursachen nicht erkennt und beim Namen nennt. Und die sind für uns, neben dem massenhaften Plattmachen von kulturellen Einrichtungen und Betrieben – allein im Bezirk Rostock sind von 129 nur 18 geblieben –, vor allem in der prinzipiellen Haltung zu den Gewerkschaften und den GewerkschafterInnen in den neuen Bundesländern zu suchen.

Erinnert Euch! Die meisten von uns mußten erst zweimal aus ihrer Gewerkschaft austreten, um den Antrag stellen zu können, in die IG Medien eintreten zu dürfen. In Mozarts Zauberflöte wird das so ausgedrückt: 'Sie müssen erst gereinigt sein!' Dieser Umgang mit uns – und das damals massenhafte Auftreten von in der Wahl ihrer Mittel nicht gerade feinen Konkurrenzgewerkschaften, einschließlich unserer Schwestergewerkschaft ÖTV – hat zu gewaltigen Mitgliederverlusten geführt.

Fehler Nummer 2: Wir hatten in all unseren Betrieben gewachsene Gewerkschaftsstrukturen, die insbesondere auf dem Vertrauensleuteprinzip in den Arbeitskollektiven basierten. Anstatt dieses Prinzip beizubehalten, mußten wir uns an das für uns völlig neue Ortsvereinsprinzip anpassen. Damit ging der direkte Kontakt für die Kolleginnen und Kollegen zu ihrem gewählten Gewerkschaftsvertreter verloren, und so verloren wir viele weitere Mitglieder für die neuen Gewerkschaften. Dort, wo der Betriebsrat sich stark gemacht hat und die bestehenden Strukturen weitgehend beibehielt, wie bei der Ostseezeitung in Rostock, hatten und haben wir prozentual und zahlenmäßig die höchsten Mitgliederzahlen.

Eben aus diesem Betrieb hatten wir die damalige Betriebsratsvorsitzende und vorherige langjährige BGL-Vorsitzende, Brigitte Schütz, gebeten, als Vertreterin des neuen Bundeslandes Mecklenburg-Vorpommern für den Landesbezirksvorstand zu kandidieren. Die Delegierten haben 1992 unser Anliegen spontan verstanden und Brigitte mit großer Mehrheit gewählt. Nicht so der geschäftsführende Landesbezirksvorstand. Er hat uns diesen Vorschlag bis heute nicht verziehen, obwohl der ja dann im Plenum nicht einmal von uns kam.

Hier kommt die prinzipielle Haltung zum Ausdruck, daß alle Erfahrungen, Qualifikationen und vielleicht doch nicht so ganz falschen Methoden, die vom FDGB, seinen Einzelgewerkschaften und ihren Mitgliedern stammen, in den Augen der IG Medien-Vorstände überhaupt nicht beachtenswert sind.

Was nützt es uns, wenn die rüden Methoden der Bundesregierung bei der sogenannten Vereinigung, die doch bekanntlich eine Vereinnahmung war, scharf verurteilt werden, wenn in der eigenen Organisation ganz ähnliche Verhaltensmechanismen wirken!

Um es auf den Punkt zu bringen: wir haben es endgültig satt, uns von klugen Leuten sagen zu lassen, wie wir unsere Geschichte, unser Land, unsere Gewerkschaft, unsere Fehler, unser Leben in 40 Jahren DDR zu sehen haben - von Leuten, die höchstens mal zu Besuch waren, aber sich einbilden, alles über uns zu wissen.

Wenn es nach all' den genannten und vielen weiteren Entmündigungsversuchen noch eine Chance zu einem Zusammenwachsen geben soll, dann nur, wenn wir uns endlich wirklich als im historischen Umfeld gewachsene Persönlichkeiten akzeptieren und miteinander umgehen.

Der FDGB und seine Einzelgewerkschaften mußten aufgelöst werden, weil ihre Strukturen "undemokratisch und verknöchert" waren. Einige von uns haben das sogar geglaubt! Nach vier Jahren Demokratie ist unser Standpunkt dazu folgender:

1. "Zu Zeiten der Diktatur" (sprich: DDR) hatte jeder gewählte Vertrauensmann in einem Betrieb mehr demokratische Möglichkeiten der Einflußnahme und Mitbestimmung als heute zur Zeit der Demokratie ein Betriebsrat oder ein Mitglied des geschäftsführenden Landesbezirks-Vorstandes (wir haben diese Möglichkeiten nur oft genug nicht genutzt).

2. Eine Vielzahl von undemokratischen Entscheidungen des Landesbezirks-Vorstandes heute, "zu Zeiten der Demokratie", wären "zu Zeiten der Diktatur" nicht möglich und denkbar gewesen.

3. Die dem FDGB vorgeworfene Verknöcherung der Strukturen ist nach unserer Meinung beim DGB und bei der IG Medien mindestens genauso stark, der Hang zu demokratischer, basisferner und selbstgefälliger Beschlußfassung scheint uns bei der IG Medien, insbesondere beim Vorstand des Landesbezirks Nord, wesentlich stärker zu sein als früher bei uns.

Gestattet mir an dieser Stelle eine persönliche Bemerkung: Ich bin ein Kind der DDR. Ich bin in ihr aufgewachsen, habe in ihr gelebt, gelernt, war in ihr glücklich, eingebunden in eine große Gemeinschaft von Menschen, die trotz ganz unterschiedlicher Biographien das gemeinsame Ziel hatten, eine bessere, gerechtere Welt aufzubauen - die irrten, sich mühten, die Illusionen aufgeben mußten, die oft zu viel 'Einsicht in die Notwendigkeit' hatten und vielleicht zu wenig und zu spät mit der Faust auf den Tisch gehauen haben - die aber doch bis auf ganz wenige Ausnahmen das Gefühl einte, gebraucht zu werden. Und zwar durch alle Berufe: vom Verkäufer bis zum Künstler, vom Maurer bis zum Dozenten. Und genau das ist es, was uns in dieser Gesellschaft, in die wir jetzt vereinnahmt wurden, am meisten fehlt. Diese erschreckende Wertlosigkeit von Menschen, die sich bis in unsere Gewerkschaft zieht. Ich sage Euch ganz offen, daß die IG Medien für mich und viele andere eine der wenigen Möglichkeiten war, geistig und psychisch zu überleben, bei dem, was jeden Tag bei uns an Bewahrenswertem weg- und zusammenbrach. Laßt uns gemeinsam dafür sorgen, daß der Anspruch, dem sich die IG Medien verpflichtet hat, erhalten bleibt.«

Die Kritik an der Arbeitsweise des bisherigen Landesbezirks-Vorstandes führte nicht zu seiner Abwahl - Günter Metzinger wurde als Vorsitzender knapp wiedergewählt, ebenfalls Ulrike Fürniß als zweite Vorsitzende. Die Verringerung auf zwei Vorstandsmitglieder und damit der Abgang von Brigitte Schütz konnte nicht verhindert werden, nachdem es immerhin gelungen war, die weitere hauptamtliche Betreuung des Bezirks Rostock vorerst durchzusetzen. Auch gelang es, die Mehrheit der Delegierten dafür zu gewinnen, die weiteren Maßnahmen für die Strukturreform nicht dem Landesbezirks-Vorstand zu überlassen, sondern dafür eine Kommission einzusetzen, an deren Beschlüsse der Vorstand gebunden ist. Vor allem: die Auseinandersetzungen führten zu einer breiteren Sammlung der aktiven KollegInnen im Landesbezirk Nord und - zumindest ansatzweise - zur Entwicklung der notwendigen Verbindung der KollegInnen in Ost und West, zumindest an der Basis der IG Medien.

Eine detaillierte Darstellung der Diskussionen und Entscheidungen dieses Landesbezirkstages muß mit Rücksicht auf den Redaktionsschluß für diese Ausgabe einem weiteren Bericht vorbehalten werden. HH., 26.6.1995 ■

## Zu den Streiks in Dänemark

In der Arbeiterpolitik 2/95 veröffentlichten wir eine Korrespondenz über die Streiks der dänischen Krankenschwestern und den Konflikt der Busfahrer in Esbjerg. Beide Auseinandersetzungen waren zum Zeitpunkt des damaligen Redaktionsschlusses nicht beendet, deswegen hier einige weitere Notizen:

Der Streik der Krankenschwestern war gut vorbereitet, die Streikkasse gefüllt, Extrabeiträge eingeführt und auch alle Vorsorgemaßnahmen den Kranken gegenüber waren abgesprochen. Der Streik - der erste Streik überhaupt von dänischen Krankenschwestern - wurde genau nach den Vorschriften des Tarifabkommens eingeleitet. Die Krankenschwestern sind in einer starken Position, es gibt nicht genügend Krankenschwestern, so daß in den letzten Jahren welche u.a. aus den anderen nordischen Ländern importiert wurden. Aber der Bedarf ist weiterhin groß. Andererseits ist die Arbeitsbelastung gewachsen, es werden oft Überstunden

gemacht und seit einigen Jahren verstärkt »Arbeit auf Abruf« verlangt.

Verglichen mit anderen Berufsgruppen, in denen überwiegend männliche Fachkräfte beschäftigt werden, sind die Löhne der Krankenschwestern niedrig und ihre Forderungen waren daher auf Angleichung gerichtet. Dies hätte allerdings eine überdurchschnittliche Lohnerhöhung zur Folge gehabt - weit über die 3,5% hinaus, die ansonsten im öffentlichen Bereich bis dahin abgeschlossen waren.

Der Konflikt spitzte sich schnell zu, die Aussperrung die die kommunalen Arbeitgeber verfügt hatten, war wirkungslos, und so wurde nach drei Wochen von den Arbeitgebern das Parlament bemüht. Dieses diktierte per Gesetz, mitinitiiert von den Sozialdemokraten, einen Tarifvertrag in Höhe von 3,5%. Gleichzeitig wurde eine Kommission eingesetzt, die im Herbst über die Arbeitsbedingungen und über Rationalisierungen im Pflegebetrieb beraten soll. Von dieser Kommission erwarten sich die Krankenschwestern aber nicht viel. Der Arbeits- und Lohnkonflikt wurde also durch

einen staatlichen Eingriff zugunsten der Kommunalen Arbeitgeber beendet – aber nicht gelöst. Die Regierung »erwartet« allerdings, daß die Krankenschwestern sich bis zum Herbst »beruhigt« haben werden.

Erstmal war aber die Entrüstung über das Diktat durch das Parlament groß, und es wurden kleinere illegale Streiks durchgeführt. Weiter beschlossen die Krankenschwestern eine Arbeit-nach-der-Regel-Aktion, z.B. keine freiwilligen Überstunden mehr, und weitere Maßnahmen, die dem Arbeitgeber teuer zu stehen kommen. Dazu gehört z.B., daß inzwischen viele Krankenschwestern gekündigt haben und jetzt als Reserve-Schwester über ein Vermittlungsbüro arbeiten. Sie bekommen einen wesentlich höheren Lohn, haben z.T. auch bessere Arbeitsbedingungen. Die Schwestern, die gekündigt haben, sind teilweise vor das Arbeitsgericht gekommen, weil Massenkündigungen als Kampfmaßnahme interpretiert werden und laut Parlamentsbeschluß nicht erlaubt sind. Es ist nicht anzunehmen, daß sie sich bis zum Herbst beruhigt haben, die Erbitterung ist zu groß.

Der Streik war in der Bevölkerung populär, er war berechtigt, aber in einigen Zusammenhängen umstritten. Die Politik der Krankenschwestern-Gewerkschaft hat in den Jahren zuvor im Verbund mit den kommunalen Arbeitgebern dazu geführt, daß einige andere Arbeitergruppen, nämlich die Un- und Angelernten, weitgehend aus verschiedenen Arbeitsbereichen verdrängt wurden, obwohl vor allem die Angelernten sehr wohl ihre bisherigen Funktionen erfüllen konnten. Dadurch sind sie unentbehrlicher geworden, aber bei den anderen Hospitalsarbeitern nicht beliebt. Auf diesem Hintergrund war es den anderen Gewerkschaftsführungen möglich, mit ihrer Unterstützung des Arbeitskampfes zurückhaltend zu sein. Der Vorsitzende der Organisation der Kommunalen Angestellten (KTO) sprach sogar von »Mißbrauch des Streikrechtes«. Hier liegt ein möglicher Konflikt, der die Krankenschwestern auf Dauer schwächen kann.

### Esbjerg: Blockaden wieder aufgenommen

Seit den umfassenden Arbeitskämpfen in den 1970'ern sind physische Blockaden von bestreikten Betrieben verboten, seit 1976 um genau zu sein. Seither kann die Polizei eingreifen und auch z.B. Hunde einsetzen. Aber es ist dem lokalen Ermessen überlassen, wie die Blockaden gebrochen werden sollen. In Esbjerg mit seiner Tradition von harten Arbeitskämpfen und mit der Unterstützung der »Ruhe- und Ordnung-Parteien« hat sich die Polizeileitung zum Einsatz von Hunden entschlossen und diese harte Massnahme hat viele zu Sympathie mit den Busfahrern gebracht. Fast täglich gab und gibt es Übergriffe der Polizei, werden Kollegen von Hunden gebissen und/oder verhaftet.

In der Woche vom 19. bis zum 24. Juni wurden endlich Verhandlungen zwischen den Arbeitgebern und der Gewerkschaft SiD durchgeführt, nachdem die Busfahrer alle Vorbedingungen erfüllt hatten, vor allem die Blockade war aufgehoben worden. Aber es waren Scheinverhandlungen – der Unternehmer wollte nicht und ließ die Verhandlungen platzen. Seit dem 25. Juni wird die RIBUS-Busanlage wieder blockiert, die Polizei ist wieder in vollem Einsatz.

Aber vielleicht haben die Arbeitgeber zu hoch gepokert. Die Zahl der Streikbrecher ist etwas zurückgegangen, u.a. hat



ihr Vertrauensmann gekündigt mit der Begründung, daß die Arbeitsbedingungen zu schlecht sind – drei weitere haben ebenfalls gekündigt. Verschiedene bürgerliche Politiker aus Esbjerg und Umgebung drängen jetzt verstärkt auf eine Lösung des Konfliktes und äußern sich kritisch gegenüber dem Unternehmer. Es wird ihnen einfach zu teuer den Konflikt weiter laufen zu lassen – der Stundenaufwand allein der Polizei entspricht der Jahres-Arbeitszeit von 22 Polizisten – und trotz Ferien geht die Unterstützung für die Fahrer weiter. Neue Unterstützungskomitees entstehen, sagt ein Sprecher des Kopenhagener Komitees. Auch die Polizei ist irritiert, der Überverbrauch an Arbeitszeit belastet sie, sie würden ihre Aktionen gern einstellen, aber sind gesetzlich verpflichtet einzugreifen: Blockaden sind verboten.

Am 27. Juni feierte der Arbeiterdichter Carl Scharnberg seinen 65. Geburtstag in Solidarität mit den Busfahrern in Esbjerg (Dabei: eine 22köpfige Soli-Delegation aus Norwegen). Etwa 1000 Menschen waren seiner Einladung gefolgt und auf Anraten der Polizei stellte RIBUS den Betrieb an diesem Tag ein. Der Sprecher der Busfahrer war in seiner Geburtstagsrede optimistisch: Sie würden nicht aufgeben und, egal was noch passierte, dieser Konflikt würde keine Niederlage für die Arbeiter – Privatisierungen wie in Esbjerg würde nicht mehr durchgeführt werden.

1. Juli 1995 ■

Inzwischen gibt es fünf Solidaritätskomitees in Dänemark: Kopenhagen, Aarhus, Aalborg, Odense und Esbjerg. Wer erfahren will, warum die dänischen Kolleginnen und Kollegen so hartnäckig an der Blockade und ihren Forderungen festhalten, sollte selbst mit ihnen sprechen und sich in die Blockadefront einreihen – als ein kleines Zeichen internationaler Solidarität:

**Solidaritäts-Sommerlager  
in Esbjerg: 10. Juli bis 22. Juli '95**

Vormittags Blockade, nachmittags Unterhaltung – auch für Kinder. Das Lager ist am Strand.  
**Kontakt, Soli-Adressen, Spenden und Anmeldung:**  
Barakken, Fynsgade 55, DK - 6700 Esbjerg  
Tel: 0045-75 45 69 03, Fax: 0045-75 45 69 05